Donnerstag, 7. Februar 1985 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 32 - 6.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Lehrstellen: Eine Steigerung des Angebots um zwei bis fünf Prozent erachtet das Bundesbildungsministerium angesichts der für 1985 erwarteten 745 000 bis 765 000 Bewerber für notwendig. Unter ihnen werden 90 000 bis 100 000 Abiturienten sein.

Terrorismus: Die hessischen Grünen haben nicht die Absicht, ihre von RAF-Sympathisanten besetzte Geschäftsstelle in Frankfurt von der Polizei räumen zu lassen. In Berlin halten Sympathisanten der RAF die Zentrale der „Alternativen Liste" besetzt. (S. 10)

Nach Deutschland: Eine Flut von Einbürgerungsanträgen junger Israelis meldet die deutsche Botschaft in Tel Aviv. Ausschlaggebend für das zunehmende Interesse sei möglicherweise der wachsende Abstand zum „Holocaust", aber auch Sicherheits- und Wirtschaftsgründe spielten eine Rolle.

Hochschulen: Die Rektorenkonferenz unterstützt trotz einzelner Kritikpunkte den Entwurf für ein neues Hochschulrahmengesetz. Sie fordert allerdings zur Beschränkung der Novellierung und zum Konsens auf. (S. 4)

Spionage: Indien hat je einen Diplomaten der UdSSR, der „DDR" und Polens ausgewiesen. Ein indischer Geschäftsmann hatte gestanden, 25 Jahre lang geheime Unterlagen militärischer, wirtschaftlicher und politischer Natur von korrupten Beamten gekauft und an diese Länder weitergegeben zu haben.

Grubenstreik: Die militante britische Bergleutegewerkschaft wird voraussichtlich die noch streikenden 100 000 Mitglieder auffordern, an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Der Status quo im Kampf gegen die Kohlebehörde soll beibehalten werden. (S. 5)

Krankenkassen: Die von Ärzten abgerechneten Leistungen dürfen durch Befragung der Patienten überprüft werden, falls ein begründeter Verdacht auf falsche Abrechnungen vorliegt, entschied das Bundessozialgericht.

Asylrecht: Untätigkeit wirft Bayerns Ministerpräsident Strauß der Bundesregierung in der Frage des Asylrechts vor. Gemeinsam mit Baden-Württemberg will Bayern im Bundesrat einen Vorstoß zur Verschärfung der Bestimmungen unternehmen. (S. 4)

Umwelt – Forschung – Technik

Im Hamburger Arsenskandal streiten Fachleute über den Grad der Gesundheitsgefährdung. Die Umweltbehörde sucht *unterdessen nach weiteren Verursachern der hohen Giftkonzentrationen.* Seite 7

WIRTSCHAFT

Agrarbericht: Die Einkommenslage der Landwirte verbessert sich. Für das im Juni endende Wirtschaftsjahr sagt der Agrarbericht der Bundesregierung eine Zunahme der Gewinne um rund acht Prozent voraus. (S. 11)

Nixdorf: Der Computerkonzern konnte seinen Umsatz in vier Jahren verdoppeln. 1984 stieg er auf 3,27 Milliarden DM. (S. 12)

Preisentwicklung: Mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um zwei bis 2,5 Prozent in diesem Jahr rechnet das Hamburger Weltwirtschaftsinstitut. (S. 11)

Börse: Ausgehend von Siemens setzte sich an den Aktienmärkten eine freundliche Tendenz durch, die alle Marktgebiete ergriff. Am Rentenmarkt ließ der Abgabedruck nach. WELT-Aktienindex 167,9 (166,2). BHF-Rentenindex 101,452 (101,447). Performance-Index 99,317 (99,283). Dollarmittelkurs 3,2230 (3,2166) Mark. Goldpreis 302,85 (302,05) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Hausbesetzungen und gewalttätige Demonstrationen waren und sind Lern- und Trainingsplätze für terroristische Gewaltverbrecher «

Staatssekretär Carl-Dieter Spranger vom Bundesinnenministerium zur Diskussion um eine Neufassung des Demonstrationsstrafrechts (S. 4) FOTO: LOTHAR KUCHARZ

KULTUR

Retrospektive: Renoir hat viel zu viel gemalt, „auch wenn er nichts zu sagen hatte", meint der Kunsthistoriker John House. Für die Londoner Hayward Gallery filterte er aus 5000 Bildern 120 für eine Retrospektive heraus, die die verschiedenen Schaffensperioden Renoirs verdeutlichen. (S. 17)

Mozart: Zum 30. Mal wurde in Salzburg aus Anlaß von Mozarts Geburtstag ein Programm zusammengestellt, das neben den großen Meisterwerken auch selten aufgeführte Stücke enthielt. Musikalische Sternstunden boten die Wiener Philharmoniker und das Berliner Brandis-Quartett. (S. 17)

SPORT

Ski Alpin: Mit dem Überraschungserfolg der Amerikanerin Diann Roffe endete der Riesenslalom bei der WM in Bormio. Die deutschen Läuferinnen gewannen keine Medaille, Marina Kiehl wurde Fünfte. (S. 8)

Eiskunstlauf: Das deutsche Tanzpaar Born/Schönborn wahrte durch einen vierten Platz nach der Pflicht die Chance auf eine Medaille bei der Europameisterschaft in Göteborg. Es führen zwei sowjetische Paare.

AUS ALLER WELT

Suchaktion: 1,8 Millionen Kinder werden im Jahr in den USA als vermißt gemeldet, 50 000 bleiben für immer oder lange Zeit verschollen. Bei der Fahndung hilft die Molkerei-Industrie mit Suchbildern auf Milchtüten. (S. 18)

Puppenboom: Puppen, die das Gefühl (auch der Erwachsenen) ansprechen, laufen den reinen Elektronikspielen auf dem deutschen Spielzeugmarkt den Rang ab, wie auf der Nürnberger Spielwarenmesse deutlich wird.

Wetter: Im Norden trocken, sonst regnerisch-trüb. Um 3 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Union gegen offizielle Kontakte zur „DDR"-Volkskammer

Dregger: Voraussetzungen fehlen / Jenninger interpretiert umstrittene Äußerung

THOMAS KIELINGER, Bonn

Die durch Bundestagspräsident Philipp Jenninger ausgelöste Debatte um mögliche offizielle Kontakte zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer der „DDR" hat die CDU/CSU-Fraktion nach einer zum Teil heiklen Aussprache beendet: Die Fraktion ist gegen solche Kontakte mit der „DDR"-Legislative, weil zwischen den beiden deutschen Staaten nicht jene „gutnachbarlichen Beziehungen" bestehen, die auch Jenninger als Voraussetzung für offizielle parlamentarische Begegnungen zwischen Bonn und Ost-Berlin verlangte.

Dieser Konsens in der Fraktion am Dienstagabend wurde aber nicht mit einem formellen Beschluß, sondern nur in Form einer Feststellung abgesegnet, daß man bei der ablehnenden Haltung bleibe, die die Fraktion schon vor einem Jahr getroffen hatte. Beobachter in Bonn sehen darin einen diplomatischen Sieg des Fraktionsführers Dregger in dieser für die Union sensitiven Frage.

„Solange die Mauer in Berlin steht und auf jeden geschossen wird, der von einem Teil der Stadt in den anderen und von einem Teil Deutschlands in den anderen will, kann ich nicht von gutnachbarlichen Beziehungen reden", konstatierte Dregger gegen Ende der Debatte. Nicht mit einem freundlichen Empfang für Erich Honecker in Bonn sei der Nachweis für normale Beziehungen erbracht, meinte der Unionsfraktionschef, „sondern damit, daß die Grenzbefestigungen abgebaut werden, die sich nicht nach außen richten, sondern nach innen – gegen die eigene Bevölkerung. Das ist der entscheidende Punkt."

Die Aussprache in der Fraktion fand im Beisein des Bundestagspräsidenten statt, der die Gelegenheit wahrnahm, sich gegen die „Mißverständnisse" zur Wehr zu setzen, die nach seinem umstrittenen Dezember-Interview aufgetaucht waren. Damals hatte Jenninger offizielle Kontakte zwischen dem deutschen Bundestag und der „DDR"-Volkskammer, freilich in Konsultationen mit den drei Westmächten, ins Spiel gebracht.

Es kam Jenninger offensichtlich darauf an, die Meßlatte für solche Begegnungen wieder höher zu hängen. So erinnerte der Bundestagspräsident an seine immer vertretenen Forderungen, daß die Berliner Abgeordneten gleichstellt sein müßten, daß der Deutsche Bundestag keine völkerrechtliche Anerkennung der „DDR" ausgesprochen habe oder aussprechen werde und daß das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in der „DDR" durch nichts geschmälert werden dürfe.

Gleichzeitig verwahrte sich Jenninger aber auch gegen einen Antrag, den der Abgeordnete Todenhöfer in die Debatte einbrachte und der noch *einmal* in *aller Förmlichkeit offizielle* Kontakte zwischen dem Deutschen Bundestag und der „Volksunterdrückungskammer" der „DDR" ausschließen sollte. Jenninger gab in seiner Antwort zu bedenken, „die Regierung nicht mit solchen Beschlüssen zu befrachten". Dregger lehnte dar*aufhin Todenhöfers Vorstoß* ab, weil der Antrag nicht regelgemäß der Fraktionsführung vorgelegen habe.

Alle Beteiligten waren sich einig, daß die bestehenden parlamentarischen Kontakte zur „DDR" über die „Interparlamentarische Union" (IPU) weiterlaufen sollten.

Kohl: Eindeutige Basis für Ostpolitik

Scharfe Debatte über Schlesier im Parlament / Vorwurf des Revanchismus zurückgewiesen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Gerade weil die Vorwürfe des Revanchismus gegenüber den Vertriebenen so abwegig seien, gehe er zum Treffen der Schlesischen Landsmannschaft im Juni nach Hannover. Dies erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde des Bundestages.

Kohl berief sich in der Debatte bei der Definition der Deutschlandpolitik der Bundesregierung auf seine Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982. Diese Politik sei durch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bestimmt, außerdem durch die Ostverträge. Wörtlich sagte der Bundeskanzler: „Gerade weil ‚pacta sund servanda' so wichtig ist als Bedingung für den Frieden, stehen wir in vollem Umfang zu den Verträgen." Die Verständigung und die Aussöhnung mit Polen sei ein Ziel, „dem wir uns mit großer Leidenschaft widmen". Zu seiner bevorstehenden Rede vor den Schlesiern meinte Kohl: „Es wird ein Beitrag sein, der vor der Geschichte Bestand hat."

In der Debatte griff der Fraktionsvorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel den Bundeskanzler an, weil er anders als der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Rühe nicht gesagt habe, daß „die politischen Sachverhalte der Ostverträge endgültig" seien. Dem könne seine Fraktion voll zustimmen, nicht aber der Bekundung, die „deutsche Frage sei offen". Der Bundeskanzler habe wenige Wochen vor dem 8. Mai, dem 40. Jahrestag des Kriegsendes, die Gelegenheit gehabt, dem Vorwurf des Revanchismus jeden Boden zu entziehen; habe aber diese Chance vertan. Für die SPD sagte Vogel: „Wir wollen keine Grenzänderung, wir wollen eine durchlässige Grenze und gute Nachbarschaft."

Rühe sagte in seiner Rede nach dem Auftakt der Aktuellen Stunde – *zunächst* ergriff der SPD-Bundestagsabgeordneten Jürgen Schmude das Wort –, man müsse bei einer solchen Diskussion zwischen starken Worten und politischer Substanz unterscheiden. Er habe gerade eben in Warschau manches differenzierter gehört als durch Schmude. Wer sich aber, wie die Vertriebenen und wie die Bundesregierung, zum Gewaltverzicht bekenne, der müsse wissen, daß dann Gebietsveränderungen nur im Einverständnis aller Beteiligten möglich seien. In eine solche Auffassung schloß Rühe auch ausdrücklich Polen ein.

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), betonte, daß er als Schlesier ans Mikrophon gehe, nicht als Minister. Die deutschen Heimatvertriebenen seien keine Revanchisten und verdienten „die Solidarität des ganzen Volkes", meinte er.

War der Hungerstreik nur ein Bluff?

RAF-Häftlinge hatten „Energiespender" gehortet / Behörden unterließen Information

WERNER KAHL, Bonn

Zahlreiche Häftlinge aus der „Roten Armee Fraktion" (RAF) haben während des knapp sechzigtägigen Hungerstreikes regelmäßig Nahrung durch kalorienreiche Flüssigkeiten, Medikamente und in den Zellen gehortete „Energiespender" zu sich genommen. Hohe Sicherheitsbeamte haben jetzt bei Beratungen über den Ablauf der Kampagne kritisiert, daß die Öffentlichkeit nicht über das an einen Bluff erinnernde Verhalten informiert wurde.

Von Sicherheitsexperten wurde darauf hingewiesen, daß die RAF-Sympathisanten mit Parolen, bei dem Hungerstreik gehe es um Leben und Tod, zu Anschlägen aufwiegeln wollten. Diese Absicht sei durch Geheimhaltung der Vorgänge in den Zellen gefördert worden.

Eine Serie von Gewaltanschlägen wurde von der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) mit Horrormeldungen unterstützt, in den Zellen lägen RAF-Mitglieder bereits in Todeskrämpfen.

In den Justizverwaltungen konnte man jedoch davon ausgehen, daß führende Mitglieder aus der Terrororganisation wie Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt sich nicht zu Tode hungern wollten. „Da gab es mannigfache Belege und schließlich das Verhalten der Gefangenen selbst, wie anders wäre zum Beispiel der Verzehr einer gebratenen Gans zwischen Weihnachten und Neujahr durch ein RAF-Mitglied während seines ‚Hungerstreikes' zu erklären", wurde der WELT auf Anfrage aus dem Strafvollzug erklärt. Davon hätten sich auch zur Häftlingsbetreuung eingesetzte Mediziner überzeugen können. Lediglich einige Häftlinge seien nicht in die RAF-Strategie eingeweiht worden. Sie waren in dem Glauben gelassen worden, es gehe um „alles oder *nichts*".

Generalbundesanwalt Kurt Rebmann hatte auf Vorhaltungen der „Initiative Bremer Strafverteidiger" kurz vor Abbruch des Hungerstreikes betont, offenbar seien den Anwälten „die tatsächlichen Haftbedingungen der politisch motivierten Straftäter ebensowenig bekannt" wie „die Ziele ihres Hungerstreiks". Die Haftbedingungen, so wie diese seit langem praktiziert würden, hätten vielmehr „bei mehreren Häftlingen zur Abkehr vom Terrorismus und zu der Einsicht geführt", daß der Hungerstreik kein geeignetes Mittel im Kampf gegen den demokratischen Rechtsstaat sei, erklärte Rebmann.

Unter den inhaftierten Mitgliedern aus der „Roten Armee Fraktion" hat offenbar eine Auseinandersetzung über das unterschiedliche Verhalten von RAF-Häftlingen in den Strafanstalten begonnen. Etwa zehn wegen terroristischer Gewalttaten Inhaftierte, zu denen der frühere Heidelberger Anwalt Siegfried Haag (Haag-Bande) gerechnet wird, hatten sich dem Hungerstreik nicht angeschlossen; einige begründeten ihre Verweigerung mit der Hoffnung auf eine spätere Amnestie durch den Staat.

Bevor – nach der Ermordung des Münchner MTU-Vorsitzenden Ernst Zimmermann – ein Brief mit dem Absender „RAF" zu Beginn dieser Woche die Häftlinge aufforderte, den Hungerstreik zu beenden, hatten *RAF-Rädelsführer wie Brigitte* Mohnhaupt bereits aufgehört, Nährflüssigkeiten einzunehmen, und wieder zu essen begonnen. Unter Inhaftierten aus der RAF gehen jetzt Gerüchte über einen zu erwartenden „Befreiungsschlag" um.

Europapaß wird maschinenlesbar

DW. Bonn

Die Bundesregierung verabschiedete den *Entwurf von Innenminister* Zimmermann für ein neues Paßgesetz. Er bildet die Rechtsgrundlage für den neuen fälschungssicheren und maschinenlesbaren Europapaß. Er soll ab 1987 den bisher geltenden Reisepaß ersetzen. Die EG-Mitgliedsländer hatten 1981 vereinbart, den Europapaß möglichst schon ab 1. Januar dieses Jahres einheitlich auszugeben. Dazu erklärte Zimmermann, in der Bundesrepublik sei eine Einführung des Europapasses, der rechtlich ein nationaler Reisepaß bleibe, vor 1987 wegen der „erforderlichen *umfangreichen technischen* Vorbereitung für die Fälschungssicherheit" nicht möglich. An der geplanten Maschinenlesbarkeit des neuen Passes war von der SPD und auch vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Reinhold Baumann, Kritik geübt worden.

Regierungskrise in Portugal

DW. Lissabon

Die seit November schwelende Re*gierungskrise* in Portugal hat sich mit dem Rücktritt des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Portugals (PSD), Carlos Mota Pinto, verschärft. Pinto ist zugleich stellvertretender Regierungschef und Verteidigungsminister in der Mitte-Links-Regierung unter dem Sozialisten Mario Soares. Der Minister trat auch vom Posten des PSD-Vorsitzenden zurück, nachdem ihm der Parteivorstand am Wochenende nur mit sehr knapper Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen hatte, da keine Einigung über die Benennung eines Kandida*ten für die Präsidentschaftswahlen* im Dezember erreicht werden konnte. Soares befindet sich jetzt in einer schwierigen Situation, da in der eigenen Partei Richtungskämpfe weiterschwelen. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß Präsident Eanes vorzeitige Neuwahlen ansetzen werde.

Bodenschutzplan verabschiedet

DW. Bonn

Mit neuen Umweltschutz-Prinzi*pien will die Bundesregierung den* Boden gegen zunehmende Vergiftung und fortschreitenden Landverbrauch schützen. Das Bundeskabinett stimmte einem Bodenschutzplan von Bundesinnenminister Zimmermann zu, zu dessen Verwirklichung 170 gesetzliche, wissenschaftliche und verwaltungstechnische Maßnahmen eingeleitet werden sollen. Dieses von mehreren Ministerien zusammengestellte Bodenschutzkonzept soll nicht als eigenständiges Gesetz neben den Bestimmungen für die Reinhaltung der Luft und des Was*sers erstehen. Vielmehr solle ein* Ordnungsrahmen geschaffen werden, der in Zusammenarbeit mit den Ländern verwirklicht werden könne. Ziel sei es, beim Boden ähnliche Naturschäden wie beim Wald zu vermeiden.

Seite 2: Arsen
Seite 4: Vorreiter für Europa

DER KOMMENTAR

Fragen

MANFRED SCHELL

Die Verantwortlichen der Justiz sind im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus der Öffentlichkeit noch einige Erklärungen schuldig. Bislang fehlt es zum Beispiel an einer *plausiblen Begründung dafür*, daß inhaftierte RAF-Mitglieder nach dem Mord an dem Industriellen Ernst Zimmermann von Haftanstalt zu Haftanstalt miteinander telefonieren durften. Was da im einzelnen – hoffentlich unter Kontrolle versierter Beamter – gesprochen worden ist, blieb unbekannt. Nur soviel: Die RAF-Mitglieder hätten sich über den Abbruch ihres Hungerstreiks verständigt. Jedenfalls hat die Justiz damit zugelassen, daß die RAF diese Aktion, zur Erpressung des Staates gedacht, „abgestimmt" beenden konnte, nachdem deren verbrecherische Zielsetzung mit dem Mord an Zimmermann erreicht worden war.

Die zweite Frage ist, warum die Häftlinge in dieser kritischen Zeit Radiogeräte in ihren Zellen haben durften. Aus den Nachrichten konnten sie somit den jeweils aktuellen Stand der Vorgänge draußen erfahren und sich entsprechend darauf einstellen. Auch dieses Entgegenkommen ist unverständlich. Merkwürdig ist auch das Schweigen auf Fragen, ob wiederum Anwälte, wie gehabt, Kurierdienste leisten, also die Kommunikationsverbindungen von drinnen nach draußen besorgen.

Man hört, daß sich einige Anwälte mit den inhaftierten RAF-Häftlingen duzen. Jedenfalls ist damit die Distanz, die ein Anwalt als Teil der Rechtspflege auch gegenüber dem Beschuldigten braucht, bedenklich verengt. Eine Erklärung für das Schweigen der Verantwortlichen zu diesem Komplex wäre, daß sie ihren Verdacht nicht beweisen können. Wenn dem so ist, dann wird es höchste Zeit, so oder so Klarheit über die Rolle einzelner Anwälte zu schaffen.

Jemand muß doch die Flugblätter, die auf eine „Sympathieveranstaltung" am 10. Dezember 1984 in Tübingen aufmerksam machen sollten, in die Zellen der Terroristen Klar und Mohnhaupt geschmuggelt haben. Oder sind diese Flugblätter als „normale Post" den beiden RAF-Inhaftierten zugestellt worden?

„DDR"-Spion vorzeitig abgeschoben

WERNER KAHL, Bonn

Unter strenger Geheimhaltung haben die Bundesrepublik Deutschland und die „DDR" an der innerdeutschen Demarkationslinie Agenten ausgetauscht. Das wurde jetzt im Zusammenhang mit einem Beschluß des Bayerischen Obersten Landgerichtes bekannt, den Hauptangeklagten im MTU-Spionageprozeß, Jürgen Reichwald, vorzeitig aus der Haft zu entlassen.

Bei dem Austausch wurde der „DDR"-Führungsoffizier für die Spionage in der weltbekannten Münchner „Motoren-Turbinen-Union" (MTU), Rolf Horst Hecht, in die „DDR" abgeschoben; über die östliche Gegenleistung machten zuständige Stellen keine Angaben. Nach der Austauschpraxis werden Ort und Zeitpunkt geheimgehalten.

Während Hecht nach Verbüßung von vier Jahren seiner sechsjährigen Freiheitsstrafe ausgetauscht wurde, soll der von ihm geführte und 1980 verhaftete Agent, der frühere MTU-Ingenieur Jürgen Reichwald, am Wochenende nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner Strafe auf Bewährung entlassen werden. Der Ex-Agent hat einen Austausch abgelehnt und will in der Bundesrepublik bleiben.

Sein langjähriger Führungsoffizier Rolf Hecht war mit einem gefälschten Westberliner Personalausweis auf den Namen Ferdinand Bohn nach Bayern gereist. Hecht arbeitete im Auftrag der Abteilung XV des Sektors Wissenschaft und Technik des Ost-Berliner Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), zuständig auch für militärtechnische Spionage.

Hilfen für Landwirte aufgestockt

Mk. Bonn

Die Hilfen für die Landwirtschaft sollen weiter aufgestockt werden. Darauf haben sich gestern die Koalitionsparteien verständigt, und zwar soll zum 1. Januar der Bundeszuschuß zur Altershilfe um 110 Millionen Mark erhöht werden.

Wie Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle erläuterte, zahlten heute die Landwirte für ihre Alterssicherung 130 Mark im Monat. Dadurch könnten 25 Prozent der Ausgaben gedeckt werden, 75 Prozent schieße der Bund zu. Diese Quote solle im nächsten Jahr auf 79 Prozent angehoben werden. In den Genuß kämen sozial gestaffelt rund 60 Prozent der 360 000 landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe, die vergleichsweise niedrige Einkommen erzielen. Bis zu einem Wirtschaftswert von 10 000 Mark sollte der Zuschuß zur Alterssicherung für den Betrieb 900 Mark im Jahr betragen. Er solle sich bis zu einem Wirtschaftswert von 20 000 Mark auf 600 und bis 30 000 Mark Wirtschaftswert auf 300 Mark im Jahr verringern.

Kiechle wies darauf hin, daß zu dieser Verbesserung noch die Aufstockung der Bundesmittel für die Unfallversicherung um 121 auf 400 Millionen Mark im Jahr hinzugerechnet werden müßte, die bereits in diesem Jahr wirksam wird. Überdies seien *die Bundesmittel, mit denen* Bauern in benachteiligten Gebieten durch Zuschüsse geholfen wird, um 125 Millionen Mark erhöht worden. Damit beliefen sich die von der Bundesregierung beschlossenen sozialpolitischen Verbesserungen auf 355 Millionen Mark.

Contadora-Staaten legen Friedensplan nochmals vor

Geringe Chancen bei Mittelamerika-Gipfel am 14. Februar

SAD, Miami

Die nach dem Sitz ihrer ersten Zusammenkunft im Januar 1983 auf der Insel Contadora benannte Ländergruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) will am 14. Februar einem mittelamerikanischen Gipfeltreffen den korrigierten „Plan für den Frieden und die Zusammenarbeit in Mittelamerika" vorlegen. Politische Beobachter glauben, daß es auch diesmal nicht zu konkreten Ergebnissen kommen wird. Prominente Politiker Mittelamerikas haben die Überzeugung geäußert, daß man sich von solchen Plänen nichts mehr erhoffen könne. Die Contadora-Länder selbst reden von der notwendigen Absprache „der Kontrollmaßnahmen" für die Erfüllung des Abkommens, bevor es nach der Aushandlung „noch schwebender Fragen" zur Unterschrift kommen könne.

Bei ihren Bemühungen erhalten die Contadora-Staaten auch internationale Anerkennung, die ihnen aber nicht hilft. So will US-Präsident Reagan nicht mehr mit Nicaragua sprechen, bevor die Contadora-Staaten diese Bemühungen beendet haben. UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar will kein Engagement der Vereinten Nationen in Mittelamerika sehen, weil es mangelndes Vertrauen zu den Contadora-Ländern bedeuten würde. Die Organisation amerikanischer Staaten will den Contadora-Staaten sogar neue Aufgaben übertragen, noch ehe es die erste gelöst hat.

Die Contadora-Länder haben mit ihrer unverhohlenen Feindseligkeit gegenüber den USA und ihren Bemühungen, das sandinistische Nicaragua den mittelamerikanischen Ländern akzeptabel zu machen, selbst zum Scheitern ihrer Mission beigetragen. Die Contadora-Staaten wollten eine neutrale Vermittlerrolle spielen, übersahen aber, daß die marxistische Guerrilla den Frieden in Mittelamerika stört. Sie packten das Problem nicht an der Wurzel an: Statt Mittelamerika vor den *Guerrilleros* zu schützen, liefen die Bemühungen der Contadora-Staaten in der Praxis oft darauf hinaus, die Guerrilla gegen die Verteidiger der Demokratie in Schutz zu nehmen. Diese Unausgeglichenheit ließ bisher die Friedenspläne scheitern.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Arsen

Von Dankwart Guratzsch

Mit der Konzeption zum Schutz des Bodens übernimmt die Bundesrepublik auf einem weiteren Gebiet des Umweltschutzes eine internationale Führungsrolle. Noch nie ist der Schutz des Bodens in auch nur annähernd umfassender Weise zum Gegenstand staatlicher Politik und Vorsorge erklärt worden.

Das Beispiel der Arsenfunde von Hamburg lehrt, wie dringlich das Problem ist. Bereits im Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums war festgestellt worden, daß die Republik auf Grund ihrer geographischen Lage, ihrer dichten Besiedlung und ihrer weit fortgeschrittenen Industrialisierung als „eines der Länder mit der weitaus höchsten Umwelt- und Ressourcenbelastung" gelten muß. Und die Schadstoffe reichern sich kontinuierlich im Boden an. Zum Teil handelt es sich um Suhstanzen, die noch nicht einmal bekannt sind.

Das neue Konzept soll der Belastung der Böden, die „zusammen mit Wasser, Luft und Sonnenlicht Grundlage allen Lebens" sind, einen Riegel vorschieben. Auch wenn verschiedene Wirtschaftsbranchen über die neuen Auflagen stöhnen werden: Das Ziel der Regierung ist es gerade, der Wirtschaft mittelfristig noch Entwicklungschancen zu schaffen. Dazu ist es nötig, daß die bestehenden Belastungen erheblich reduziert werden. Die sich daraus vielleicht ergebenden Wettbewerbsnachteile von heute können, wie das Beispiel der japanischen Rauchgasentschwefelung und Katalysatortechnologie zeigt, zu Wettbewerbsvorteilen werden.

Gerade das Hamburger Beispiel beweist, wohin ein Land steuert, das die neuen umweltpolitischen Parameter der Politik unterschätzt. In einer Zeit, in der in anderen Bundesländern Programme für den Umweltschutz ausgearbeitet wurden, philosophierte man in der Hansestadt über staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Abschaffung des Radikalenerlasses. Heute droht weiten Bereichen des Hamburger Staatsgebietes ein industrieller Ansiedlungsstopp. Daß die politisch Verantwortlichen in dieser Situation den Bürgern Informationen über die Gefährdung ihrer Gesundheit auch noch monatelang vorenthalten, ist das Gütezeichen einer Politik, die den Menschen aus dem Blickfeld verloren hat.

Zwischen den Fronten

Von Detlev Ahlers

Die Stellung der Grünen zur Roten Armee Fraktion ist zwiespältig. Eine Erklärung der Bundestagsfraktion mit dem Kernsatz, die RAF solle endlich begreifen, „daß man mit Gewalt, mit Morden, Menschenraub und Raub einer gerechten und friedlichen Gesellschaft nicht näherkommt", wurde zunächst von der Grün-Alternativen Liste in Hamburg, dann vom Bundeshauptausschuß (dem wichtigsten Gremium zwischen den Mitgliederversammlungen) kritisiert. Dabei ging es hauptsächlich darum, daß die Bundestagsfraktion ein Ende des Hungerstreiks forderte – dies sei Bevormundung. Aber es fiel auf, daß der oben zitierte Kerngedanke weder von der GAL noch vom Bundeshauptausschuß übernommen wurde.

Die baden-württembergische Landtagsfraktion beschloß, es handele sich bei den RAF-Häftlingen um „politische Gefangene". Landtagsabgeordnete treten bei sogenannten Informationsveranstaltungen auf, die in der Praxis nichts anderes sind als Versammlungen von RAF-Sympathisanten. Die Bundestagsfraktion übernahm das Schlagwort der „Isolationsfolter", nannte die Haftbedingungen einen „Hohn auf die Menschenwürde", schlug sich in dieser Beziehung also auf die Seite der RAF-Sympathisanten. Als aber der Rechtsausschuß des Bundestages über die Haftbedingungen sprach, war die Fraktion der Grünen nicht vertreten.

Es geht hier keinesfalls um den Verdacht, irgendein Politiker habe die Grenzen des Strafrechts übertreten. Es geht darum, daß eine Partei, die sonst zu jeder Welle, die irgendwo an Land kommt, ein unmißverständliches Statement abgibt, sich merkwürdig wortreich um eine klare Stellungnahme drückt, wenn es um den Terror geht. Sie würde am liebsten, wie Sprecher Schroeren vorschlug, zwischen RAF und Behörden vermitteln.

Das könnte sie in der Tat gut – wenn es etwas zu vermitteln gäbe außer der Bereitschaft aufzugeben –, denn sie steht zwischen den Fronten. Sie hat Ausgrenzungsschwierigkeiten. Insofern ist die Besetzung der grünen Geschäftsstelle in Frankfurt durch RAF-Sympathisanten konsequent. Die Besetzer fordern Klarheit. Andere auch.

Erst ein Forschungsauftrag

Von Eberhard Nitschke

Soeben hat sich die sozialistische Regierung Frankreichs in die weltweit laufenden Programme zur Förderung von Hochbegabten eingereiht. So konnte Bildungsministerin Dorothee Wilms anläßlich eines von ihr verfaßten Aufrufes, sich hochbegabter Kinder und Jugendlicher mehr als bisher anzunehmen, auf weltweite Parallelbemühungen berufen. Die internationalen Erfahrungen, so meint Frau Wilms, zeigen aber auch, daß die vor allem von der Sozialdemokratie vertretene These, Hochbegabte würden ihren Weg alleine finden, falsch ist. Das Finden und Fördern müsse nun mit neuem bildungspolitischen Akzent beginnen – zu lange sei es vernachlässigt worden.

Mit dem offenbar diskriminierend gemeinten Kennwort „Elite" sind von den Erfindern eines „gleichen Bildungsweges für alle" schon manche Begabten-Projekte abqualifiziert worden. Frau Wilms beschreibt daher vorsichtig, daß Hochbegabtenförderung auch Förderung einer „Leistungselite" sein könne und kündigt an, daß ein großes Forschungsprogramm sich der Grundlagen von Fragen der Intelligenzstruktur und der Diagnostik von Hochbegabung annehmen wird.

Gleichzeitig wird aber auch dargeboten, welche Initiativen es auf diesem Felde schon gibt. So entwickelt das Psychologische Institut der Universität Bonn ein Verfahren, das die Entdeckung außergewöhnlicher Begabung im Bereich des Denkens ermöglicht. Die „Deutsche Gesellschaft für das hochbegabte Kind" erprobt Konzepte für eine Beratungsstelle, die Hochschule der Bundeswehr in Hamburg untersucht den Zusammenhang von Hochbegabung und Motivationsstruktur bei Jugendlichen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist auf Spitzenleistungen angewiesen – möglichst sofort. Es empfiehlt sich, neben der nichts überstürzenden Forschung nach dem Weg, wie man Hochbegabte herausfindet, bald nach dem Rezept vorzugehen, sich die Überflieger von den Lehrern in der Schule einfach zeigen zu lassen. Sonst könnten aus den Hochbegabten zwischenzeitlich Hochbetagte werden.



„Hallo, ich bin nur Verkehrssünder – darf ich auch mal?" KLAUS BÖHLE

Der Güter höchstes

Von Lothar Schmidt-Mühlisch

Das Erschrecken über die jüngsten Terroranschläge von Paris und München hat politische Bewegungen ausgelöst. Der Kampf gegen den Terrorismus läßt Regierungen und Völker enger zusammenrücken. Das zentrale menschliche Grundrecht steht wieder einmal im Blickpunkt des öffentlichen Interesses: das Recht auf Leben.

Gerade in dem Jahrhundert, das durch zwei Weltkriege, zwei Terrorsysteme (Hitler und Stalin) und bis hin nach Kambodscha durch perfekte Völkermorde alle bisherigen Epochen an Lebensverachtung übertroffen hat, reagiert man sensibler denn je zuvor auf Anschläge, die das Leben bedrohen. Es ist eines der sinnfälligsten Bilder dieser Zeit, daß der Papst seinen Segen durch das kugelsichere Glas einer Kabine erteilt. Der Nachfolger von Märtyrern, der Künder eines Glaubens, der vom Opfertod Kraft und Hoffnung herleitet, muß Zuflucht suchen hinter einem gläsernen Schutzschild.

Das Bild ist in zweifacher Hinsicht bedenkenswert: Begegnung durch transparente Mauern; und Hoffnung im Kontext mit Sicherheit. Diese Ereignisse und Bilder werfen Fragen auf. Zum Beispiel die nach unserem Verhältnis zum Leben überhaupt. Die Widersprüche in unserem Bewußtsein liegen so offen, daß sie schon Gemeinplätze sind.

Wir erschrecken, wenn einmal im Monat ein Flugzeug abstürzt, aber wir akzeptieren jedes Jahr eine fünfstellige Zahl von Toten im Straßenverkehr. Wir empören uns über Tierversuche, aber die Abtreibung zahlt die Sozialversicherung. Wir bekämpfen den Nationalsozialismus in jeder geistigen Ecke, aber der Kommunismus, der nicht weniger Menschenleben forderte, wird als eine mögliche intellektuelle (ja sogar politische) Position zugelassen.

Wir „leben" mit diesen Widersprüchen. Dahinter stehen ökonomisch-technologische, soziale oder schlicht machtpolitische Konstellationen. Es gehört zur Überlebens-Strategie des Menschen, sich scheinbaren oder tatsächlichen Zwängen zu fügen. Erst kommt das Über-Leben, und dann kommt die Moral. Das ist nichts Neues. Diese Art von Sozialdarwinismus hat sozusagen Basis-Tradition.

Erstaunlich und neueren Datums aber scheint es zu sein, daß wir den Begriff Leben so radikal aus seinen ontologischen Bezügen herausgenommen haben. Leben ist eine säkulare Rechtsposition geworden, ein ordnungs- und sozialpolitisches Phänomen, ein medizinisches und technologisches. Über seine geistige oder gar religiöse Bedeutung erlaubt man sich kaum noch das Nachdenken.

So stehen wir vor einem sehr viel tieferen Widerspruch. Zumindest die westlichen Demokratien räumen dem Recht auf Leben Priorität ein. Aber sie tun es ihrem Wesen gemäß numerisch. Und aus dieser Perspektive heraus, die sich vom staatlichen Ordnungsgedanken inzwischen zum Volksglauben entwickelt hat, ergibt sich eine zwangsläufige Nivellierung: Das garantierte Gut hat den Charakter einer Massenware bekommen. Diese unerträgliche Situation wird dann extrem überkompensiert. Wo die Bedrohung des Lebens individuell faßbar ist, sind geradezu hysterische Verteidigungsreaktionen die Folge.

Ein Blick in die Kulturgeschichte belehrt einen schnell, daß es sich hier um eine abendländische Spätentwicklung handelt. Das Abendland hat seit der Aufklärung dem Leben einen immer höheren Stellenwert eingeräumt. Anthropologisch begründbar ist das nicht. Im alten Ägypten, in der dorischen Welt, im präkolumbianischen Amerika hatte das Leben – groh vereinfacht – eine Perspektive auf



Das Leben als ein Streben in den Himmel: Ein toltekischer Tempel in Mexiko FOTO: DIE WELT

den sehr viel bedeutsameren Tod hin. In Afrika oder im Fernen Osten ist auch gegenwärtig das Sterben keineswegs ein tragischer Vorgang. Selbst die christlichen Religionen erheben den diesseitigen Zustand zur Vorstufe des ewigen Lebens.

In der Blütezeit der Aufklärung wurden ein paar gewiß notwendige Aufhellungen vorgenommen. Das Individuum sollte nicht länger besinnungsloses Objekt übergeordneter Mächte sein. Keineswegs aber wurde das Leben seiner ontologischen Begründung und Bedeutung entkleidet. Von Schiller stammt der erstaunliche Satz: „Das Leben ist der Güter höchstes nicht!" Erst eingebettet in ein Wertesystem, das Sinnfragen stellt, bekam das biologische Phänomen Leben Maß und Bedeutung.

Erst die Aufklärungs-Epigonen haben mit ihrem Glauben an normative und funktionale Gesellschaftsmodelle eine verhängnisvolle Verkehrung der Entwicklung bewirkt. In der numerischen Gleichschaltung, die sich selbst zum Inhalt erhebt, liegt letztlich die Ursache für jene paradoxe Situation, daß Lebensschutz und Lebensverachtung in unseren westlichen Gesellschaften so pathologisch miteinander verknüpft sind.

Der moderne Terrorismus operiert mit dieser Schizophrenie. Er individualisiert den Tod, weil er weiß, daß er uns an unserer Achillesferse trifft. Müßten die Gewalttäter befürchten, Helden und Märtyrer zu schaffen, gingen sie wohl anders zu Werke. Wer das Leben nicht bloß funktional begreift, ist nicht so leicht zu erschrecken.

Die geistigen Ziehväter des modernen Terrorismus sind wir im Grunde selbst. Wir haben uns medizinisch, technisch, politisch, kulturell und neuerdings sogar theologisch derart säkularisieren lassen, daß das Leben zu einem Wert an sich und für sich geworden ist. Natürlich kann man nicht fordern, daß der Papst aus seiner Glaskammer heraustreten möge. Aber das Bild allein müßte uns nachdenklich machen. Wenn wir der gläsernen Mauern bedürfen, könnte es sehr schnell geschehen, daß das Leben überhaupt kein verteidigenswertes Gut mehr ist. Vom höchsten ganz zu schweigen.

IM GESPRÄCH Kim Dae Jung

Neuer Wind in Seoul

Von Heinz Barth

Wenn ein asiatischer Oppositionspolitiker fünf Tage vor Neuwahlen zum Parlament aus der amerikanischen Emigration in seine Heimat zurückkehrt, hleibt es nicht aus, daß alle Welt an das Schicksal Benigno Aquinos denkt, der im August 1983 auf dem Flughafen von Manila einem Mordanschlag der Militärs zum Opfer fiel. Doch Südkorea und die Philippinen, der aufgeklärte Autoritarismus, der das „Land der Morgenstille" beherrscht und ihm zu wirtschaftlichem Aufstieg verhalf, und das fernöstliche Inselreich unter dem verbrauchten Regime von Ferdinand Marcos – das sind Situationen, die sich kaum vergleichen lassen.



Heimkehr in die Morgenstille: Kim Dae Jung FOTO: NEVEU/STUDIO X

Der sechzigjährige Kim Dae Jung, seit Jahrzehnten Kristallisationskraft der südkoreanischen Opposition, der heute auf dem Flughafen von Seoul aus der Maschine steigen wird, geht ein kalkuliertes, aber kein überzogenes Risiko ein. Er möchte nach zwei in den USA verbrachten Exil-Jahren mit seiner Rückkehr der vor kurzem gegründeten Oppositionspartei einen Wahlschuh geben. Die Begleitung, die Kim mitbringt, ein stattliches Aufgebot von amerikanischen Kongreß-Abgeordneten und Journalisten, bietet ihm gewiß einen besseren Schutz als eine Horde von Leibwächtern.

So wird es sich die südkoreanische Regierung wohl zweimal überlegen, ob sie ihre Ankündigung wahr machen wird, Kim Dae Jung zur Verbüßung des Restes seiner Gefängnisstrafe in Haft zu nehmen. Seit er 1961 zum ersten Mal als Gegenspieler des später ermordeten Militärdiktators, General Park, ins Parlament einzog, hatte sich der katholische Bauernsohn, der es nach dem Zweiten Weltkrieg als Chef einer enteigneten japanischen Reederei zu Wohlstand brachte, für seine Landsleute zu einer demokratischen Symbolfigur entwickelt.

Bei der Präsidentenwahl von 1971 erreichte er als Herausforderer Parks 46 Prozent der Stimmen. Er flüchtete ins Ausland und wurde 1973 vom südkoreanischen Geheimdienst aus seinem Hotel in Tokio entführt. Zuerst zum Tod, später zu lebenslänglicher Haft verurteilt, die später auf zwanzig Jahre ermäßigt wurde, bedurfte es des energischen Druckes aus Washington, um seine Haftverschonung und schließlich seine Emigration zu erzwingen.

Seine Rückkehr ist ein Symptom, wie sehr sich die Verhältnisse während der letzten zwei Jahre im Fernen Osten verändert haben. Das Verbot politischer Betätigung und der Hausarrest, dem die meisten Oppositionellen Südkoreas unterworfen waren, ist bis auf wenige Ausnahmen aufgehoben. Der Vorwurf, daß die demokratischen Freiheiten durch das Regime Chun unterdrückt werden, hat viel von seiner Durchschlagskraft verloren. Hinzu kommt ein wirtschaftliches Wachstum, das die Entstehung einer an politischer Stabilisierung interessierten Mittelschicht begünstigt.

Es ist nicht nur die innere Entwicklung Südkoreas, die der Heimkehr Kims ihren dramatischen Effekt nimmt. Das internationale Klima des Fernen Ostens hat sich gewandelt. Das China Deng Xiaopings erschließt sich westlicher Zusammenarbeit. Das Japan Nakasones besinnt sich auf seine militärische Verantwortung. Sogar Nordkorea verliert seine bisherige Kontaktscheu. Ein neuer Wind weht seit Indira Gandhis Tod durch Asien. Er weht auch durch Seoul, das der Heimkehrer Kim verändert finden wird.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WIESBADENER KURIER

Er meint zur Rückkehrbereitschaft von Ausländern:

Auch wesentliche Veränderungen vollziehen sich manchmal leise und unauffällig. Noch vor Jahresfrist sorgten sich Politiker um den steigenden Anteil ausländischer Mitbürger in Ballungsgebieten. Insbesondere der starke Zuzug von Türken und die Befürchtung, mit der EG-Assoziierung ihres Landes würden für sie geradezu Schleusen geöffnet, ließen vielen keine Ruhe, die um die Identität der Deutschen fürchteten. Nun stellt sich plötzlich heraus, daß seit Herbst 1983 mehr als 300 000 Ausländer die Bundesrepublik verlassen haben, darunter etwa ein Fünftel aller Türken. Das inzwischen ausgelaufene Gesetz über die Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern war also so wirkungslos wohl doch nicht, wie es die SPD-Opposition damals vorhergesagt hat. Was uns hleibt, sind viele ungelöste Integrationsprobleme ... Vor allem denen, die seit vielen Jahren hier leben und arbeiten – und die bleiben möchten –, sind wir es menschlich und rechtlich schuldig, ihnen ein Leben zu ermöglichen, wie es die Bundesbürger auch führen.

DONAU-KURIER

Die Ingolstädter Zeitung geht auf Tschernenkos Gesundheit ein:

Die Krankehiten der führenden Männer im Kreml gehören zu den bestgehüteten Geheimnissen der Welt ... Es scheint die Machthaber in Moskau, Prag, Ost-Berlin und anderswo nicht zu stören, daß sie durch die Weigerung, die Bürger an ihrem Leben teilnehmen zu lassen, zu etwas Ähnlichem werden wie einst die chinesischen Mandarine, ja daß sie etwas Götzenhaftes annehmen. Wer in die oberste Führung aufrückt, tritt in einen Kreis von Halbgöttern ein. Halbgötter werden nicht krank ...

Trierischer Volksfreund

Er sieht Minister Blüm als Schlüsselfigur:

Die politischen Prohleme von Norbert Blüm werden immer unübersehbarer. So erreichte die Zahl der Arbeitslosen jetzt mit 2,6 Millionen den höchsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik. Damit ist nicht nur der Arbeitsminister Blüm, sondern auch der Sozialminister Blüm entscheidend gefordert. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zeigt nämlich deutlich, daß der von den Politikern oft und gern wiederholte Spruch, die Rentenversicherung sei für die Zukunft gesichert, nur bedingt wahr ist. Denn der hohe Grad der Beschätigungslosigkeit setzt die wichtigste Voraussetzung dafür – stetig steigende Beitragseinahmen – außer Kraft. Eine zusätzliche Gefahr für die Rentenversicherung droht durch die vermutlich sehr bescheidenen Lohnzuwächse der kommenden Jahre. Das heißt: Die Lohnsteigerungen dürfen sich nicht allzuweit von der Zunahme der Produktivität entfernen, sonst wird Arbeit zu teuer, und die Zahl der Arbeitslosen klettert weiter nach oben.

Die Abschreckungs-Mär vom Aufpasser im Goetheinstitut

Kochen im eigenen Saft / Von Günter Zehm

Seit Wochen gibt es ein Gezeter über die angebliche Absicht der Bundesregierung, dem Münchner Goetheinstitut, der von Bonn voll finanzierten Mittlerorganisation für auswärtige Kulturpolitik, einen „Aufpassser" ins Nest zu setzen. Quell der Gerüchte ist das Goetheinstitut selbst, wo sich Generalsekretär Horst Harnischfeger (SPD) einige Male höchst kryptisch und mißverständlich geäußert hat. Fast könnte man den Eindruck gewinnen, als werde hier ein parteipolitisches Süppchen gekocht, als ginge es darum, einen „Erbhof" zu sichern.

Dabei ist die Idee, dem jetzigen „General" einen Stellvertreter an die Seite zu stellen, ein altes Desiderat des Goetheinstituts selbst. Der Gedanke hat zusätzliche Aktualität gewonnen angesichts der Tatsache, daß es in München bisher nicht gelungen ist, dem dramatisch zurückgegangenen Interesse des Auslands am Deutschunterricht eine wirksame Strategie entgegenzustellen. Die Infrastruktur des Instituts muß zweifellos verstärkt werden, und niemand kann es den Verantwortlichen in Bonn verargen, wenn sie eigene personelle Überlegungen ins Spiel hringen.

Die Mär vom „Aufpasser" hat eindeutig den Zweck, mögliche Kandidaten, die politisch und ideologisch nicht links festgelegt sind, schon im Vorfeld von Neuwahlen zu diffamieren und zu entmutigen. Das ist um so bedenklicher, als es in der letzten Zeit im Goetheinstitut eine Reihe von krassen Fehlentscheidungen gegeben hat, die alle mehr oder weniger auf ein Kochen im eigenen Saft zurückgeführt werden können.

Unter der Flagge eines „neuen Kulturbegriffs" wurden grüne Politiker nach Übersee geschickt, die dort systematisch gegen deutsche Industrieinvestitionen hetzten. In verschiedenen Auslandshäusern des Instituts wurden Videokassetten ausgelegt und angepriesen, die – von duhiosen Firmen hergestellt – „hochkulturelle" Themen wie „Der Kampf um die Startbahn West" zum Inhalt hatten, und einige Male kam es vor, daß man Filme zeigte, die die sittlichen Standards des Gastlands eklatant verletzten, Empörung in dem betreffenden Land hervorriefen und den deutschen Interessen schweren Schaden zufügten.

Gleichzeitig entfesselten führende Angestellte und Mitarbeiter des Instituts eine lärmende „Autonomie"-Kampagne. Die Bundesregierung, so hieß es da, habe nicht die geringste Kompetenz, um überhaupt kulturelle Außenpolitik zu betreiben, sie habe sich auf die Rolle des Zahlmeisters und Watschenmanns zu beschränken, während das Goetheinstitut ganz allein und „vollkommen autonom" darüber entscheide, wie die ihm zur Verfügung stehenden Gelder einzusetzen seien. Botschafter und Konsuln der Bundesrepublik Deutschland seien andererseits verpflichtet, allen Entscheidungen des Instituts blindlings zu akklamieren und seinen Abgesandten im Ausland rote Teppiche auszurollen, einerlei, in welcher Mission und mit welchen Ahsichten diese unterwegs seien.

Solchen Diskussionen und Fehlentscheidungen ist nun freilich nicht mit bloßen personalpolitischen Veränderungen beizukommen. Notwendig ist offenbar, daß die Bundesregierung ihr Verhältnis zum Goetheinstitut strukturell neu überdenkt und dabei auf die Einhaltung eines Minimalkatalogs von Maximen in der auswärtigen Kulturpolitik dringt.

Wie müßte ein solcher Katalog aussehen? Erstens wäre klarzustellen, daß die auswärtige Kulturpolitik eine Säule deutscher Außenpolitik ist und bleiben muß und daß Aktivitäten, die die deutschen Interessen im Ausland eindeutig verletzen, von ihr nicht gefördert werden, auch nicht via Goetheinstitut oder im Namen irgendeines neuartigen „Kulturbegriffs".

Zweitens gilt es, Liberalität zu praktizieren und die ganze Vielfalt und Bandbreite unseres kulturellen Lebens zu dokumentieren. Bevorzugungen aus ideologischen Erwägungen darf es nicht geben, ebensowenig wie Cliquenwirtschaft in den Gremien, die die Mittel vergeben. Es ist aber guter Konsens (der beispielsweise von den Angelsachsen vorbildlich geübt wird), daß sich kulturelle Sendlinge im Ausland einer gewissen tagespolitischen Zurückhaltung befleißigen, denn gerade dadurch wird die Liberalität am besten gewährleistet.

Drittens ist Rücksicht auf die kulturellen Überlieferungen der Gastländer zu nehmen. Diese sind übrigens keineswegs immer daran interessiert, das jeweils Allerneueste und Allermodischste aus Deutschland serviert zu bekommen. Auch das Traditionelle muß also seinen Platz finden, stiftet es doch oft die engsten Verbindungen und das beste gegenseitige Verständnis.

Maximen wie diese sind im Grunde pure Selbstverständlichkeiten. Ihre Einhaltung bedarf keines „Aufpassers", sondern der schlichten Loyalität der professionellen Kulturvermittler. Ein Staat, der solche Loyalität nicht einfach voraussetzen kann, ist mit grundsätzlichen Regelungen im Verzug.

Auch der Retter in der Not muß neue Wege gehen

Rolf Liebermann ist nach Hamburg zurückgekehrt. Seit dem 1. Februar gebietet er wieder über das Opernhaus, das er von 1959 bis 1973 regierte und zu Weltruhm führte. Inzwischen 74 Jahre alt, springt der kosmopolitische Schweizer Komponist und Kulturmanager dem Haus in der Not bei.

Von REINHARD BEUTH

Interims-Intendant: Auf diese Bezeichnung für Rolf Liebermann legt man noch Wert. Das suggeriert Provisorium, Übergang, Platzhalten für einen künftigen, längst schon ausersehenen Nachfolger. Davon freilich kann die Rede nicht sein. Rolf Liebermanns neue Hamburger Intendanz wird kaum kürzer dauern als die Amtszeiten seiner einstigen Nachfolger, erst August Everding und dann Christoph von Dohnanyi. Und sie wird gewiß länger währen als die seines Vorgängers Kurt Horres, der schon nach wenigen Monaten das Handtuch warf. Daß freilich die alten Liebermann-Zeiten noch einmal wiederkommen, wird ein Wunschtraum der Hamburger bleiben. Denn das würde voraussetzen, daß das Haus noch immer so reibungslos funktionierte wie damals, als Liebermann Abschied von Hamburg nahm.

Eigentlich hatte er sich ja damals schon zur Ruhe setzen wollen. Dann erreichte ihn der Ruf, die Pariser Opéra zu übernehmen. Zu sanieren, muß man sagen. Das gelang ihm weitestgehend innerhalb von sieben Jahren. Danach wollte er sich nicht noch einmal in die Pflicht nehmen lassen. Nun hat er sich von seinen Hamburgern doch noch einmal erweichen lassen.

Dies hört sich nach der idyllischen Neuauflage einer alten Romanze an. Aber der Schein trügt. Manche sagen gar, Liebermann sei nur nach Hamburg gekommen, um seinem ehemaligen Assistenten in Paris und heute höchst erfolgreich arbeitenden Chef des Grand Théâtre de Genève, Hugues Gall, den Weg nach Hamburg zu ebnen. Was immer an diesem Gerücht dran ist, Gall ist neben dem Belgier Gérard Mortier einer der ganz wenigen Youngster-Intendanten, die das Zeug haben, einmal zum Format Liebermanns heranzuwachsen.

Vielleicht aber haben ja auch diejenigen recht, die da meinen, Liebermanns einzige Funktion in Hamburg sei die, Rolf Mares, den künstlerisch ambitionierten *Finanzdirektor* des Hauses, in die Schranken zu weisen. Denn daß Mares, der Biedermann mit dem guten Draht zum Senat, die Amtsmüdigkeit Christoph von Dohnanyis und erst recht die von Kurt Horres sehr gefördert hat, ist allen Beteiligten längst klar. Um einen Mann mit solcher Hausmacht erfolgreich zu attackieren, braucht es wirklich schon eines alten Löwen wie Liebermann.

Um im Bild zu bleiben: Die ersten fauchenden Attacken hat Liebermann in den letzten Wochen und Monaten denn auch in diversen Interviews, so auch mit der WELT (Hamburg-Ausgabe vom 22. 11. 1984), schon gestartet. Liebermann, der Staatsopernintendant, weist jede Einmischung des Staatsoperndirektors in künstlerische Fragen zurück.

Es ist also einiges an Scherben wegzuräumen und noch mehr aufzuräumen, ehe Liebermann überhaupt wieder an eine effiziente Amtsführung denken kann in einem Haus, das zu alledem inzwischen zum bühnentechnischen Notstandsgebiet geworden ist. Daß er heute anderes im Auge haben muß als in den recht glanzvollen sechziger Jahren, weiß jedermann *selbst am besten.*

Immerhin: Liebermanns damalige Praxis, neue Opern zuhauf in Auftrag zu geben, und das bei Komponisten von mehr oder weniger unzweifelhaftem Rang, hat zwar der Opernliteratur kein einziges Werk von Lebenstüchtigkeit geschenkt, aber doch immerhin den Anschein einer vitalen, noch zu Kreativität aufgelegten Kunstform namens Oper und Institution namens Opernhaus bewahrt.

Danach kamen die Bühnenfürsten, die meinten, die Oper lasse sich durch moderne Regie als zeitgenössische Kunst erhalten. Liebermann hat das nie geglaubt. Nachdem er mit einer eigenen, höchst unkonventionellen „Parsifal"-Inszenierung in Genf die Probe aufs Exempel gemacht hat, behauptet er nun wieder: „Die Erneuerung des Musiktheaters kann immer nur über die Komponisten kommen, niemals über die Regisseure."

Liebermann war es, der damals die Hamburgische Staatsoper als erstes deutsches Haus aus einer Art nationaler Provinzialität in den internationalen Theaterverbund einspielte. Die Gastspiele *Igor* Strawinskys und George Balanchines in Hamburg waren die eine Seite dieser Medaille, die Gastspielreisen der Hamburger Oper nach Amerika die andere.

Aus der Provinzialität zu Weltruhm

In einer ganz auf das Wort Musiktheater fixierten Opernphilosophie, wie sie damals in Deutschland noch *herrschte*, brachte *Liebermann plötzlich* wieder den Begriff des Sängers auf. Stars wie die Sutherland und Jungstars wie damals Placido Domingo standen bei Liebermann zum ersten Mal auf einer deutschen Opernbühne. Und das schönste war, sie sangen nicht nur zur Premiere, sondern einen ganzen Block von Aufführungen. All das hat sich längst durchgesetzt. Damit kann Liebermann heute keinen Staat mehr machen.

Es ist wahrhaftig etwas anderes, dem ein Intendant heute ins Auge sehen muß. Und genau diese Herausforderung, eine im Jahre 1598 entstandene Kunstform namens Oper noch heil ins dritte Jahrtausend auf den Weg zu bringen, reizt Liebermann heute dazu, sich noch einmal die Bürde eines Intendantenamtes aufzuladen.

Liebermann wird sich in Hamburg wohl kaum mehr um den erkälteten Hals einer Primadonna kümmern wollen oder darum, ob man den „Tristan" mit 16 Ersten Geigen im Orchester spielen kann oder sich auf 14 beschränken muß, weil die Orchesterdienste knapp geworden sind.

Liebermann wird in der kühlen Hamburger *Luft* darüber *nachdenken* müssen, wie ein zu 80 Prozent defizitärer Betrieb, dessen Kosten zudem noch schneller steigen als die allgemeine Teuerung, weiterexistieren soll angesichts einer schwindenden Subventionsbereitschaft der öffentlichen Hand. Mag das in der Hansestadt auch alles besonders betrüblich aussehen: Auch konservativ-liberal geprägte Regierungen geraten in den *Zielkonflikt zwischen* Staatsabbau hier und Kulturförderung dort. Wenn es den Konservativen ernst ist, Bürger und Wirtschaft von Steuern zu entlasten, dann wird die Kulturfinanzierung mehr und mehr zur privaten Aufgabe. Sind die Regierungen hingegen wie in Hamburg links gewirkt, sieht die Sache auch nicht anders aus. Denn da verweigert die Basis die Mittel zur Stützung angeblich elitärer Kunstformen wie der Oper.

Private Förderstrukturen, wie sie in Hamburg seit Liebermanns erster Amtszeit ohnehin stärker ausgeprägt sind als an jedem anderen deutschen Theater, ein für allemal so festzuzurren, daß sie den Bestand eines Hauses *auf Dauer* garantieren, das wäre noch eine Leistung, Liebermanns würdig. Dann könnte die Oper im notleidenden Hamburg tatsächlich die einzige sein, die einer sicheren Zukunft entgegengeht, während die heute noch satten Häuser sonstwo im Lande längst an den ausgestreckten Armen der Politiker verhungert sind.

Aber auch Schluß zu machen mit dem ganzen bildungsbürgerlichen Abonnement-Ballast, den die Oper noch immer mit sich herumschleppt, überlegt Liebermann, gewitzt von Pariser Erfahrungen. Paris, mit seinen zehn Millionen Einwohnern fünfmal so groß wie die Hansestadt, kam mit rund hundert Opernaufführungen *pro Jahr* aus. In *Hamburg* sind es über dreihundert. Und keiner sage, die Franzosen seien weniger opernfreudig als die Deutschen.

Da ist nur vor den Lohn einer Opernkarte das ernsthafte Bemühen gestellt, das ernstes Interesse voraussetzt. In Deutschland geht man wohl mehr abonnementweise in die Oper, um eine *kulturelle* Versorgungseinrichtung des Staates nicht ungenutzt zu lassen. Dieses Dilemma so oder so zu lösen gehört zu Liebermanns Denkstoff, wenn er davon spricht, ihn interessiere an der abermaligen Hamburger Intendanz der Versuch, „die Strukturen eines großen Staatstheaters den gesellschaftlichen Gegeben*heiten unserer Epoche und* der *nächsten zwanzig Jahre anzupassen".*

Liebermann braucht keine Rücksichten mehr zu nehmen. Er kann die Staatsoper von heute auf morgen fallenlassen, wenn man ihm Schwierigkeiten macht, und sich in seine Villa am Zürichsee zurückziehen. Nicht er wäre blamiert, sondern abermals *Hamburg. Insofern* hat *nie* ein Intendant eine dankbarere Aufgabe übernommen.



Rolf Liebermann brachte Hamburgs Oper in den 60er Jahren zu Weltruhm. Jetzt soll der Intendant das Wunder wiederholen
FOTO: DANIEL SIMON/STUDIO X

Aufbruch in eine Ära der Hoffnung

In den USA hat sich eine neue studentische Jugend entwickelt: optimistisch, sachlich, erfolgsorientiert, weniger von Idealen geleitet.

Von FRITZ WIRTH

In einem Seminar über den Vietnam-Krieg an der Universität Kentucky fragte kürzlich ein achtzehnjähriger Student seinen Professor George Herring in aller Unschuld: „Was ist eigentlich *Napalm?*" Der Professor antwortete pflichtschuldigst. Wesentlich interessanter als seine Auskunft war die Antwort, die er in der letzten Woche dem „Wall Street Journal" gab: „Spätestens bei dieser Frage dämmerte mir, daß für uns in den Vereinigten Staaten eine neue Ära begonnen hat."

Professor James Therry vom Prince George College berichtet zum gleichen Thema: Der „Golf von Tonking", „Tet-Offensive" und „My Lai", Schlagwörter der Protestgeneration der letzten zwei Jahrzehnte, sind für die heutige Jugend keine Reizwörter mehr, sondern Stichwörter im Index der Geschichte. Und diese Geschichte ist vielen jungen Amerikanern heute sehr fern. „Sie spricht über Vietnam so distanziert wie über den Ersten Weltkrieg", ließ Professor Martin Sherwin von der Tuft's Universität wissen.

Eines der erstaunlichsten Phänomene für einen Europäer, dem die selbstquälende Lust dieses Kontinents an der Skepsis, dem Selbstzweifel und der Depression noch in den Knochen steckt, ist die Begegnung mit dem ungetrübten und kraftvollen Optimismus dieser Nation. Und nirgendwo gedeiht dieser Optimismus ursprünglicher und reiner als bei der amerikanischen Jugend.

Nun ist es ja nicht so, daß es für Amerika keinen Anlaß zum Grübeln gäbe. Die Verschuldung des Staates hat Dimensionen erreicht, die nicht nur bei Berufspessimisten Seelenängste wecken könnten. Es gäbe in diesem Lande, wenn denn hier mitteleuropäische Psychosen gediehen, auch Anlaß zu Sternmärschen wider den „chemischen Holocaust", nachdem bekannt wurde, daß jene Firma, die für die Giftgas-Katastrophe von Bhopal verantwortlich ist, auch in West Virginia Sicherheitsprobleme hatte. Die Enthüllungen darüber machten zwar Schlagzeilen, doch sie hinterließen keine Angstpsychosen. *Wächst also hier eine Disengagement-Generation heran, die sich auf sich selbst konzentriert?*

Eine neue Umfrage unter 180 000 *Jungstudenten scheint auf den ersten* Blick das Unwohlsein zu bekräftigen, das in dieser Frage mitschwingt. Danach haben Wohlstand und finanzielle Sicherheit bei der Mehrheit der Studenten Priorität. 73 Prozent ließen sich bei ihrer Berufsausbildung von diesem Aspekt motivieren, im Vergleich zu 43 Prozent im Jahr 1967.

Von solchen Resultaten her ist es dann nicht mehr schwer, dem allgemeinen Optimismus dieser Nation einen schlechten Namen zu geben. Studenten seien ein Spiegel der Gesellschaft, sagen denn auch die Autoren der Umfrage. Es gibt kaum eine intensiver nach ihren Lebensgewohnheiten und Motiven befragte Nation als die amerikanische. Das Erstaunliche nur ist: Es gibt auch keine Gesellschaft, die kühneren und oberflächlicheren soziologischen Pauschalurteilen unterworfen wird.

Das Ergebnis sind dann so heikle Unternehmen wie das des Nachrichtenmagazins „Newsweek", das 1984 allumfassend zum „Jahr der Yuppies" erklärte, womit junge großstädtische Professionals gemeint sind – ein *Produkt* des *„Baby-Booms"* zwischen 1946 und 1964 –, deren Horizont die Oberkante eines gesunden Bankauszuges und deren Credo ein pausbäckiger epikureischer Materialismus ist. Eine Generation also, deren Lebensziel Gesundheit und Reichtum sei und die darüber intellektuell verarme.

Nun gibt es solche Typen in jeder Gesellschaft. Die große Frage ist nur, ob sie so zahlreich und bestimmend sind, daß sie als typisch verstanden *werden können. Es trifft ohne* Zweifel zu, daß dies eine auf Erfolg getrimmte Gesellschaft ist und daß sie dies im Augenblick ausgeprägter ist als vor fünf oder zehn Jahren, da der Erfolg durch die Fesseln der *Rezession* gelähmt schien. Hier war ein Nachholbedarf an Erfolgserlebnissen, und die Nation deckt sich damit ein, solange die Chance dazu vorhanden ist. Die Reagan-Administration hat diese Chancen geboten – die Mehrheit greift zu.

Daran aber ist nichts auszusetzen, zumal es kaum Anzeichen dafür gibt, daß diese Suche nach dem Erfolg von einem moralischen und intellektuellen Ausverkauf begleitet ist. Es trifft zu: Die amerikanische Jugend organisiert sich nicht mehr zum Protest, aber das stempelt sie noch nicht zu einer *apathischen Generation, die* den Problemen der Vergangenheit und Gegenwart entflieht.

Im Gegenteil. Von fast allen Universitäten wird beispielsweise berichtet, daß der Andrang zu Vietnam-Seminaren noch niemals so stark war wie im letzten Jahr. Und sie kommen nicht, um *alte Urteile und Parolen* aufzuwärmen, sie wollen lernen und eigene Urteile formen. Und so kommt es, daß das Urteil dieser Generation über diesen Krieg sachlich und unberührt von Schuldgefühlen ist.

Es ist darüber hinaus zweifellns eine Generatinn, der idealistische Bekenntnisse seltener über die Lippen kommen als noch vnr zehn Jahren. Zu Zeiten des Vietnam-Krieges wurde beispielsweise das Friedens-Korps zu einem Hort des Idealismus der damaligen jungen Generation. Heute ist die Zahl der Freiwilligen auf ein Drittel des Jahres 1972 gesunken. Dennoch ist man darüber nicht unglücklich.

Damals kamen viele in der Vorstellung, sie könnten im Dienste des Friedens-Korps die Welt verändern und verbessern. Die heutigen Freiwilligen sind keine Idealisten, sondern Arbeiter. Das Ergebnis: Das Friedens-Korps ist heute effektiver als damals. Der Optimismus dieser Aufsteiger-Generation steht auf starken Füßen. Es gibt Anlaß, eine neue Ära der Hoffnung zu deklarieren.

Die Hochseefischer stecken im Wellental

Vor genau hundert Jahren ging es los: Mit dem Auslaufen des Fischdampfers „Sagitta" in Bremerhaven begann die deutsche Hochseefischerei. Es wurden stürmische Jahre mit Höhen und Tiefen.

Von W. WESSENDORF

Natürlich trauere ich der Seefahrt nach. Einen Seemann aufs Trockene setzen ist nicht einfach", bedauert Ernst Düwel. Vor vier Jahren hat der Bremerhavener Kapitän die schwankenden Rundumsichtbrücken von Fischerei-Schiffen mit einem bodenständigen Schreibtisch bei der Hanseatischen Hochseefischerei AG vertauschen müssen. Vor 31 Jahren hatte er in Rostock mit dem harten Brot der Hochseefischerei begonnen, seit 20 Jahren ist er Kapitän. In der Rückschau auf seine *langen* Jahre als *Hochseefischer* meint Kapitän Düwel ein wenig wehmütig: „Ich habe alle Höhen und Tiefen in meinem Beruf kennengelernt." In der hundertjährigen Geschichte ging es mit der deutschen Hochseefischerei tatsächlich ständig auf und ab.

Sie begann am 7. Februar 1885 mit dem Auslaufen des ersten deutschen Fischdampfers von Bremerhaven. Es war die „Sagitta" des Geestemünder Reeders Friedrich Busse. Das 148 BRT große Fischereischiff war auf der Bremerhavener Wencke-Werft gebaut worden. Zehn Jahre nach dem Bau der „Sagitta" gab es schon rund 100 deutsche Fischdampfer. Heute *werfen nur noch 12 Fabrikschiffe* und sieben Frischfisch-Trawler ihre Netze im Nordatlantik und vor Labrador aus.

„Das 100jährige Jubiläum der deutschen Hochseefischerei fällt in eine Krisenzeit dieses Gewerbes von äußerst bedenklichem Ausmaß", schreibt Assessor Rolf Hagemann in der Festschrift. Viele Krisen seien durchgestanden und bewältigt worden, aber keine habe jemals die Existenzgrundlage der Hochseefischerei so ernstlich gefährdet wie die gegenwärtige. Und der Regierungschef des Zwei-Städte-Staates, Bürgermeister Hans Koschnick, stellt im Vorwort fest: „Ich betrachte mit Sorge die derzeitige Strukturkrise, die durch natürliche Erschwernisse verschärft wird."

Erst vor wenigen Tagen hat sich der Schrumpfungsprozeß der Flotte fortgesetzt: Das moderne Fabrikschiff „Stuttgart" (3181 BRT), 1972 auf der Bremerhavener Rickmers-Werft gebaut, wurde von der „Nordsee" Deutsche Hochseefischerei mit Sitz in Bremerhaven und Cuxhaven an die Shanghai Marine Fisheries für zehn Millionen Mark verkauft.

Der Direktor der Hanseatischen Hochseefischerei, Dieter Koch, weist denn auch auf die Crux hin: „Wir haben eine der modernsten Fischereiflotten der Welt, aber das Korsett ist eng geworden, in dem wir uns bewegen können." Die Situation der einst florierenden Branche spitzte sich zu, als Mitte der siebziger Jahre die Nordatlantik-Staaten die 200-Seemeilen-Wirtschaftszonen einrichteten und die Fangmengen beschränkten. Damit wurden den Deutschen die traditionellen Fischgründe beispielsweise *vor Grönland* versperrt.

„Die schlechten Witterungsbedingungen vor Grönland geben uns in diesem Jahr noch den Rest", erklärt Koch die *Probleme mit Kabeljau und* Rotbarsch. Die grönländischen Gewässer wurden diesen Fischarten, die den meisten Erlös bringen, schlicht zu kalt. Sie schwärmten deshalb in wärmere Gegenden aus. Das verminderte Angebot hat dazu geführt, daß von den zwölf Vollfrostern unter deutscher Flagge zwei aufliegen: die „Geeste" der Hanseatischen Hochseefischerei in Bremerhaven und in Cuxhaven ein Schwesterschiff der „Stuttgart", die „Wiesbaden".

Die siebzehn in Fahrt verbliebenen Fischereischiffe sollen jetzt von einer Einheitsgesellschaft übernommen werden, die voraussichtlich aus den restlichen vier Hochseefischerei-Reedereien gebildet wird. Es sind „Nordsee", Hanseatische/Söhle-Gruppe, Nordstern in Bremerhaven und Pickenpack in Hamburg. Zur Zeit wird in den Kulissen über Art und Ausmaß der finanziellen Beteiligung der öffentlichen Hand verhandelt. Außerdem geht es um Altlastenregelung.

Die Zeit drängt. Die jetzige Fischfangsaison neigt sich dem Ende zu, und bis zum Beginn der nächsten im Spätherbst bleibt nicht mehr viel Zeit. So hat sich der Verband der Deutschen Hochseefischerei e. V. in Bremerhaven ein Limit gesetzt: Bis zum 1. Juli 1985 soll alles unter Dach und Fach sein.

Viele Fragen gilt es indes noch zu klären, beispielsweise ob die Schiffe in das Eigentum der sogenannten *Fang-Union übergehen oder langfristig* gechartert werden. Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle und sein Staatssekretär Wnlfgang von Geldern haben allerdings vor wenigen Tagen auf der Grünen Woche bekräftigt, daß die deutsche Fangflotte auch in Zukunft den Fischmarkt der Bundesrepublik zu 40 Prozent versorgen sollte. Geldern: „Wir müssen die Flotte erhalten, auch wenn sie Geld kostet."

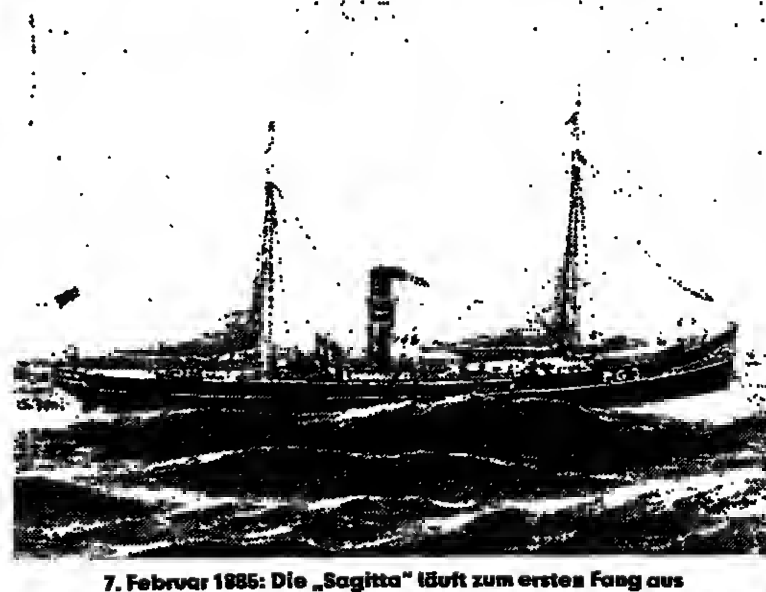
Die Vereinigung der Reedereien sieht nur noch den Untergang ihrer Flotte, sollte die Einheitsgesellschaft nicht gebildet werden. Koch: „Wenn die Fang-Union nicht kommt, steht uns nur noch Liquidation bevor." Denn ohne eigene Hochseefischerei, argumentiert der Verband, drohe mangels Mengen und Vielfalt die Verödung der Seefischmärkte und Austrocknung der gesamten Infrastruktur.

Obwohl sich die deutsche Hochseefischerei in einem tiefen Wellental befindet, gehört Bremerhaven immer noch zu den bedeutenden Fischereihäfen in Europa. Als führender deutscher *Seefischmarkt hat* die Stadt ihre Stellung sogar gegenüber den schärfsten Konkurrenten Cuxhaven und Hamburg in diesem Jahr weiter ausgebaut.

Nach einer Bilanz der Bremerhavener Fischereihafen-Betriebsgesellschaft (FBG) wurden an den drei Märkten 1984 insgesamt 181 087 Tonnen Fisch umgeschlagen. Davon entfielen mit 100 238 Tonnen – 55,4 Prozent – (Vorjahr 52,6 Prozent) auf Bremerhaven. Am Gesamterlös vnn 375,5 Millionen Mark war die Seestadt mit 212,7 Millionen Mark (57,8 Prozent) beteiligt.

Als das rauhe Gewerbe noch auf den Schaumkronen der Wellen tänzelte, wurden jährlich statt 180 000 Tonnen rund 700 000 Tonnen von einem der ältesten Nahrungsmittel der Welt an der deutschen Küste angelandet. Damals, auf dem Höhepunkt in den dreißiger und fünfziger Jahren, stachen über 200 Fischereischiffe in See.

Symbolisch steht der Fisch für Fruchtbarkeit, Reinheit und Glück. Für Bremerhaven bedeutet er Arbeit. 7000 Menschen sind noch in der Fischwirtschaft der 135 000-Einwohner-Küstenstadt *beschäftigt.* Weniger als 2000 verzeichnen die Statistiken in der Hochseefischerei, Bordpersonal und Landbetriebe zusammengenommen. Eine Jubiläumsauktion am 7. Februar morgens um sieben Uhr in der Halle X des Fischereihafens soll die lebenswichtige Bedeutung des Fisches in zweierlei Hinsicht dokumentieren: für die Bevölkerung Bremerhavens und für die Versorgung der Bundesrepublik.



7. Februar 1885: Die „Sagitta" läuft zum ersten Fang aus
FOTO: DIE WELT

Auch beim Bodenschutz spielt Bonn den Vorreiter für Europa

Das Bundeskabinett billigt ein umfassendes Programm mit 170 Lösungsvorschlägen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Als erstes Land der Welt", so Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, hat die Bundesrepublik Deutschland jetzt ein umfassendes Bodenschutzprogramm erhalten. Gestern billigte das Bundeskabinett eine von allen Ressorts abgezeichnete Bodenschutzkonzeption, die erstmals alle bedeutenden Einwirkungen auf den Boden bewertet und 170 Lösungsansätze für gesetzliche, planerische und wissenschaftliche Maßnahmen vorschlägt.

Einen ersten Entwurf hatte das Bundesinnenministerium im August 1984 vorgelegt. „Bis auf wenige Formulierungen", so ein Sprecher des Hauses, habe man den Text in der damaligen Fassung über alle Hürden gebracht. Als Beispiel für ein nicht im Sinne des für den Umweltschutz zuständigen Bundesinnenministeriums entschiedenen Punkt nannte der Sprecher den Schutz besonders wertvoller Landschaft vor dem Rohstoffabbau. Mit dem „Charme der Bürokratie" sei hier aber nun festgelegt worden, daß ein „unabweisbares Bedürfnis" den Weg zur Erlaubnis öffnen könnte.

Bundesminister Zimmermann betonte bei der Vorlage der umfangreichen Konzeption, man gehe von zwei zentralen Handlungsfeldern zum Schutz des Bodens aus. Einmal gehe es um die Minimierung von qualitativ oder quantitativ problematischen Stoffeinträgen aus Industrie, Gewerbe, Verkehr, Landwirtschaft und Haushalten, dann aber auch um eine „Trendwende im Landverbrauch". Der Bodenschutz habe immer dann den Vorrang, „wenn die Gesundheit der Bevölkerung oder die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet ist".

In der politischen Diskussion um den Bodenschutz sei von verschiedenen Seiten schon der Ruf nach neuen Gesetzen, nach einem besonderen Bodenschutzgesetz oder einem sogenannten „Artikelgesetz" vor einer gründlichen Bestandsaufnahme laut geworden. Hierzu sei festzustellen, daß es im Recht der Länder und des Bundes schon eine Vielzahl bodenrelevanter Regelungen gebe. Es werde jetzt sofort mit den Ländern geprüft, wo hier noch Lücken blieben, die durch bundesgesetzliche Regelungen geschlossen werden müßten. Die nächste Konferenz der Umweltminister der Länder findet am 25. April statt. Eine Bund/Länder-Arbeitsgruppe „Bodenschutzprogramm" arbeitet bereits seit dem 12. November 1982 zusammen.

Für die „Trendwende im Landverbrauch" wurde jetzt festgesetzt, daß vor weiteren Baulandausweisungen und Erschließungsmaßnahmen künftig die „innergemeindliche Bestandserhaltung" und das flächensparende Bauen stünden. Bei allen planerischen Abwägungsprozessen seien die ökologischen Anforderungen „stärker zu gewichten". Neu sei das Leitmotiv, daß künftig schon im Vorfeld vermeidbarer Schäden gesetzlich eingegriffen werden kann, was bisher nur bei der gesundheitlichen Gefährdung des Menschen möglich wäre, hieß es dazu. Begründete Anhaltspunkte für vorsorgende Maßnahmen können bereits gegeben sein, wenn bestimmte Emissionsentwicklungen mit bestimmten Beeinträchtigungen des Bodens in hoher Koinzidenz stehen oder ein Kausalitätsnachweis im statistischen Sinne geführt werden kann.

Für den Bereich des Fernverkehrs enthält die Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung die „verstärkte Prioritätensetzung bei Investitionen zugunsten des Eisenbahnverkehrs". Strengere Maßstäbe des Umwelt- und Naturschutzes sollen beim Ausbau des Bundesfernstraßen-Netzes gelten. Die Kapazität vorhandener Straßen soll durch Ausbau und Verbesserung, zum Beispiel durch Anfügen durchgehender Fahrstreifen als Alternative zum Autobahnneubau, gesteigert werden.

In der Landwirtschaft ist unter anderem vorgesehen, daß zur Vorbeugung gegen Bodenverdichtungen dem jeweiligen Bodenzustand und den Bodenbedingungen beim Maschinen- und Geräteeinsatz Rechnung zu tragen ist. Damit wären auch landwirtschaftliche und forstliche Maschinen und Arbeitsverfahren im Hinblick auf die Herabsetzung des Bodendrucks fortzuentwickeln. Zur Begrenzung der Bodenerosion ist in einer Liste von Lösungsmöglichkeiten vorgesehen, daß die „Übernutzung von Flächen durch Skisport und Trittschäden im Hinblick auf eine Verdichtung des Oberbodens" und von Erosionsschäden bei Hang- und Steillagen verhindert werden.

Obwohl es sich beim Bodenschutzkonzept des Bundes durchgehend um eine allgemeine Willensbekundung handelt, wurde das Papier im Ministerium als „Anfang eines neuen Kapitels in der Umweltpolitik" bezeichnet. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Volker Hauff, erklärte zu dem Kabinettsbeschluß, Zimmermann bleibe hinter seinen eigenen Ankündigungen weit zurück. Im Gegensatz zum Referentenentwurf würden die begrenzten Möglichkeiten des Bundes, Bodenschutz direkt umzusetzen, nicht genutzt.

Wahlrecht mit mehr Gerechtigkeit

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Mit den Stimmen der Koalitionsparteien und gegen das ausdrückliche Votum der SPD nimmt der Deutsche Bundestag heute Abschied von einer inzwischen altehrwürdigen Einrichtung: das Berechnungsverfahren für die Sitzverteilung bei Bundestagswahlen nach d'Hondt wird durch das Berechnungssystem nach System Niemeyer ersetzt. Die Folge wird sein, daß die kleineren Parteien, zu denen anders als bei Beginn der Kampagne für die Änderung inzwischen auch die Grünen zählen, begünstigt werden, während die großen Parteien durch die nun herbeigeführte größere Gerechtigkeit kleine Abstriche hinnehmen müssen.

Durch die mehrjährige Diskussion um das Problem haben sich die Fronten völlig verschoben. Mit der Einführung des Systems d'Hondt wollte die SPD ihrem Koalitionspartner FDP eine Freundlichkeit erweisen. Dazu besteht nach dem Bruch der sozial-liberalen Koalition und 1985 keine Veranlassung mehr. Im Innen- wie im Rechtsausschuß haben die Vertreter der SPD im Vorfeld der Erstellung dieses „Sieben Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes" gegen die Änderung gestimmt. Im übrigen war 1982 auch der Innenausschuß des Bundesrates dagegen, aber das spielt keine Rolle, denn die Länderkammer braucht zum Inkrafttreten nicht zuzustimmen.

Nach dem System von Victor d'Hondt werden, was schon lange bekannt ist, nicht völlig proporzgerechte Ergebnisse erzielt. Es zeichnet sich durch eine gewisse Begünstigung größerer Parteien aus, die um so stärker wird, je geringer die Zahl der zu vergebenden Sitze ist. Das Berechnungssystem des Hamburger Professors Niemeyer ist eigentlich eine Kombination mit dem des Engländers Thomas Hare. Es bewirkt eine mathematisch exaktere Übertragung der Stimmenverhältnisse auf das Sitzverhältnis. Bei diesem Verfahren hält sich die Möglichkeit einer Disproportionalität zwischen abgegebenen Stimmen und zu vergebenden Sitzen in engen Grenzen.

Union: Gesetz für den BND nicht vorgesehen

Datenschutz-Bericht mahnt eindeutige Rechtsvorschriften an

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Einer Reihe von Forderungen des Bundesbeauftragten für den Datenschutz will die christlich-liberale Koalition nicht folgen. Dies gilt insbesondere für Baumanns Verlangen nach einer gesetzlichen Grundlage für die Arbeit des Bundesnachrichtendienstes (BND).

Der jüngste Bericht des Beauftragten beleuchtet die Schwierigkeiten, die besonders im Spannungsfeld zwischen dem Schutz der Persönlichkeitsrechte und den Aufgaben der öffentlichen Sicherheitsdienste wie Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst (MAD) und BND entstehen. Der Beauftragte mahnte eindeutige Rechtsvorschriften zur „klaren und präzisen Regelung" ihrer Arbeit der Sicherheitsdienste an. Gleichzeitig verlangte er für die Stärkung der Verantwortung des Beauftragten mehr Unabhängigkeit von der Regierung, die die Rechtsaufsicht über seine Dienststelle hat.

Diesen Vorstellungen will die Bonner Koalition allerdings nur partiell folgen. Im Bericht Baumanns wird auch aus verfassungsrechtlichen Gründen für die informationelle Tätigkeit der Nachrichtendienste MAD und BND abermals die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage gefordert. Der Beauftragte begründet das unter anderem mit einem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts, nach dem seine „Kontrollkompetenz" gegenüber der Arbeit der Dienste auch beim Telefonabhören (G 10) nicht mehr in Frage stehe. Die Übermittlung von Daten anderer Dienststellen an den BND will Baumann künftig nur noch dann akzeptieren, wenn in einem Gesetz dessen Aufgaben festgelegt seien.

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Laufs, sagte gegenüber der WELT, ein Gesetz für den BND sei nicht vorgesehen, aber für den MAD. Auch denke man in der Koalition über ein „Zusammenarbeitsgesetz" nach, das die Kooperation zwischen der Polizei und den Nachrichtendiensten auf eine rechtlich einwandfreie Grundlage stelle. Im übrigen seien Novellen über den weiten Bereich der inneren Sicherheit in Vorbereitung.

Mit Genugtuung vermerkte Baumann in seinem Bericht die Vernichtung der „Basiskartei Zersetzung" mit 45 000 Karteikarten. Auch seien Informationen daraus nicht auf andere Weise gesichert worden. Aus der Sicht des Datenschutzbeauftragten sei aber zu beanstanden, daß der MAD weiter am „Instrument der personellen Vorbeugung" festhalten wolle. Denn die Bundeswehr sei interessiert zu erfahren, welche „Extremisten" im wehrpflichtigen Alter zu erwarten seien.

Baumann erläuterte in seinem Bericht, dem MAD sei es seiner Auffassung nach nur dann gestattet, Informationen über Personen, die der Bundeswehr nicht angehören, zu speichern, wenn deren extremistische Betätigung „unmittelbaren Bundeswehrbezug" hätten. Da der MAD keine allgemeine Staatsschutzbehörde sei, könne er seine gegenteilige Auffassung nicht damit begründen, bestimmte Personen könnten auch einmal Soldat in der Bundeswehr werden.

Auch bei der Kontrolle des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) stellt der Beauftragte Probleme fest. Ungeklärt sei etwa, unter welchen Voraussetzungen das BfV Informationen über die Teilnehmer von Demonstrationen speichern dürfe.

Vermummung: FDP beharrt auf Kompromiß

p. p. Bonn

In Bonn wird davon ausgegangen, daß sich die Parteiführer der Koalition, Kohl (CDU), Strauß (CSU) und Genscher (FDP), demnächst wegen der vorgesehenen Novelle des Demonstrationsstrafrechts zusammensetzen müssen, nachdem der in Berlin gefundene Kompromiß, von Unions-Seite in Frage gestellt, von der FDP aber verteidigt wird. Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Wolfgang Bötsch, sprach gestern in diesem Zusammenhang von innen- und rechtspolitischen Konfliktfeldern mit der FDP, die beseitigt werden müßten.

Landesgruppenchef Theo Waigel hatte in einem WELT-Gespräch (WELT v. 6. 2.) die Kritik an dem Kompromiß, vor allem, daß Vermummung lediglich als Ordnungswidrigkeit behandelt werden soll, zusammengefaßt: Man werde in der Unions-Fraktion „überlegen, was verbessert werden muß, damit eine Einigung herbeigeführt werden kann".

Hier haben allerdings die rechtspolitischen FDP-Sprecher bereits Widerstand signalisiert: Übereinstimmend bekräftigten die Abgeordneten Detlef Kleinert und Gerhart Baum, daß die FDP-Fraktion den Berliner Kompromiß in der vorliegenden Form „in allernächster Zeit verabschieden wird". Baum verwies auf die „berechtigte Sorge von Demonstranten" vor polizeilichen, erkennungsdienstlichen Maßnahmen, denen sie sich durch Vermummung zu entziehen suchten.

Auch von Verläßlichkeit ist bei der FDP die Rede, schließlich wären an dem Berliner Kompromiß sowohl die CDU-Spitzenpolitiker Erhard, Miltner und Helmrich, als auch die CSU-Repräsentanten Sauter und Wittmann beteiligt gewesen.

Späth: Einigung über Mediengesetz bis zum Sommer

xhk. Stuttgart

Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) hat sich optimistisch hinsichtlich einer Einigung der Ministerpräsidenten aller Bundesländer über einen Medien-Staatsvertrag geäußert. Anläßlich der Einbringung des Entwurfs für ein Landesmediengesetz gestern im Stuttgarter Landtag erklärte der Regierungschef, er gehe davon aus, daß es „bis zur Sommerpause" gelingen könne, eine „weitgehende Einigung über einen solchen Staatsvertrags-Entwurf" zu erzielen.

Diesen Optimismus begründete Späth mit dem Hinweis, daß eine andere Alternative „nicht sichtbar" sei. Angesichts der Satellitenübertragungstechnik, die neue Programme nicht für ein Bundesland, sondern über die Bundesrepublik hinaus „für nahezu ganz Europa" anbiete, sei eine „medienpolitische Kleinstaaterei und ein Auseinanderdriften parteipolitischer Positionen „weder realistisch noch verantwortbar". Wolle man privaten Veranstaltern eine reale Chance gewähren, dann müsse, so der Regierungschef weiter, „eine Ausweitung der Werbeeinnahmen der öffentlich-rechtlichen Anstalten gestoppt werden".

Medikamenten-Kontrolle

„DDR" führt „Überwachungsbuch" ein / Beschränkung für Ärzte

GREGOR KONDEK, Berlin

Für alle Bewohner der „DDR" wird ein Personenbezogenes Medikamentenbuch mit Ausweischarakter eingeführt. Dieses Medikamentenbuch wird gleichzeitig mit dem Sozialversicherungs- und Krankenausweis (SVK-Ausweis) bei dem Eintritt in das Berufsleben, bzw. mit dem Ende der Schulpflicht und dem Beginn einer Ausbildung ausgegeben.

Das Medikamentenbuch stellt in erster Linie eine weitere Komplettierung des lückenlosen Erfassens von privaten Daten und die Kontrolle dieser dar und ist eine weiterführende Maßnahme auf diesem Gebiet nach der Einführung der militärischen Nothilfe-Pässe für den Ernstfall im Jahre 1983.

Neben dieser Überwachungsfunktion soll mit Hilfe dieser Medikamentenbücher der ständig steigende Arzneimittelverbrauch und die damit verbundenen Kostensteigerungen drastisch beschränkt werden. Obwohl in den vergangenen Jahren die Importe für Medikamente immer mehr eingeschränkt wurden, konnten die Kosten nicht gesenkt werden. Die chronischen Versorgungsschwierigkeiten mit Medikamenten konnten selbst durch die im vorigen Jahr erteilte Erlaubnis Ost-Berlins, bestimmte medizinische Präparate aus der Bundesrepublik Deutschland privat und zum persönlichen Verbrauch einzuführen, nicht behoben.

Jeder Arzt darf künftig nur noch dann ein Rezept ausstellen, wenn der Patient auch gleichzeitig sein Medikamentenbuch vorlegt. Ebenso darf in der Apotheke nur gegen die Vorlage von Rezept und Medikamentenbuch das verordnete Präparat ausgehändigt werden. Durch diese Anordnung wird gleichzeitig der jeweils verschreibende Arzt kontrolliert. Darüber hinaus ist der Arzt verpflichtet, im Medikamentenbuch die Dosierung einzutragen. Damit will man verhindern, daß ein Patient bei einem anderen Arzt sich ein gleiches oder ähnliches Präparat nochmals aufschreiben läßt. Über die Angabe der Dosierung ist eine genauere Kontrolle des Verbrauchs möglich. Gleichzeitig will man der unkontrolliert steigenden Einnahme von Psychopharmaka entgegenwirken.

Die Verordnung von besonders teueren Medikamenten muß darüber hinaus seit geraumer Zeit von den jeweiligen Kreis-Ärztekommissionen befürwortet werden. Aus den verschiedensten Bezirken der „DDR" liegen Berichte vor, daß ältere Menschen bestimmte teuere Medikamente oder Behandlungen nicht mehr verordnet bekommen.

Rektoren dringen auf Konsens bei Hochschulnovelle

PETER PHILIPPS, Bonn

Der soeben mit großer Mehrheit wiedergewählte Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), Theodor Berchem, hat gestern unterstrichen, die WRK lasse sich bei der Debatte um die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) „von niemandem vereinnahmen". Nahezu einstimmig bei nur wenigen Gegenstimmen haben die Repräsentanten von 174 Hochschulen ihre Stellungnahme zu den einzelnen Abschnitten der heute im Bundesrat auf der Tagesordnung stehenden HRG-Novelle bekräftigt.

Ausdrücklich unterstützt wird der Entwurf der Bundesregierung in den Bereichen, die „mehr Gestaltungsfreiheit" der Hochschulen vorsehen. „Die hiergegen gerichteten Voten der Bundesratsausschüsse erfüllen die Hochschulen mit Sorge", heißt es bei der WRK. In einem „wichtigen Feld", wird allerdings moniert, stimme die WRK nicht mit dem Regierungs-Entwurf überein: Es stehe nichts in der Novelle, daß bei der Kapazitätsermittlung die „Forschungsbelange gleichrangig zu berücksichtigen sind". Statt dessen sei die Idee von „Forschungs-Professoren" und „Lehr-Professoren" geboren worden.

Die grundsätzliche Position der WRK faßte Berchem mit dem Hinweis zusammen, sich bei der Novelle auf einige wenige, wichtige Punkte zu konzentrieren und dabei auch auf „begrüßenswerte Vorschläge zu verzichten", um auf diese Weise zu einem „Konsens" zu kommen.

Neben der Erneuerung der Forderung an die zuständigen Minister, den „Fiebiger-Plan" zur zeitlich befristeten Neuschaffung von jährlich 200 Nachwuchs-Professorenstellen zu realisieren, war auch die Numerus-clausus-Frage wieder ein Schwerpunkt in der WRK-Sitzung.

Im Fach Informatik sind die Kapazitäten durchschnittlich mit 184 Prozent überlastet, an einigen Universitäten sogar mit mehr als 200 Prozent. Berchem plädierte dafür, das Fach „für zwei, drei Jahre bei 100 Prozent zuzumachen, damit es sich erholen kann". Zwar seien 23 Prozent der Hochschullehrerstellen nicht besetzt, aber „wir können sie auch nicht besetzen" – es sei denn, man wiederhole den Fehler früherer Jahre und stelle ohne Rücksicht auf die Qualität ein, um damit die Stellen für die Zukunft und dann wirklich Befähigten zu blockieren. In der WRK wurde auch über das „Zumachen" mit Hilfe von Normenkontroll-Verfahren gesprochen.

Konflikt um Asylrecht

Strauß wirft der Bundesregierung Untätigkeit vor

GEORG BAUER, Bonn

Das Asylrecht und der damit verbundene Strom von Ausländern in die Bundesrepublik Deutschland scheint sich zu einem scharfen Konflikt zwischen der Bundesregierung und der bayerischen Staatsregierung auszuwachsen. Bayerns Ministerpräsident, Franz Josef Strauß, der von einer „ernsten Auseinandersetzung mit dem Bund" sprach, warf der Bundesregierung Untätigkeit vor. „Im Bund geht nichts mehr", so der Ministerpräsident, der darauf hinwies, daß der Asylantenstrom wieder „extrem und unvorhersehbar" angestiegen sei.

Auf Forderung Bayerns, das zusammen mit Baden-Württemberg einen Vorstoß im Bundesrat unternehmen will, soll daher nach einem Kabinettsbeschluß der Bund einen Maßnahmenkatalog zur Verschärfung des Asylrechts verabschieden. So soll das Grundrecht auf Asyl entsprechend der Asylpraxis der übrigen westeuropäischen Länder konkretisiert werden. Für Ausländer aus außereuropäischen Herkunftsländern, die von Ost-Berlin in den Westteil der Stadt überwechseln, soll eine Grenzkontrolle und Visa-Pflicht eingeführt werden.

Ferner verlangt Bayern, die Asylanerkennung auf zwei Jahre zu befristen, wobei nach Ablauf der Zeit erneut geprüft werden soll, ob die Situation im Herkunftsland eine weitere Asylgewährung notwendig macht.

Der Beschluß weist auch auf das Arbeitsaufnahmeverbot hin, das auf die Dauer des gesamten Asylverfahrens auszudehnen sei. Dieses Verbot müsse auch für Ostblock-Angehörige während der ersten sechs Monate des Asylverfahrens oder des geduldeten Aufenthalts eingeführt werden.

Außerdem müsse Bonn den Grundsatz der Weisungsunabhängigkeit der Mitarbeiter des Bundesamtes für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf überprüfen, die über die gestellten Asylanträge entscheiden.

Mit Blick auf die Asylanten, die aus wirtschaftlichen Gründen in die Bundesrepublik einreisen, fordert Bayern die Bundesregierung auf, das Asylverfahrensgesetz so zu ändern, daß die Zurückweisung oder Abschiebung der Antragsteller möglich wird.

Um das Schlupfloch „Berlin" zu schließen, sollen die Vertreter der „DDR" auf den Mißbrauch des Asylrechts durch Erteilen eines „DDR"-Durchreisevisums an Reisende hingewiesen werden, die kein Visum eines Ziellandes besitzen.

Die einzelnen Forderungen zur Verschärfung des Asylrechts, über das Strauß Ende Januar bei seinem Besuch in Stuttgart mit Ministerpräsident Lothar Späth gesprochen hatte, sollen Ende der Woche in München auf Referentenebene zwischen Bayern und Baden-Württemberg abgestimmt werden, teilte ein Sprecher der Staatskanzlei in Stuttgart mit. Ein sensibler Punkt sei vor allem Ost-Berlin. In gewissen Grenzen sei hier ein Einvernehmen mit der „DDR" anzustreben.

Insgesamt nahm Bayern 1984 mit rund 6100 Asylbewerber mehr als doppelt so viele Asylanten auf wie 1983. 28 Prozent der Flüchtlinge kamen dabei aus Sri Lanka, ebenso viele wie aus dem gesamten Ostblock. Die gesamte Bundesrepublik nahm 35 000 Bewerber auf. Ein Jahr zuvor waren es nur 19 000.

„Verzicht auf Ausländer nicht möglich"

Ke., Bonn

Die deutsche Wirtschaft kann auch in Zukunft nicht auf die Arbeitskraft ausländischer Arbeitnehmer verzichten. Zu diesem Ergebnis kommt der Bericht, den Liselotte Funcke, Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, in Bonn vorlegte.

Frau Funcke wies darauf hin, daß vor allem in den Bereichen Bergbau, Hoch- und Tiefbau, in Gießereien und in der Fahrzeugindustrie, in der Kunststoffverarbeitung aber auch in der Gastronomie ausländische Arbeitnehmer nicht durch deutsche Arbeitslose zu ersetzen sind, weil diese für diese Bereiche nicht zur Verfügung stehen.

Im September 1984 lebten rund 4,36 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik, 1,9 Millionen Männer, fast 1,4 Millionen Frauen und mehr als eine Million Kinder unter 16 Jahren.

Die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik aber hat sich seit 1982 um rund 300 000 verringert. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt heute rund 7,1 Prozent.

Von den 1,9 Millionen ausländischen Arbeitnehmern waren im September vergangenen Jahres rund 300 000 arbeitslos. Mit 90 000 Arbeitslosen stellen die Frauen einen hohen Anteil. An der Spitze der ausländischen Arbeitnehmer stehen auch heute die Türken mit rund 1,4 Millionen.

Die Stadt mit dem höchsten Ausländeranteil ist heute Frankfurt. Die Ausländer machen rund 24 Prozent der Stadtbevölkerung aus. Weit über 50 Prozent der Ausländer lebt heute schon zehn Jahre und länger in der Bundesrepublik.

Fragezeichen hinter Hamm-Brücher

Bei einer Kandidatur um das Amt des Parteivize droht in Saarbrücken Krach

S. HEYDEK/DW. Bonn

Eine positive Bilanz seiner Arbeit hat FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann vor dem Bundesparteitag der Liberalen gezogen, der in gut zwei Wochen in Saarbrücken beginnt. Haussmann nannte gestern in Bonn drei Arbeitsbereiche, die programmgemäß abgeschlossen worden seien. Dazu gehöre das neue Parteiprogramm, das unter der Bezeichnung Liberales Manifest von den rund 400 Delegierten beschlossen werden und eine Fortführung des Freiburger Programms der 70er Jahre darstellen soll. Außerdem sei eine Verbesserung der innerparteilichen Stellung der FDP-Jugendorganisation Junge Liberale erreicht.

Ebenso wie die CDU auf ihrem Essener Parteitag im März wollen die Liberalen auch auf ihrem Konvent die Frage der Gleichberechtigung mehr in den Vordergrund stellen. In den 98 Anträgen zum Saarbrücker Parteitag habe die Vorbereitung von Diskussionen über die Gleichstellung von Mann und Frau einen besonderen Stellenwert durch den ersten bundesweiten FDP-Frauenkongreß im Januar in Essen erhalten. Unter anderem soll die Bunderegierung zur Einsetzung einer nicht weisungsgebundenen Gleichstellungsbeauftragten aufgefordert werden, die Diskriminierungen entgegenwirken soll.

Die Organisatoren und Strategen im Bonner Thomas-Dehler-Haus haben möglicherweise unfreiwillig einem turbulenten Ablauf des bevorstehenden Parteitags Tür und Tor geöffnet: Nach ihrem auf Harmonie angelegten Programm soll erst der scheidende FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher sprechen, anschließend über die Rede des erfahrenen Taktikers diskutiert werden. Dann sollen Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann zum Genscher-Nachfolger, Helmut Haussmann erneut als Generalsekretär sowie der hessische Landes- und Fraktionschef Wolfgang Gerhardt für den von allen Parteiämtern zurückgetretenen Baden-Württemberger, das ehemalige Genscher-„Ziehkind" Jürgen Morlok, zum stellvertretenden Bundsvorsitzenden gewählt werden. Darauf, schließlich und endlich, soll mit dem „Liberalen Manifest" die Fortschreibung der Freiburger Thesen von 1971 beschlossen werden.

Diese von einem an der Sache orientierten Ablauf ausgehende Planung hat jedoch inzwischen mindestens einen „Schönheitsfehler". Es wird spätestens dann zu Querelen oder sogar zum Krach wie auf dem Parteitag in Münster kommen, wenn die bayerische FDP-Bundestagsabgeordnete Hildegrad Hamm-Brücher gegen Gerhardt antreten sollte. Der spielt wegen der rot-grünen „Hessischen Verhältnisse" für die Partei inzwischen eine besondere und wichtige Rolle.

In dieser Frage hält sich die Bildungspolitikerin und ehemalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt zwar noch bedeckt. Doch aufgrund von wohl bewußt gestreuten Hinweisen scheint sich zu verdichten, daß das „selbsternannte Gewissen der FDP" (wie sie seit ihrer demonstrativen Anti-„Wende"-Rede im Bundestag am 1. Oktober 1982 von Fraktionskollegen genannt wird) einen weiteren Anlaufversuch zum Aufstieg in die Führungsetage der Liberalen unternehmen will.

Rückhalt hat sie dabei beim Vorsitzenden der Jungen Liberalen, Guido Westerwelle. Der sieht in der „Wende"-Gegnerin eine der ersten Befürworterinnen der Julis beim Kampf gegen die nach dem Koalitionswechsel abgesprungenen Jungedemokraten um die Anerkennung als offizielle Nachwuchsorgansisation, sogar eine „Symbolfigur".

Tatsächlich aber hatten sich unter anderem Gerhardt (dessen Landtagsfraktion der Westerweille-Vorgänger Johannes Otto angehört), sowie dem „rechten" Flügel zugerechnete Politiker wie der Rechtsexperte Detlef Kleinert und der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff frühzeitig für die Julis eingesetzt.

Hinzu kommt, daß auch zur Vermeidung eines „Machtkampfs" auf dem Saarbrücker Parteitag führende Liberale Hildegard Hamm-Brücher von einer Gegenkandidatur abhalten wollen. Dahinter steht, daß sich die Parteispitze – wie unter anderem mit der Wahl des 30jährigen Walter Döring zum Nachfolger von Morlok in Baden-Württemberg sichtbar geworden – verjüngen will. Gerhardt ist als „Mitglied der jungen FDP-Garde" gerade 40, Hildegard Hamm-Brücher 64 Jahre alt.

Die Abgeordnete, die mindestens zweimal vergeblich das Amt eines Bundestagsvizepräsidenten angestrebt hatte, wird trotz aller Gerüchte voraussichtlich nicht den Parteitagsablauf stören wollen. Hatte sie doch zum Beispiel zu ihrer politischen Zukunft schon vor einem Jahr am 25. Februar im WELT-Gespräch ausdrücklich erklärt: „Wenn die letzte Legislaturperiode normal 1984 zu Ende gegangen wäre, hätte ich nicht mehr kandidiert."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Diepgen und Apel taten sich nicht weh

„Frontlinie" zwischen AL und SPD / Erster gemeinsamer Wahlkampfauftritt

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die eigentliche „Frontlinie" im Berliner Wahlkampf verläuft zwischen AL und SPD, nicht zwischen Eberhard Diepgen und SPD-Widersacher Hans Apel. FDP-Chef Walter Rasch nutzt seine Rolle als politischer David in der „Marktlücke" zwischen den Großen geschickt. Die AL profiliert sich zu Lasten der SPD als die „eigentliche" Opposition. Dies drängte sich als bestimmender Eindruck der ersten öffentlichen Debatte zwischen Diepgen, Apel, Rasch und einem AL-Vertreter auf.

Man traf sich wie 1979 und 1981 auf neutralem Boden im „Haus der Kirche". Sachlich, nahezu spartanisch an den Fakten und nicht an rhetorischen Gags orientiert, verlief diese erste Anhörung mit Publikum ohne Höhepunkt – stets auf der Suche nach „dem" Thema, wie der gesamte Berliner Wahlkampf bisher.

Es „knisterte" keineswegs zwischen einem reserviert-zurückhaltenden Apel und einem seine umfassende Sachkompetenz und aus dem Amt erwachsende Autorität ausspielenden Diepgen. Allenfalls verzeichnete das Publikum einige Fingerhakeleien zwischen dem AL-Vertreter Jürgen Wachsmuth und dem Sozialdemokraten.

Sonst blieb das Quartett auf dem Podium von einer nicht enden wollenden Höflichkeit (Diepgen: „Darin stimme ich Herrn Apel zu" oder Apel: „Der hochverehrte Regierende Bürgermeister") und Standfestigkeit gegenüber der Verführung, durch Demagogie das Publikum zu gewinnen.

Man hielt sich streng wie auf einer Synode an die vorgegebenen Problemkomplexe, die im Grunde kaum mehr als Zustandsbeschreibungen statt zukunftsträchtiger Ausblicke zuließen. Die Themen lauteten: Arbeitslosigkeit, Neue Armut, Ausländer, 40. Jahrestag des 8. Mai 1945.

Der soziale Gesamttenor der drei Hauptthemen führte dazu, daß sich alle vier Politiker zum Teil in Details bis hin zum Stromverbrauchskontingent für Sozialhilfeempfänger (Apel: „Das reicht für drei Stunden Licht oder zehn Minuten Kochplatte") zu verlieren drohten – bisweilen ein Oberseminar für Versicherungsälteste.

In diesen langen Passagen der Einigkeit aller über Abhilfe und Besserung sehnte man sich in die zwar angespannte, aber auch von den unterschiedlichen politischen Ansätzen her spannende Zeit vor vier Jahren zurück. Damals saß mit Richard von Weizsäcker, Hans-Jochen Vogel und dem originellen Kopf Guido Brunner ein anderes politisches Kaliber dort oben.

Fast selbstverständlich, daß sich Diepgen und Apel in der Diagnose fast immer einig waren: Abbau der Arbeitslosigkeit durch Qualifizierung, weiterer Ausbau der Industriepolitik, höhere Sozialhilfesätze, Sockelbeträge für Kleinrentner. Uneins blieb man bei Apels Forderung nach Beschäftigungsprogrammen und Apels Milliardenkatalog der angeblichen Bonner Wende-„Schweinereien". Diepgen konterte da sehr kühl: „Ich lasse mir von vielen sagen, was not ist, aber nicht von einem ehemaligen Minister der sozialliberalen Koalition, die diese Maßnahmen auf den Weg gebracht hat."

Apel, der den ganzen Abend über staatsmännisch defensiv blieb, mußte mancherlei Widerborstigkeiten der AL-Seite ertragen: „Peinlich" fand man dort seine Argumentation und riet ihm, sich mit der Geschäftsordnung des Berliner Parlaments vertraut zu machen: „Aber Sie werden sie ja vielleicht nie kennenlernen ..."

FDP-Mann Walter Rasch spielte souverän den Genscher-Part bei früheren Fernsehduellen von Schmidt und Kohl: „Ich liege wieder mal goldrichtig", meinte er und zog als einziger auf dem Podium zuweilen auch die Lacher auf seine Seite.

Olszewski – Anwalt der verbotenen Opposition

Sein langer Weg von Gomulka bis Popieluszko

JOACHIM G. GÖRLICH, Köln

Ganz Polen spricht von Jan Olszewski, der als Nebenkläger die Familie des ermordeten Priesters Jerzy Popieluszko vertritt und deutlich aussprach, was man in Polen denkt. Nämlich, daß der Auftraggeber der Priestermörder kein anderer als der sowjetische KGB ist. Der Staranwalt und Publizist ist zu einer Zentralfigur des Thorner Prozesses geworden.

Wer ist dieser Olszewski, der sich selbst als „Sozialist" bezeichnet, der sich die Souveränität Polens aufs Panier geschrieben hat? Er wurde am 20. August 1930 in Warschau in einer alten sozialdemokratischen Familie geboren, kämpfte als Mitglied der katholischen Pfadfinderorganisation „Graue Reihen" im Warschauer Aufstand 1944. Nach dem Krieg war er zuerst in der sozialdemokratischen Jugendbewegung Omtur. Nach dem Jurastudium arbeitete er zwei Jahre lang im Innenministerium. Er kennt also das „Ressort", aus dem die vier Angeklagten in Thorn kommen.

Dann trat er in die Redaktion der 1957 verbotenen bekannten Studentenzeitschrift „Po Prostu" ein, die den „polnischen Oktober" 1956 einläutete. Im selben Jahr traf er sich mit dem späteren KP-Chef Gomulka und bereitete dessen Comeback publizistisch vor.

Es gibt in der Bundesrepublik noch Menschen um „Po Prostu", die den „liberalen" Olszewski aus dieser Zeit gut kennen, seine klare Haltung zur Diskriminierung der Deutschen in Polen. Nach dem Verbot von „Po Prostu" wechselte Olszewski zur „Polityka", um sich schließlich ganz seiner Anwaltstätigkeit zu widmen. Er irritierte Gomulka bald durch sein Engagement im Vorstand des Diskussions-Klubs „Krummer Kreis", aus dem auch der Philosoph Leszek Kolakowski hervorging. 1964 trat er als Anwalt von Jacek Kuron und Karol Modzelewski in Erscheinung, vertrat viele andere sozialistische und neomarxistische Regimekritiker.

Sein Name wurde bald in einem Atemzug mit der ihm bekannten oppositionellen Anwältin Aniela Steinsberg genannt. Bald darauf verteidigte er die Schriftstellerin Nina Karsov, „Häftling des Jahres 1968" von Amnesty International, heute Direktorin des bekannten jüdisch-polnischen „Kontra"-Verlages in London. Er verteidigte auch den Regimekritiker Janusz Spotanski, der eine Schmähoperette auf Parteichef Gomulka schrieb. Zu seinen Klienten gehörte auch Adam Michnik.

Immer wieder wurde er mit zeitweiligen „Berufsverboten" belegt, machte selbst mit dem Gefängnis für einige Monate Bekanntschaft. Er gehörte zu den Mitbegründern von KOR, zu den Unterzeichnern des berühmten Briefes der 59 Intellektuellen an die Regierung. Er verteidigte die inhaftierten Arbeiter von Radom. Als die inzwischen verbotene Solidarnosc-Gewerkschaft zu keimen begann, war er sofort dabei: Er reiste zu den Werftarbeitern nach Danzig, mit dem Statutenentwurf in der Tasche, stand Lech Walesa und seinem Landesvorstand als juristischer Berater zur Seite. Bald begründete er den Verband für die „Häftlinge des Gewissens" und wurde als Justitiar des größten Regionalverbandes von Solidarnosc, Mazowsze, mit Sitz in Warschau, bestellt.

Nach Auflösung der Solidarnosc wandte sich Olszewski wieder dem Anwaltsberuf zu; er trat abermals in zahlreichen Politprozessen auf. Die Familie Popieluszko aus dem nordostpolnischen Okopi übertrug ihm ihr Mandat. Sozialismus und Katholizismus sind in Polen seit jeher nicht unvereinbar. Und so fühlt sich auch Olszewski der Tradition seiner Väter und dem Christentum verpflichtet.

In Israel wächst Kritik am Abzug

Folgen des schiitischen Terrors in Südlibanon für Westjordanland / Gefahr für Koalition

PETER M. RANKE, Tel Aviv

Mitten in der arabischen Stadt Ramallah im israelisch besetzten Gebiet wurde der israelische Feldwebel Aharon Avidar (29) erschossen. Der Mörder konnte entkommen, obwohl die Israelis sofort über Ramallah und das nahe Palästinenser-Lager Amari eine Ausgangssperre verhängten. Das ist der zweite Terror-Mord innerhalb von zehn Tagen.

Israelische Regierungskreise befürchten eine Zunahme der Terror-Akte. Palästinensische Jugendliche zum Beispiel hören nicht auf, israelische Autos auf der Straße zwischen Jerusalem und Hebron mit Steinen zu bewerfen. Israels Stabschef Levi bezeichnete die Zwischenfälle als schwer, während Ministerpräsident Peres den Siedlern besseren Schutz zusagte und sie aufforderte, kein Faustrecht zu üben. Nach Meinung der Oppositionsabgeordneten der rechten Techiya-Partei hat die milde Regierungspolitik gegen arabische Extremisten versagt. Das Dehaische-Lager in der Nähe von Hebron müßte, so fordern sie, in die Jordan-Senke verlegt werden, wo bei Jericho zwei verlassene Camps neu eingerichtet werden könnten. Die Regierung lehnt aber Zwangsumsiedlungen von Palästinensern, Ausweisungen nach Jordanien oder die Sprengung von Häusern der Attentäter ab.

Von Regierungsseite verlautet, daß die Zunahme der Spannung in den besetzten Gebieten die Folge von erbitterten Machtkämpfen in den Palästinenser-Lagern selbst sei. Jede Gruppe gebärde sich radikaler als die andere und versuche durch Anschläge auf Israelis, Anhänger zu gewinnen. Vor allem kämpfen in den Lagern Arafat-Anhänger der PLO gegen prosyrische Kommandos der Abu-Mussa-Gruppe. Aber auch Kommunisten und Moslem-Brüder sind aktiv, die letzteren werden von Kairo und Jordanien unterstützt.

Die Opposition behauptet, die Zunahme der Terroraktivität sei auf die Eröffnung eines PLO-Büros in Amman zurückzuführen. Hierfür gibt es jedoch bisher keine Beweise. Sicher ist dagegen, daß der bedingungslose israelische Abzug aus Südlibanon ohne Friedensvertrag den prosyrischen Gruppen unter den Palästinensern Auftrieb gegeben hat. In Damaskus wird schon erklärt, der Abzug der Israelis aus Libanon sei ein Beispiel für das West-Jordan-Ufer und den Gaza-Streifen. Die Palästinenser dort müßten ebenso aktiv handeln wie die Terror-Trupps der Schiiten in Südlibanon, die in einem Jahr mehr erreicht hätten als Arafats PLO in 17 Jahren und die noch jetzt mit Kamikaze-Aktionen der abziehenden Armee Israels Verluste zufügten.

Ein weiteres Argument wird von der israelischen Opposition beigesteuert. Der israelische Abzug verrate alle diejenigen Libanesen und Palästinenser, die mit Israel in gutem Glauben auf einen friedlichen Ausgleich zusammengearbeitet hätten. Sie alle blieben jetzt schutzlos zurück und würden zum Ziel von Mordanschlägen. Daraus zögen die Palästinenser in den weiterhin besetzten Gebieten den Schluß, so lautet die Kritik der Opposition, auf keinen Fall mit Israel zusammenarbeiten zu dürfen, da man schließlich im Stich gelassen und den Radikalen der PLO überlassen werde. Auch aus dieser arabischen Einschätzung heraus sei mit einer Ausbreitung des Terrors und mit einer Entmutigung der Gemäßigten zu rechnen.

Innenpolitisch droht die prekäre Sicherheitsfrage allmählich zu einem Problem für die große Koalition zu werden. Viele Abgeordnete des mitregierenden Likud-Blocks teilen die Meinung der Opposition, Südlibanon hätte niemals unter Terror-Druck und ohne Zugeständnisse von Damaskus aufgegeben werden dürfen. (SAD)

Kims Rückkehr soll die Opposition stärken

Am Dienstag wählen Südkoreaner ein neues Parlament

SAD/DW. Washington/Tokio

Der südkoreanische Oppositionsführer Kim Dae Jung, der heute nach zweijährigem Exil in den USA in seine Heimat zurückkehren will, hat sich erleichtert über das Versprechen der Regierung in Seoul geäußert, ihn nicht zu inhaftieren. In Washington wies er aber dennoch darauf hin, daß er unter Hausarrest gestellt werden könnte, und „das würde mich meiner Freiheit berauben".

Kim betonte, er wolle sich nicht an den Parlamentswahlen beteiligen, die am 12. Februar stattfinden. Er gehe aber davon aus, daß seine Heimkehr die Bürger „nachdrücklich ermutigen" werde, die Kandidaten der Opposition zu unterstützen.

An dieser Wahl beteiligt sich die erst vor kurzem gegründete „Neue Demokratische Partei Koreas" (NKDP), hinter der Kim Dae Jung und der in jüngster Zeit mehrfach wieder unter Hausarrest gestellte Oppositionelle Kim Young Sam stehen. Beide suchen im neuen Parlament wenigstens einen politischen Brückenkopf, um in dieser für die künftige Entwicklung kritischen Phase für die Rückkehr zu demokratischen Institutionen kämpfen zu können. Zu den Forderungen der NKDP gehören die Direktwahl des Präsidenten, unabhängige Gerichte, freie Gewerkschaften, Pressefreiheit und stärkere Kontrollrechte der Nationalversammlung.

Die regierende Demokratische Gerechtigkeitspartei, die über 151 der 276 Parlamentssitze verfügt, gründet ihren Führungsanspruch auf die beachtlichen Wirtschaftserfolge, die Südkorea unter Chun Doo Hwan erzielte, sowie auf den Erhalt der inneren und äußeren Sicherheit gegenüber Nordkorea.

Der Zeitpunkt für die neue Sammlung der Opposition und die Rückkehr Kims, der 1971 beinahe die Präsidentschaftswahlen gewonnen hätte, kommt nicht von ungefähr. Die Wahl in der nächsten Woche ist die letzte, bevor die siebenjährige Amtsperiode von Präsident Chun Doo Hwan Anfang 1988 ausläuft.

Die Opposition mißtraut den wiederholten öffentlichen Erklärungen des Ex-Generals, er wolle dann sein Amt aufgeben und – zum erstenmal in der koreanischen Nachkriegsgeschichte – den Weg für einen verfassungsmäßig geregelten Wechsel in der Staatsführung freimachen. Sie rechnet vielmehr damit, daß Chun, begünstigt von einem erneuten hohen Wahlsieg seiner Demokratischen Gerechtigkeitspartei, wie der 1979 ermordete Vorgänger Park versucht sein könnte, seine Machtstellung zu mißbrauchen und durch eine Verfassungsänderung seine Wiederwahl zu ermöglichen.

Es scheint wenig wahrscheinlich, daß Kim die Wahlen nachhaltig beeinflussen wird. Dies wird nur in seiner Heimatprovinz Cholla erwartet, wo er wegen seines gewaltlosen Kampfes zur Wiederherstellung der Demokratie in Südkorea als Held gefeiert wird. Kim Dae Jung darf sich ebenso wie Kim Young Sam und 13 weitere Oppositionelle bis 1988 politisch nicht aktiv betätigen.

Beobachter in Seoul gehen davon aus, daß die Regierung gegenüber Kim nicht zuletzt wegen der Beziehungen zu den USA zurückhaltend reagieren wird. Chun will im April nach Washington reisen. Er ist außerdem daran interessiert, daß sich Südkorea, das 1988 Gastgeber der Olympiade sein wird, der Weltöffentlichkeit als ein Land auf dem Wege zur Demokratie präsentiert. Dies drückte sich bereits darin aus, daß er politischen und religiöseo Führern Amnestie gewährte.

Seite 2: Neuer Wind in Seoul

Die kleinen Schritte der deutschen Rugby-Spieler für Südafrikas Sportler

Von KLAUS JONAS

Das war mit Sicherheit nicht die letzte Entscheidung", verkündete Generalsekretär Karlheinz Gieseler vom Deutschen Sportbund. Und NOK-Präsident Willi Daume rügte den Mangel an „Rücksichtnahme und Veranwortungsbewußsein", die Grünen sprechen sogar von einem Skandal. Zielscheibe der Empörung ist der Deutsche Rugby-Verband (DRV). Trotz der Warnungen des Sportbundes hat er eine Einladung zu einer Tournee der Nationalmannschaft in dem vom internationalen Sport geächteten Südafrika angenommen.

Das Votum war in geheimer Abstimmung im DRV-Vorstand mit sieben gegen vier Stimmen gefallen. Ein Termin für den Besuch – *geplant sind* vier oder fünf Spiele, davon zwei in Namibia – steht noch nicht fest. Die Kosten wollen die Südafrikaner übernehmen. Daume und Gieseler befürchten nun geharnischte Proteste aus dem Ausland. „Der DSB muß bei dieser sportpolitisch brisanten Entscheidung die internationalen Folgen für die olympische Bewegung im Auge behalten", so Gieseler.

Für die Bonner Botschaft Südafrikas, das wegen der Apartheid-Politik seit 1964 von den Olympischen Spielen und den wichtigsten internationalen Sportgremien ausgeschlossen ist, ist die Entscheidung ein wichtiger Erfolg ihrer Politik der kleinen Schritte aus der Isolation.

Angefangen hatte es 1983 mit einer dem Sportbund nicht angezeigten Südafrika-Tournee unter Federführung des Bonner Rugby-Vereins. Im vergangenen Jahr erfolgte eine Gegeneinladung – die südafrikanische Auswahl „Barbarians" spielte, diesmal mit ausdrücklicher Billigung des Sportbundes, in Bonn, Wiedenbrück, Hannover und Heidelberg. Die jetzt beschlossene Reise der deutschen Nationalmannschaft wird in der südafrikanischen Botschaft nur als „logische Entwicklung" gesehen.

Willy Eckert, Vizepräsident des DRV, räumt ein, daß „es für Südafrika gute Propaganda ist, wenn wir kommen. Bei den ganzen Überlegungen haben wir die Politik aber eigentlich aus dem Spiel lassen wollen."

Der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Rughy-Verbandes, Hans Kreideweis, kann „die ganze Aufregung nicht verstehen". „Ist denn die Informationsreise eines Gewerkschafters was anderes als eine Sportreise? Wir sind ein autonomer Verband. Man soll uns doch um Gottes willen in Frieden lassen." Für den nur 6 500 Mitglieder zählenden DRV biete sich eine einmalige Gelegenheit, die Nationalmannschaft 14 Tage gegen hervorragende Gegner spielen zu lassen und damit das Leistungstief zumindest teilweise abzubauen. „So etwas könnten wir sonst nie bezahlen." Von Sportboykotts, ob vom Westen oder Osten, hält er nichts. „Dafür steht kein Soldat weniger in Afghanistan."

Kompliziert wird die Situation durch die zwiespältige Haltung des Sportbundes und der Bonner Parteien. Im DSB wird darauf verwiesen, daß die Bundesrepublik UNO-Resolutionen über einen Sportboykott gegen Südafrika mitgetragen habe. Dennoch, „wir fühlen uns von der UNO erpreßt", bekennt freimütig Otto Solf, Leiter der internationalen Abteilung im DSB. „Das alles ist ein blödes Lavieren." Aber, so Solf, „wenn wir nicht wollen, daß uns zum Beispiel die Schwarzafrikaner im Problem Berlin in die Seite treten, dann müssen wir auch Rücksichten nehmen".

Sorge bereitet dem DSB vor allem, daß ein erweiterter Sportverkehr mit Südafrika Konsequenzen für die Teilnahme der Bundesrepublik an Olympischen Spielen haben könnte. Schon einmal hat Rugby, obwohl kein olympischer Sport, zu einem olympischen Eklat geführt. 1976 boykottierten die Schwarzafrikaner die Spiele von Montreal, weil eine südafrikanische Auswahl in Neuseeland gespielt hatte und die Neuseeländer in Montreal nicht ausgeschlossen worden waren.

Druck wird auch von der UNO durch eine „Schwarze Liste" ausgeübt, in der jene Sportler geführt werden, die mit Südafrika Kontakt halten. Unter den derzeit 270 Namen auf der Liste sind bereits mehrere Deutsche. 1983 sah sich der Ringerbund veranlaßt, drei Sportler auf unbestimmte Zeit zu sperren, weil sie in Südafrika gestartet waren.

In Bonn machen sich die CSU und Teile der CDU für eine Intensivierung der Sportkontakte mit Südafrika stark. FDP, SPD und Grüne sind dagegen. Bundesinnenminister Zimmermann (CSU), dessen Ministerium den Rugby-Verband vergangenes Jahr mit 95 000 Mark unterstützte, erklärte in einem Brief an den Verbands-Vorstand, er halte den Sportboykott für sehr fraglich und ein wenig wirksames Mittel der Politik.

In Sportler-Kreisen wird immer wieder die Frage gestellt, warum gerade der Sport gegen die Apartheid eingesetzt wird, während zur selben Zeit die ganze Welt Handel mit Südafrika treibe und auch für Wissenschaft und Kultur keine Begegnungsbarrieren bestehen. Sogar die UdSSR, Hauptbetreiber des Sportboykotts, vermarkte ihre Diamanten über den südafrikanischen Marktführer De Beer.

Zudem werde den tiefgreifenden Reformen im südafrikanischen Sport nicht Rechnung getragen. Seit 1981 ist der Sport von der Apartheid-Politik abgekoppelt und autonom. Die Rassentrennung wurde abgeschafft, Clubs und Verbände nehmen heute Angehörige aller Volksgruppen auf und bilden gemischte Mannschaften nach Leistungskriterien. Praktisch alle in Südafarika ausgeübten olympischen Sportarten haben mittlerweile gemischt-rassische Verwaltungsorgane. Das Internationale Olympische Komitee hatte schon 1981 in Baden-Baden eine Untersuchung der aktuellen Lage in Südafrika angekündig. Doch der Besuch einer Kommission steht noch immer aus.

Südafrikas Spitzensportler mangelt es an Wettbewerb, immer mehr setzen sich ins Ausland ab. Nach van der Merwe (Speer, Bundesrepublik) Mark Handelsmann (800 Meter, Israel) und dem ehemaligen Weltrekordler Sydney Maree (1500 Meter, USA) erregte zuletzt der Fall der 18jährigen Zola Budd Aufsehen, die nach England übersiedelte und für Großbritannien bei den Olympischen Spielen in Los Angeles startete.

Doch der Boykott bröckelt. England hatte seine Nationalmannschaft im vergangenen Jahr noch vor den Olympischen Sommerspielen in die Rugby-Hochburg Südafrika geschickt – ohne daß es zu einem Eklat kam. Für dieses Jahr ist die neuseeländische Mannschaft angesagt, für 1986 die französische. 1984 traten Sportler aus 50 Nationen gegen die Südafrikaner an.

Neben den Rugby-Spielern hocken auch schon andere deutsche Sportler in den Startlöchern. So will der Fußball-Bundesliga-Verein Borussia Mönchengladbach einer Einladung nach Bophuthatswana, dem jetzt unabhängigen früheren südafrikanischen Homeland, folgen, sobald das Land vom internationalen Fußballverband Fifa aufgenommen worden ist. Für die Teilnahme an einer Drei-Länder-Ausscheidung soll Mönchengladbach 500 000 Dollar erhalten, bestätigte der erste Vorsitzende Beyer.

Papst warnt Jugend vor dem Materialismus

rtr/KNA, Port of Spain

Papst Johannes Paul II. hat gestern vor mehr als 30 000 Menschen im Nationalstadion der Hauptstadt des Pazifikstaates Trinidad und Tobago die Jugend aufgefordert, nicht den „Verlockungen des Materialismus" zu erliegen. Dieser biete den Jugendlichen nur „leere Versprechungen von Glück, die stattdessen zu Enttäuschung und dem Verlust der Selbstachtung" führten.

Als weitere Versucbungen, denen es zu widerstehen gelte, nannte der Papst Drogen- und Alkoholkonsum und sexuelle Beziehungen vor der Ehe. Er appellierte an die junge Generation der Inselrepuhlik, ihre Zukunft nicht auf solch scbwankende Elemente zu bauen, sondern auf den „festen Fels der echten sittlichen Werte und der Religion". Die Predigt des Papstes, der aus Peru in der letzten Station seiner Reise eingetroffen war, wurde immer wieder von Beifallsstürmen der Gläubigen unterbrochen.

Zuvor hatte Johannes Paul II. bei der Begrüßung erklärt, er bewundere die Art, wie in der Inselrepublik die Menschen verschiedener Rassen, Religionen und Traditionen zusammenleben. Während es in vielen anderen Teilen der Welt Konflikte aufgrund von Vorurteilen gebe, sei in Trididad-Tobago ein „Zeichen der Hoffnung" gesetzt. Von den 1,1 Millionen Einwohnern der Inselrepublik sind 43 Prozent Schwarze, 40 Prozent Inder, 1,2 Prozent Weiße, 0,8 Prozent Chinesen und 14 Prozent Mischlinge. Erstmals auf dieser Reise fuhr der Papst in einem offenen Jeep und nicht im sonst üblichen kugelsicheren „Popemobil".

Der Abstecher auf die Insel Trinidad war der Abschluß der sechsten Lateinamerika-Reise des Papstes, der seit dem 26. Januar Venezuela, Ecuador und Peru besucht hatte.

Australien will USA nicht bei MX-Tests helfen

AP, Sydney/Washington

Der australische Ministerpräsident Bob Hawke hat sein Angebot zurückgezogen, den USA bei der Erprobung ihrer neuen Interkontinentalrakete MX behilflich zu sein. Hawke, der heute in Washington mit Präsident Ronald Reagan zusammentreffen will, gab seinen Entschluß auf der Reise in die USA bekannt. Damit wird der aus Australien, Neuseeland und den USA bestehende ANZUS-Pakt einer neuen Zerreißprobe unterworfen, nachdem die USA bereits ihre Teilnahme an geplanten gemeinsamen Seemanövern abgesagt hatten.

Grund dafür war die Weigerung der neuseeländischen Regierung, dem konventionell angetriebenen amerikanischen Zerstörer „Buchanan" das Anlaufen neuseeländischer Häfen zu gestatten, solange die USA nicht mitteilen, ob das Schiff Kernwaffen an Bord hat. Die USA verweigern jedoch prinzipiell derartige Auskünfte.

Hawke hatte sein Angebot, den USA Einrichtungen in Australien für die Beobachtung von Test-Flügen der MX-Rakete zur Verfügung zu stellen, abrupt zurückgezogen, nachdem er während eines Aufenthalts in Brüssel eine Reihe von Telefonaten mit Beratern in Australien geführt hatte. Er gab damit dem Druck einflußreicher Gruppen auf dem linken Flügel seiner australischen Labor-Partei nach.

Sein Umschwenken ist in der australischen Presse bereits vielfach kritisiert worden. Nocb am Montag hatte Verteidigungsminister Kim Beasley Journalisten gegenüber erklärt, Australiens Rolle werde darin bestehen, amerikanischen Beobachtungsflugzeugen die notwendige technische Unterstützung zuteil werden zu lassen. Es wird angenommen, daß die USA ihre MX-Rakete mit einem Flug von Kalifornien bis in die Tasmanische See östlich von Australien erstmals über ihre gesamte Reichweite erproben wollen.

Polen schickt Blumsztajn zurück

AP, Paris

Polen hat dem Vertreter der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" für Westeuropa in Paris, Seweryn Blumsztajn, der nach dreijährigem Exil am Dienstag nacb Warschau geflogen war, die Einreise verboten und nach Paris zurückgeschickt. Wie in Paris verlautete, habe man Blumsztajn in Warschau erklärt, sein Paß sei ungültig.

Ein polnischer Passagier der Air-France-Maschine, mit der das Solidaritäts-Mitglied nach Warschau geflogen war, berichtete, daß der Heimkehrer noch auf der Gangway von Polizisten in Empfang genommen und zu einem Bus der polnischen Fluggesellschaft LOT gebracht worden sei. Ein früherer Berater der „Solidarität", Jacek Kuron, kommentierte das Vorgehen der Behörden als „*einen weiteren Schritt zur* Gesetzlosigkeit".

Carrington fordert Solidarität Belgiens

rtr/AFP, Brüssel

NATO-Generalsekretär Lord Carrington hat Belgien aufgefordert, zum vorgesehenen Zeitpunkt amerikanische Marschflugkörper zu stationieren. In einem Interview der Zeitung „Le Soir" sagte Carrington unter Anspielung auf die Solidarität Brüssels mit der NATO, die Aufstellung der ersten neuen Marschflugkörper und Raketen in der Bundesrepublik Deutschland, *in Großbritannien* und Italien habe dazu beigetragen, die Sowjetunion wieder zu Rüstungskontrollverhandlungen zu bewegen. Moskau müsse durch die Entschlossenheit der NATO klargemacht werden, daß es „nur durch Verhandlungen und nicht Propagandafeldzüge zur Einflußnahme auf die westliche Öffentlichkeit oder Versuche, die westlichen Verbündeten zu spalten", *Ergehnisse im Bereich der Rüstungs*beschränkungen erzielen könne.

Frankfurt: Anschlag auf iranische Bank

DW./dpa, Frankfurt

Bei einem Brandanschlag auf die Frankfurter Filiale der Bank Melli Iran ist gestern hoher Sachschaden entstanden. Nahe der Bank nahm die Polizei zwei Verdächtige fest. Zu dem politisch motivierten Anschlag bekannte sicb auf am Tatort gefundenen *Flugblättern* die „*Fedahjin der* Kaiserlichen Iranischen Monarchie", die für die Zeit zwischen dem 8. und 11. Februar weitere Anschläge „auf iranische Konsulate in der BRD" ankündigten. Demgegenüber lehnten Mitglieder der „Iranischen Monarchie" in einem Telefongespräch mit der WELT jede Verantwortung ab. Offenbar versuchten dem Regime in Teheran nahestehende Kreise eine Demonstration gegen die Mullahs zu verhindern, die aus Anlaß des Jahrestages der Revolution am Wochenende in München geplant sei.

„Rückzug" an die Arbeitsplätze

fu, London

Die britische Bergarbeitergewerkschaft NUM wird voraussichtlich ihre noch streikenden 100 000 Mitglieder auffordern, an die Arbeitsplätze zurückzukehren. Durch einen solchen Rückzug soll der Status quo beibehalten werden. Diese Strategie *ist jetzt von einem NUM-Sprecher* enthüllt worden. Da der seit März 1984 dauernde Streik verloren ist, wird schon seit längerem nach einem taktisch geschickten Rückzug zur Wahrung des Gesichts gesucht. NUM-Funktionäre glauben, daß eine geordnete Rückkehr zur Arbeit die beste Lösung sei. Dabei soll weder ein Schlichtungsahkommen getroffen noch den Forderungen der Kohlebehörde nach Schließung unwirtschaftlicher Zechen nachgegeben werden. Vielmehr sei ein Kampf „um Zeche für Zeche" zu führen.

Nixdorf – Kontinuität des Erfolgs

Information für die Aktionäre
der Nixdorf Computer AG

Ergebnisse 1984

Die Nixdorf-Linie erfolgreichen Wachstums setzte sich kontinuierlich fort: 21 % Umsatzsteigerung auf 3,27 Milliarden DM. Gleichzeitig erhöhte sich der Auftragsbestand um 22 Prozent auf 3,29 Milliarden DM. Er bildet eine solide Basis für den Geschäftsverlauf im Jahr 1985. Das erneute Wachstum war mit einer positiven Entwicklung des Jahresüberschusses verbunden, für den gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Steigerung erwartet wird.

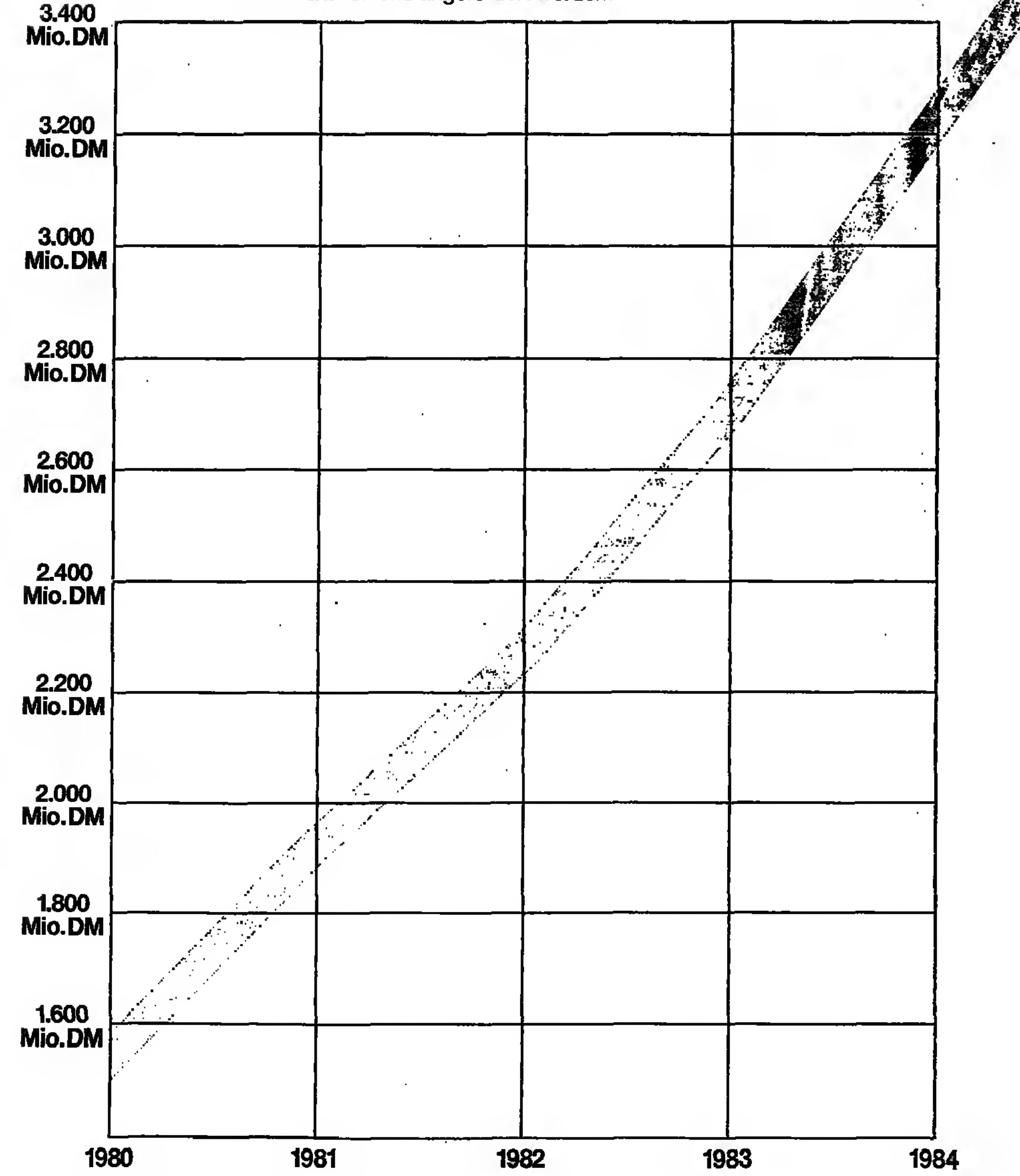
Hinter diesen Ergebnissen steht eine Unternehmensstrategie, die konsequent die Dienstleistung für unsere Kunden in den Mittelpunkt aller Aktivitäten stellt: Beraten, Unterstützen, Betreuen.

Der Kontinuität des Wachstums entsprach die Kontinuität der Investitionen, mit denen der positive Geschäftsverlauf unterstützt und die weitere Unternehmensentwicklung vorbereitet wurde. In die Vergrößerung der Produktionskapazitäten und den Ausbau der Vertriebs- und Dienstleistungsorganisation in nunmehr 42 Ländern wurden über 400 Millionen DM investiert, rund 30 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung stiegen um 22 Prozent auf 310 Millionen DM. Mit neuen Produkten für neue Märkte, wie dem der Nachrichtentechnik, stellte das Unternehmen seine innovative Leistungsfähigkeit unter Beweis.

In beträchtlichem Umfang wurde darüber hinaus in die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie in die Aus- und Weiterbildung investiert. Die Zahl der Mitarbeiter erhöhte sich um 2.670 auf 20.190.

Expansion und Investition erfolgten auf der Basis einer durch die Börseneinführung beträchtlich gestärkten Eigenkapitalausstattung, die ein weiteres Wachstum in Eigenständigkeit gewährleistet.

Zwischenberichte stehen unseren Aktionären ab sofort bei Ihren Depotbanken zur Verfügung bzw. können direkt von uns angefordert werden.



Offensive 1985

Im neuen Geschäftsjahr wollen wir die Linie des Wachstums und der wirtschaftlichen Stabilität offensiv fortschreiben: Mit der Verpflichtung gegenüber unseren Kunden von heute und morgen, aus der Partnerschaft mit Nixdorf eigene Zukunftssicherheit und Wettbewerbsstärke zu gewinnen. Mit der Motivation unserer Mitarbeiter, den Dienst am Kunden in den Mittelpunkt aller Aktivitäten zu stellen. Mit der Bereitschaft zu weiteren hohen Investitionen, um neue Technologien schnell und innovativ in neue Produkte und Anwendungen für unsere Kunden umzusetzen. Und mit dem Mut, Neues anzupacken und der Fähigkeit, damit im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu sein.

Offensive 1985 heißt auch: Zuversicht. Mit dem weiteren Ausbau unserer Produktionskapazitäten stellen wir uns auf eine anhaltend lebhafte Nachfrage ein. Mit der Erweiterung unseres Vertriebs- und Dienstleistungsnetzes erschließen wir uns zusätzliche Märkte. Und mit der Einstellung neuer Mitarbeiter für alle Unternehmensbereiche schaffen wir die Voraussetzungen für die Kontinuität des Wachstums.

Nixdorf Computer AG
Fürstenallee 7, 4790 Paderborn
Telefon 05251/15-0



Erhebliche Arsenkonzentrationen, die Wissenschaftler in den östlichen Stadtteilen von Hamburg nachgewiesen haben, deuteten auf einen weiteren Umweltskandal in der Hansestadt hin. Luftmessungen hatten schon vor einiger Zeit eine hohe Belastung mit Schwermetallen angezeigt. Bodenuntersuchungen haben diese Werte jetzt bestätigt. Als eine der Quellen für die Arsenbelastung des Bodens gilt die Norddeutsche Affinerie. Die Bürger sehen Gefahren für ihre Gesundheit, Rufe nach Schließung des Betriebs werden bereits laut.

Die Fakten im Hamburger Arsenskandal sind noch karg

Von GISELA SCHÜTTE

Nur etwa ein Jahr nach dem Dioxin-Skandal von Georgswerder sorgen neue Giftfunde für Aufregung in Hamburg. Jetzt sind es Arsenkonzentrationen im Boden der östlichen Stadtteile, die den Bewohnern Angst machen und die Behörden unter Druck setzen. Zwei Tage nach Bekanntwerden der Meßergebnisse, die Wissenschaftler der Hamburger Universität ermittelten, wird wieder über Gesundheitsschäden und politische Geheimniskrämerei geredet. Und erneut wird die Forderung nach Stillegung eines Unternehmens laut.

Die Fakten sind noch karg: Im Rahmen eines langfristigen Untersuchungsprogramms über die Schwermetallbelastung in Hamburg haben die Wissenschaftler in einem Raster mit Abschnitten von 200 bis 2000 Metern von der Innenstadt bis zu den Außenbezirken den Boden bis zu einer Tiefe von fünf Metern untersucht. Schon vorher hatten Luftmessungen und das sogenannte Bioindikatorenprogramm der Umweltbehörde im Staub und in Pflanzen für einzelne Bereiche der Stadt erhebliche Schwermetallbelastungen ergeben. Jetzt erbrachten auch die Bodenanalysen hohe Werte für Schwermetalle, zum Beispiel für Blei. Das symbolträchtige Element Arsen aber sorgt für Aufregung. Genau 918 ppm (das bedeuet 918 auf eine Million Teile oder 918 Gramm auf eine Tonne) wurden auf einer Wiese in der Nähe der Innenstadt gemessen. Bei 200 und mehr ppm Arsen lagen gleich mehrere Probenwerte. „Beunruhigende Ergebnisse", wie auch der Umweltsenator Wolfgang Curilla (SPD) einräumte.

Als eine Quelle der Arsenbelastung gilt die Norddeutsche Affinerie, die direkt neben dem dioxinhaltigen Müllberg von Georgswerder auf einem 900 000 Quadratmeter großen Gelände vor allem Kupfer verhüttet. Das Arsen kann nach Auskunft eines Firmensprechers in den Kupfererzen angereichert vorkommen und offenbar durch Umweltschutzmaßnahmen nicht vollständig zurückgehalten werden. Nach weiteren Arsen-Emittenten fahndet die Behörde noch.

Über die Bedeutung der Meßwerte, die vor allem in der Hauptwindrichtung (von Westen) östlich der Hütte ermittelt wurden, gibt es noch keine plausiblen Erkenntnisse. Rätselhaft bleibt für Wissenschaftler und Politiker bislang vor allem, wie es kommt, daß hohe Arsenkonzentrationen in unmittelbarer Nähe von „quasi Nullwerten" gemessen wurden. In ersten Diskussionen zwischen Fachbeamten aus dem Umweltbereich und dem Gesundheitswesen wurden keine Sofortmaßnahmen für notwendig erachtet. Und Curilla versicherte, für die Bevölkerung bestehe keine Gefahr.

Die Bürger in den betroffenen Stadtteilen sind dennoch ebenso ratlos wie vor einem Jahr, als ihnen Alarmmeldungen über Dioxinfunde Angst vor einem zweiten Seveso in Georgswerder machten. Jetzt ist von Vergiftungsgefahr durch Arsen die Rede, das als krebserregend gilt, bei akuten Vergiftungen zu Erbrechen, Durchfall, Krämpfen und zum Tode führen kann.

Chemiker haben hochgerechnet, daß bei einer Belastung von 900 ppm bereits ein Teelöffel Erde ein Kind vergiften könnte. Doch der Hamburger Internist Professor Axel Dönhardt, Fachmann für Vergiftungen, warnt vor Panikmache. Das Arsen sei ein in der Natur vorkommendes Element, das seit langem für Medikamente und in der Landwirtschaft zum Beispiel auch als Pflanzenschutzmittel verwendet werde. Gefahren und Giftigkeit seien nicht nur von dem Vorkommen, sondern auch von unterschiedlichen Verbindungen abhängig. Im Boden sei das Arsen gebunden, also nicht flüchtig.

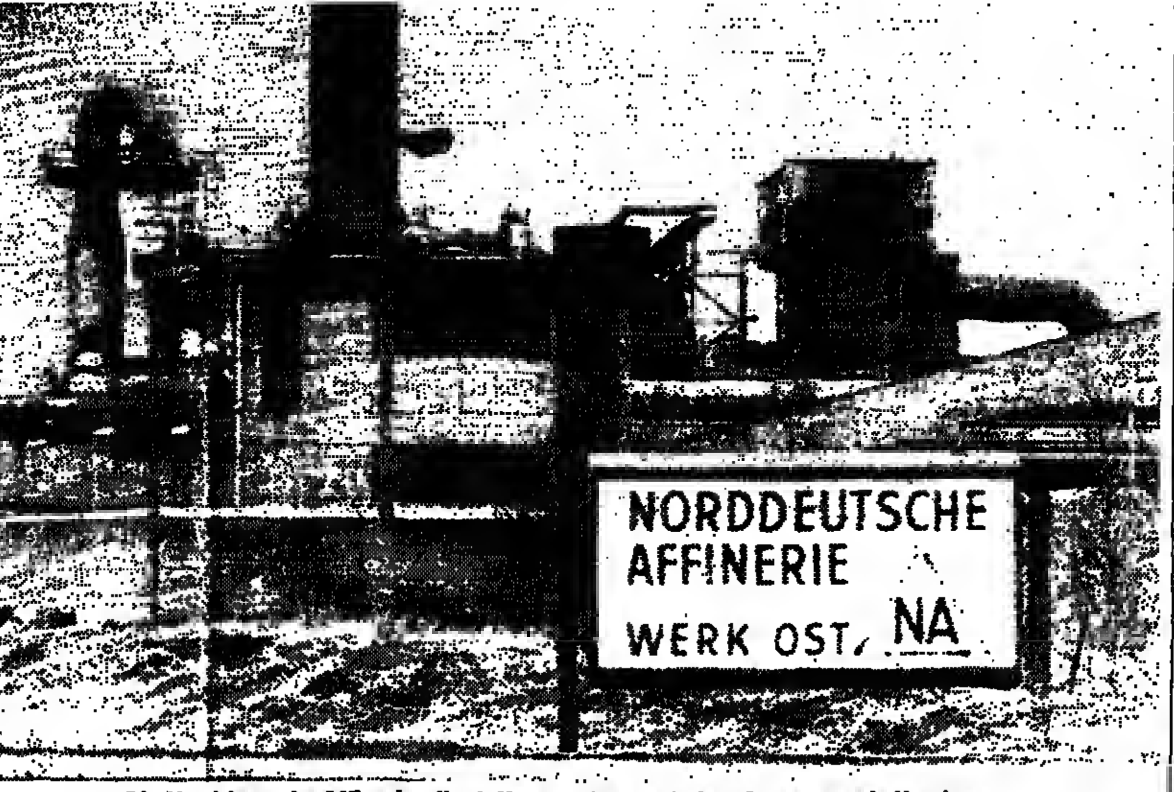
Auch die Umweltbehörde will eine genauere Analyse der Arsenfunde abwarten. Die hohen Konzentrationen im Boden, meinte der Senator, erklärten sich möglicherweise aus der jahrzehntelangen Produktion der Affinerie; bei den letzten Überprüfungen hätten die Emissionen stets unter den bundesweit geltenden Richtwerten gelegen. Dennoch ergibt sich, aufs Jahr hochgerechnet, eine Arsenbelastung von vier Tonnen.

Während die CDU in Hamburg vom Senat eine genaue Aufklärung der Bürger verlangte, konstatierte die GAL einen „neuen Umweltskandal ungeheueren Ausmaßes". Der Umweltbehörde werfen die Grün-Alternativen Untätigkeit vor. Sie fordern, der Senat solle dafür sorgen, „daß die Schwermetall-Schleuder" Norddeutsche Affinerie „nicht mehr schleudert".

Nach der Schließung des Chemiewerkes Boehringer in Moorfleet (wegen dioxinhaltiger Abfälle) wird jetzt zum zweiten Mal in Hamburg die Forderung nach Stillegung eines Unternehmens laut, das einerseits Schadstoffe emittiert (die mit einem schon in Gang gesetzten Sanierungsprogramm begrenzt werden und weiter eingeschränkt werden sollen), das aber zugleich einer der größten Steuerzahler der Hansestadt ist.

Arsenbelastungen der Luft stammen hauptsächlich aus Kupferhütten, Betrieben, die Buntmetalle verarbeiten, aus den Schornsteinen von Chemieunternehmen und Kohlekraftwerken. Arsenverbindungen werden in der Glasindustrie und bei der Herstellung von Holzschutzmitteln verwendet.

Der größte Arsenskandal hatte sich 1971 in Nordrhein-Westfalen ereignet, als von einer Zinkhütte bei Neuss 4000 Tonnen Arsenschlamm auf Mülldeponien des Landes gekippt wurden. Arsenhaltige Abfälle wurden auch 1983 auf einer Kölner Deponie entdeckt. 1981 fand man Arsen auch auf vier Frankfurter Sportplätzen.



Die Norddeutsche Affinerie gilt als Verursacher der hohen Arsenwerte in Hamburg FOTO: AP

Der Umwelt drohte oft Gefahr

● Der letzte Umweltskandal in Hamburg kam 1983 ans Licht: Aus der Deponie Georgswerder kam mit Ölen im Sickerwasser auch das Ultragift 2,3,7,8-TCDD aus der Familie der Dioxine. Mehrere Kilogramm des Giftes sollen sich in der Deponie verbergen. Der Giftfund führte zur Stillegung des Chemiewerkes Boehringer in Moorfleet, bei dessen Produktion Dioxin anfiel. Die Hintergründe der Affäre und mögliche Schadenersatzansprüche wegen Umweltverunreinigung beschäftigen zur Zeit noch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

● Anfang 1983 kam bei Aufgrabungsarbeiten auf dem Lufthansa-Luftwerftgelände in Fuhlsbüttel zufällig heraus, daß chlorierte Kohlenwasserstoffe wie Lösungsmittel und Flugzeugbenzin das Grundwasser großflächig verunreinigt hatten. Ursache waren Lecks in Sielen und Tankanlagen. Die Sanierung läuft.

● 1979 begann der Stoltzenberg-Skandal mit einem Sprengstoff-Unfall, bei dem ein Kind starb. Auf dem verlassenen Gelände einer ehemaligen Chemie-Firma in Eidelstedt wurden Kampfstoffe entdeckt – darunter 80 Tonnen Sprengstoff, acht Granaten mit einem Nervengas, Zyanide und Brom. Die Überwachungsbehörden hatten bei jahrelangen Routinekontrollen nichts bemerkt. Eine anschließende Untersuchung führte zu einem „Sanierungskonzept" auch für die interbehördliche Zusammenarbeit.

● 1984 wurden Schadfstoffsucher im Bereich des Firmengeländes Stoltzenberg nach dessen Sanierung erneut fündig – im Grundwasser rund um den Eidelstedter Bahnhof versikkerten chlorierte Kohlenwasserstoffe, die Quelle ist unbekannt.

Hamburg
Fuhlsbüttel
WANDSBEK
Eidelstedt
Alster
ALTONA
Rothenburgsort
Elbe
Veddel
Georgswerder
Moorfleet
HARBURG
BERGEDORF
DIE WELT

NOTIZEN

Für Schüler und Gärtner

Wetzlar (dpa) – Das hessische Naturschutzzentrum in Wetzlar wird mit insgesamt 75 Seminaren, Lehrerfortbildungsveranstaltungen sowie Jugendeinsätzen sein Bildungsangebot 1985 verdreifachen. Den Schwerpunkt bilden die Themen „Naturschutz in der Schule", „Schulweiher" und ein „Ökopraktikum Schulgarten". Naturschutzpraktiker und Gartenbesitzer können an den Seminaren über biologischen Gartenbau, den Obstbaumschnitt und naturnahe Fließgewässer teilnehmen.

Test für neues Kunstherz

New York (SAD) – Ein neuartiges Kunstherz, das am Medizinischen Institut der Universität von Pennsylvania in Hershey entwickelt wurde, soll noch in diesem Monat erstmals erprobt werden. Allerdings soll dieses Kunstherz nur so lange implantiert werden, bis für den Patienten ein Spenderherz gefunden ist.

Konzept für den Boden

Stuttgart (gur) – Ein Bodenschutz-Konzept für Baden-Württemberg hat Umweltminister Gerhard Weiser dem Ministerrat des Bundeslandes vorgelegt. Darin wird auch die Einführung von Ausgleichszahlungen für Nutzungsbeschränkungen erwogen, die sich aufgrund eines wirkungsvollen Bodenschutzes ergeben und die Wirtschaftlichkeit bäuerlicher Nutzung beeinträchtigen. Boden- und Landschaftsumwidmung sowie der Eintrag von problematischen Stoffen sollen auf ein Minimum reduziert werden. Das Konzept wird den betroffenen Verbänden zur Anhörung vorgelegt. Nach Überarbeitung soll es noch in diesem Jahr verabschiedet werden.

Wärme aus Mist

Kassel (dpa) – Auch Mist macht Wärme, die sich nutzen läßt. In einem Pilotprojekt bei einem Landwirt im Kreis Waldeck-Frankenberg haben Wissenschaftler der Gesamthochschule Kassel ermittelt, daß eine Tonne Schweinemist bei der Verrottung rund 300 Kilowattstunden Leistung abgibt. Nutzbar seien davon etwa 150, was immerhin 15 Litern Heizöl entspreche. Interessant, so die Wissenschaftler, sei die Energiegewinnung für Landwirte mit kleineren Höfen, die aus ihren Abfällen kein Biogas erzeugen könnten.



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1985

Humanmedizin

1. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Freiburg
2 Aachen	Münster
3 Aachen	Uni München
4 Aachen	Tübingen
5 Bochum	Freiburg
6 Bochum	Heidelberg
7 Bochum	Mannheim
8 Bochum	Tübingen
9 Bochum	Ulm
10 FU Berlin	Aachen
11 FU Berlin	Bonn
12 FU Berlin	Bochum
13 FU Berlin	Düsseldorf
14 FU Berlin	Essen
15 FU Berlin	Erlangen
16 FU Berlin	Freiburg
17 FU Berlin	Gießen
18 FU Berlin	Hannover
19 FU Berlin	Heidelberg
20 FU Berlin	Hamburg
21 FU Berlin	Lübeck
22 FU Berlin	Köln
23 FU Berlin	Marburg
24 FU Berlin	Münster
25 FU Berlin	Uni München
26 FU Berlin	Mainz
27 FU Berlin	Tübingen
28 FU Berlin	Ulm
29 FU Berlin	Würzburg
30 D'dorf	TU München
31 D'dorf	Uni München
32 Essen	Bonn
33 Essen	Düsseldorf
34 Essen	Erlangen
35 Essen	Freiburg
36 Essen	Heidelberg
37 Essen	Köln
38 Essen	Münster
39 Essen	TU München
40 Essen	Uni München
41 Essen	Tübingen
42 Essen	Würzburg
43 Erlangen	Freiburg
44 Erlangen	Tübingen
45 Erlangen	Ulm
46 Erlangen	Würzburg
47 Frankfurt	Hannover
48 Freiburg	Uni München
49 Gießen	Aachen
50 Gießen	Freiburg
51 Gießen	Hannover
52 Gießen	Heidelberg
53 Gießen	Hamburg
54 Gießen	Lübeck
55 Gießen	Uni Kiel
56 Gießen	Uni München
57 Gießen	Tübingen
58 Göttingen	Erlangen
59 Göttingen	Freiburg
60 Göttingen	Hamburg
61 Göttingen	TU München
62 Göttingen	Uni München
63 Göttingen	Tübingen
64 Göttingen	Ulm
65 Heidelb.	TU München
66 Heidelb.	Uni München
67 Lübeck	Bonn
68 Lübeck	Göttingen
69 Lübeck	Uni München
70 Lübeck	Mainz
71 Köln	Hamburg
72 Köln	Lübeck
73 Marburg	Heidelberg
74 Marburg	Lübeck
75 Marburg	Köln
76 Marburg	Uni Kiel
77 Marburg	Mannheim
78 Münster	Göttingen
79 Münster	Hannover
80 Münster	Hamburg
81 Münster	TU München
82 Münster	Uni München
83 Mainz	Freiburg
84 Mainz	Heidelberg
85 Mainz	TU München
86 Mainz	Uni München
87 Saarbrücken	Freiburg
88 Saarbr.	Uni München
89 Saarbrücken	Tübingen
90 Tübingen	Heidelberg
91 Ulm	Hannover
92 Würzburg	Hamburg
93 Würzburg	Uni München
94 Würzburg	Tübingen
95 Würzburg	Ulm

Humanmedizin

2. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Freiburg
2 Aachen	Heidelberg
3 Aachen	Ulm
4 Bonn	Hamburg
5 Bonn	Lübeck
8 Bonn	Uni Kiel
7 Bonn	Mainz
8 Erlangen	Heidelberg
9 Erlangen	Tübingen
10 Frankfurt	Freiburg
11 Frankfurt	TU München
12 Frankfurt	Uni München
13 Gießen	FU Berlin
14 Gießen	Hamburg
15 Gießen	Lübeck
16 Gießen	Uni Kiel
17 Hamburg	Münster
18 Marburg	Aachen
19 Marburg	Bonn
20 Marburg	FU Berlin
21 Marburg	Frankfurt
22 Marburg	Hamburg
23 Marburg	Lübeck
24 Marburg	Köln
25 Münster	Göttingen
26 Münster	Uni Kiel
27 Mainz	Frankfurt
28 Würzburg	Aachen

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1984/85

SKI ALPIN / Deutsche Läuferinnen ohne Medaille. Überraschung durch Amerikanerin Diann Roffe

„Go for the gold" nach dem Rat des Psychologen: Nur Lachen und Fröhlichsein führen zum Erfolg

KLAUS BLUME, **Santa Caterina**

„Go for the gold" – das hatte sich die 17 Jahre alte Amerikanerin Diann Roffe vor dem entscheidenden Durchgang des Weltmeisterschafts-Riesenslaloms in Santa Caterina vorgenommen. Und so wurde es auch: als Erste mußte sie auf die Piste, und sie griff im Duell mit den deutschen Rennläuferinnen ihre Chance am Schopf, Überraschungs-Weltmeisterin zu werden. Den zweiten Platz belegte die Österreicherin Elisabeth Kirchler, den dritten Diann Roffe's Mannschaftskameradin Eva Twardokens, den vierten die amerikanische Olympiassiegerin von Sarajewo, Debbie Armstrong. Die deutschen Läuferinnen waren geschlagen. Auf den Plätzen fünf bis sieben fanden sich Marina Kiehl, Traudl Hächer und Maria Epple-Beck wieder. Michaela Gerg wurde 14. „Da sieht man, was alles möglich ist", sagte Maria Epple-Beck und schüttelte erstaunt den Kopf.

„O Gott, was bin ich nervös", sagte Harald Schönhaar, der deutsche Trainer der Amerikanerinnen, fünf Minuten vor dem Start zum entscheidenden Lauf. Und: „Gleich, wenn es los geht, wird es noch viel schlimmer." Und dann kam jene Läuferin den Hang hinunter, von der auch er nicht unbedingt die Goldmedaille erwartet hatte: Diann Roffe. Als dann Läuferin auf Läuferin über den Zielstrich jagte, und Diann Roffe an der großen elektronischen Anzeigetafel nach zwei Durchgängen immer noch als Geamtsiegerin und neue Weltmeisterin feststand, jubelte sie, riß die Skibretter in die Luft, umarmte Schönhaar und sagte: „O Gott, das ist doch Wahnsinn, ich bin tatsächlich Weltmeisterin."

Das war in jenem Augenblick, als ihre Mannschaftskameradin Eva Twardokens Olympiasiegerin Debbie Armstrong aus den Medaillenrängen verdrängte und die im Zielraum anfing, bitterlich zu weinen. Das war auch in jenem Augenblick, als sich die beiden anderen Amerikanerinnen, Diann Roffe und Eva Twadorkens, über ihr Glück unbändig freuten.

„Es mußte geben, es mußte einfach so gehen", sagte die neue Weltmeisterin und ballte die Fäuste. „Denn im Dezember bin ich schon mal auf dieser Piste gefahren und da ging es auch gut." Und dann lachte sie über das ganze Gesicht: „Ich weiß gar nicht, was ihr wollt? Der erste Lauf war solide, da war ich Fünfte, also hieß es für mich doch nur: Go for the Gold."

Enttäuschung bei Marina Kiehl, jedoch nicht bei den anderen deutschen Rennläuferinnen. Die Münchnerin hatte nach dem ersten Durchgang auf Platz drei gelegen – eine Medaille schien möglich, die erste für die deutsche Mannschaft bei diesen Weltmeisterschaften. Doch daraus wurde nichts. Marina Kiehl völlig enttäuscht: „Ich habe keine Fehler im zweiten Durchgang gemacht, ich war auch nicht verkrampft, ich hatte doch ein saugutes Gefühl, ich weiß wirklich nicht, woran es gelegen hat." Und dann, den Tränen nahe: „Vergessen wir das so schnell wie möglich."

Es war schon im ersten Durchgang ein Duell zwischen den deutschen Rennläuferinnen und den Amerikanerinnen gewesen, bei dem die Schweizer Mannschaft völlig unerwartet das Nachsehen hatte. Die 19jährige Eva Twardokens, aus Reno im amerikanischen Wüstenstaat Nevada, hatte überraschend die Bestmarke gesetzt und auf den Plätzen vier und fünf folgten ihre beiden Mannschaftkameradinnen Debbie Armstrong, die Olymnpiasiegerin, und Diann Roffe aus dem Skigymnasium Burke im amerikanischen Bundesstaat Vermont.

Die deutschen Läuferinnen Marina Kiehl (Platz drei), Traudl Hächer (Platz 6), Maria Epple-Beck (Platz sieben) und Michaela Gerg (Platz 10) waren trotz dieser hervorragenden Ausgangspositionen allesamt nicht zufrieden mit ihrem ersten Lauf. „Alle", so Verbands-Sportwart Kuno Messmann, „klagten darüber, daß sie Fehler gemacht hätten." Doch dies, so Messmann, bedeute nichts anderes, als das man im letzten Lauf nur noch mehr kämpfen werde.

„Meine Mädchen," so sagte hingegen Harald Schönhaar, der amerikanische Coach, „sind jetzt schon ungeheuer gelöst. Sie werden in der Mittagspause in ihrem Quartier wohl nur lachen und Witze reißen und sich nicht aufs Bett legen, um über den zweiten Durchgang zu grübeln." Diese Art Vorbereitung auf sportliche Entscheidungen erklärte Schönhaar jedoch nicht nur mit der amerikanischen, mitunter unbekümmerten Mentalität. Dies sei auch auf die Arbeit mit einem Psychologen zurückzuführen, der den Rennläuferinnen gesagt habe, nur natürliche Mittel, wie Lachen und Fröhlichsein, würden zum sportlichen Erfolg führen.

Das Duell zwischen den beiden Läufen: Die deutschen Mädchen hatten sich ebenfalls in ihr Quartier zurückgezogen. Die Masseurin Traudl Münch behandelte kurz die vier Mädchen, dann gingen sie auf ihr Zimmer, um eine Kleinigkeit zu essen, einen Schokoladenriegel oder eine Rolle Kekse. Über die Läufe am Vormittag wurde dabei nicht gesprochen, sie wurden auch nicht analysiert. Was auch unsinnig gewesen wäre, denn der entscheidende letzte Durchgang wurde ohnehin neu ausgesteckt. Deshalb fuhr das deutsche Team bereits eineinviertel Stunde vor dem Start wieder auf den Hang, um sich die neue Streckenführung einzuprägen. Doch das alles nutzte am Ende nichts – der Frohsinn der Amerikanerinnen war entscheidender.

NACHRICHTEN

Schach: Auszeit

Moskau (dpa) – Die 48. Partie der Schach-Weltmeisterschaft findet erst am Freitag statt. Titelverteidiger Anatoli Karpow beanspruchte eine Auszeit für die Partie, die eigentlich schon am letzten Freitag gespielt werden sollte.

Ungarin bestraft

Budapest (dpa) – Die ungarische Tennisspielerin Csilla Bartos wurde von ihrem Verband mit einer Geldstrafe in Höhe von 3000 Mark belegt. Sie hatte ohne Genehmigung an einem Turnier in der Bundesrepublik teilgenommen.

Girardelli unterschrieb

Bormio (sid) – Marc Girardelli unterschrieb in Bormio unter Vorbehalt die Deklaration des Ski-Weltverbandes, die Eihürgerung in Luxemburg mit allen Mitteln voranzutreiben. Damit kann der Österreicher heute beim Riesenslalom der WM starten.

Neuss gesetzt

Düsseldorf (sid) – Der deutsche Mannschaftsmeister Blau-Weiß Neuß wurde bei der Auslosung des Tennis-Europacups 1985 hinter Racing Club Paris und TC Barcino Barcelona an Nummer drei gesetzt.

Doping: Vergleich

Düsseldorf (dpa) – Der Streit zwischen dem Eishockey-Klub Düsseldorfer EG und dem Kölner Mannschaftsarzt Herbert Plum endete mit einem Vergleich. Plum hatte vor einem Monat Doping-Vorwürfe gegen die Klubs Düsseldorf, Mannheim, Landshut und Schwenningeo erhoben. Er erklärte jetzt: „Ich habe keinesfalls als Tatsache im Rechtssinne behaupten wollen, Spieler der DEG hätten Dopingmittel genommen. Das wäre nur durch Urinproben nachweisbar gewesen. Ich verpflichte mich, künftig öffentliche Äußerungen dieser Art zu unterlassen.

ZAHLEN

SKI ALPIN

Weltmeisterschaft in Bormio, Riesenslalom, Damen: 1. Roffe (USA) 2:18,53, 2. Kirchler (Österreich) 2:19,13, 3. Twardokens (USA) 2:19,21, 4. Armstrong (USA) 2:19,26, 5. Kiehl 2:19,60, 6. Hächer 2:20,14, 7. Epple-Beck (alle Deutschland) 2:20,34, 8. Walliser (Schweiz) 2:20,51, 9. Fernandez-Ochoa (Spanien) 2:20,59, 10. Savijarvi (Kanada) 2:20,67.

EISKUNSTLAUF

Europameisterschaften in Göteborg, Paare, Endstand: 1. Walowa/Wasilijew 1,4 Punkten, 2. Seleznewa/Makarow 2,8, 3. Perschina/Akbarow (alle UdSSR) 4,6, 4. Lorenz/Schubert 5,2, 5. Landgraf/Steuer (alle „DDR") 7,4, 6. Massari/Caprano (Deutschland) 8,0. **Damen**, Stand nach Pflicht und Kurzkür: 1. Iwanowa (UdSSR) 1,6, 2. Witt („DDR") 2,2, 3. Leistner (Deutschland) 3,2, 4. Kondraschowa (UdSSR) 4,6, 5. Koch („DDR") 8,6, 6. Villiger (Schweiz) 7,4.

TENNIS

Turnier in Delray Beach (1,5 Millionen Dollar), Herren, 1. Runde: van Patten (USA) – Schwaier (Deutschland) 7:5, 6:3. – Damen, 1. Runde: Graf – Hanika (beide Deutschland) 6:2, 6:4, Antonopolis (USA) – Pfaff (Deutschland) 6:2, 6:2.

HANDBALL

Frauen-Turnier in Cheb/CSSR, 1. Spieltag: Jugoslawien – „DDR" 19:22, CSSR B – Rumänien 20:26, Bundesrepublik Deutschland – Ungarn 20:19, CSSR A – Dänemark 15:13.

FUSSBALL

Länderspiele: Mexiko – Polen 5:0, Bulgarien – Schweiz 1:0, Irland – Italien 1:2.

FUSSBALL / Meister Stuttgart im Pokal vom 1. FC Saarbrücken besiegt

Benthaus knapp: „Aus der Traum"

MARCUS BERG, **Saarbrücken**

Mit seinen Sprüchen hat Uwe Klimaschefski, Trainer des 1. FC Saarbrücken, schon so manches Mal zur Belebung der oft bierernsten Branche beigetragen. Klimaschefski wäre kein richtiger Sprücheklopfer, fiele ihm nicht auch etwas zum Pokalspiel gegen den deutschen Meister VfB Stuttgart. Viermal wurde das Wiederholungsspiel (Hinspiel 0:0 nach Verlängerung) wegen des schlechten Wetters abgesagt, was den Saarbrücker Trainer zu dieser Aussage verleitete: „Darüber können sich nur die Stuttgarter freuen, denn dadurch sind sie drei Wochen länger im Pokal." Jetzt ließ das Großmaul mit seiner Mannschaft die Taten folgen und besiegte Stuttgart tatsächlich. 2:2-Unentschieden stand es nach 90 Minuten und auch noch nach der Verlängerung, ehe Saarbrücken das Elfmeterschießen mit 3:0 gewann.

Im Mittelpunkt der Gratulationen stand selbstverständlich Torwart Carsten Hallmann, der erst vor dieser Saison von Rot-Weiß Essen gekomen war. Der 23 Jahre alte Student der Betriebswirtschaft, der gleich am nächsten Morgen wieder zu seinen Vorlesungen ging, wehrte beim Elfmeterschießen die Schüsse von Karl-Heinz Förster und Karl Allgöwer ab. Junioren-Nationalspieler Peter Reichert war dadurch so entnervt, daß er nicht einmal das Tor traf. Der so in den Blickpunkt gerückte Torwart gab sich dennoch zurückhaltend: „Ich hatte eben zweimal Glück, daß ich in die richtige Ecke flog." Dieses Glück blieb dem Stuttgarter Torwart Helmut Roleder bei Saarbrückens Strafstößen von Jambo, Blättel und Schlegel versagt.

Trainer Klimaschefski, immer auf der Suche nach einem flotten Spruch, hatte dann auch die Lacher auf seiner Seite, als er nach dem Spiel meinte: „Wenn ich bedenke, daß wir vor zweieinhalb Jahren noch auf den Dörfern im Sandkasten gespielt haben, ist es schon erstaunlich, daß wir jetzt mit dem deutschen Meister mithalten konnten." Erst 1983 stieg Saarbrükken in die zweite Liga auf.

Nun will Uwe Klimaschewfski selbstverständlich mehr. Der Bundesliga-Aufstieg bleibt sein Nahziel. Vor dem Spiel gegen Darmstadt am Samstag gab der Trainer seinen Spielern zwei Tage frei. Schon eine Woche später, am 16. Februar, steht dann das Viertelfinale gegen Hannover 96 an. Diejenigen, die den Trainer kennen, glauben zu wissen, daß er sich schon so gut wie im Halbfinale wähnt. Zwar meinte er, den Liga-Konkurrenten dürfe man nicht unterschätzen, doch ein Sieg müsse schon herausspringen. Er sagt es so: „Jetzt müssen wir mit Meisterschaft und Pokal auf zwei Hochzeiten tanzen. Das Pokalfinale ist auf jeden Fall in greifbare Nähe geraten – über mehr will ich gar nicht reden." In der Meisterschaft sieht es auch nicht schlecht aus, nur zwei Punkte trennen Saarbrücken vom Tabellenführer Alemannia Aachen.

„Aus der Traum", so lautete die knappe Aussage von Stuttgarts Trainer Helmut Benthaus. Ausgeschieden im Europapokal, nun das Aus im DFB-Pokal und in der Meisterschaft kaum eine Chance, dazu jetzt noch der Platzverweis für Klinsmann wegen Foulspiels – das sind keine guten Aussichten für die Vertragsverhandlungen, die acht Stuttgarter Spieler demnächst mit dem VfB-Präsidium führen werden.

Für das Viertelfinale am 16. Februar stehen folgende Begegnungen auf dem Programm: Bayer Leverkusen (4:0-Sieger bei Hertha BSC Berlin) – Bayern München, Bayer Uerdingen – Werder Bremen, Union Solingen – Mönchengladbach, Saarbrücken – Hannover 96.

STANDPUNKT / Die Misere des Paarlaufs

Mädchen haben Angst vor halsbrecherischen Würfen

Irina Rodnina und Oleg Protopopow waren sich ausnahmsweise einmal einig: Der Paarlauf ist nicht mehr zu retten, es sei denn, er ändert sich. Als die Medaillen verteilt waren, rückten die Sieger an den Rand. Die Stars von einst standen im Mittelpunkt, Rodnina und die Protopopows. Der deprimierende Paarlauf-Wettbewerb dieser Eiskunstlauf-Europameisterschaft von Göteborg brachte die Erkenntnis: Das Vergangene ist das Zukünftige, das Gegenwärtige ist das Vergangene. Gebraucht werden: neue Paare, neue Vorstellungen, ein neues Reglement.

Nur einmal seufzte Oleg Protopopow erinnerungsschwer: „Das ist Paarlauf!" Es war kein Zufall, daß Oleg ein technisch noch am Anfang stehendes Paar meinte: Claudia Massari und Daniel Caprano, die deutschen Meister aus Stuttgart. Weniger halsbrecherische Luftnummern – Paarläufer sind keine Parterreakrobaten. Weniger Dreifachsprünge – Paarläufer sind keine Einzelläufer. Nur noch acht Paare waren in der einstigen Königsdisziplin des Eiskunstlaufs am Start, eines davon gab wegen Verletzung auf. Massari/Caprano das einzige Paar aus dem Westen. Tiefpunkte! Der Paarlauf ist zu gefährlich geworden.

„Mehr Paare!" Dieser Hilferuf aus der beinahe leeren Eishalle von Göteborg wird noch lange nachhallen. Attraktiv ist der Paarlauf nur noch für seine Sieger. Die Leningrader Olympiasieger Elena Walowa und Oleg Wasiliew kamen als erfolgreiche Titelverteider dem, was mit Paarlauf ursprünglich gemeint war, am nächsten: ein Dialog auf dem Eis, statt Turn- und Sprungübungen.

In allen Ländern der Welt wird es immer schwieriger, Paare zu finden. Die Mädchen haben Angst. Meterweit werden sie bei dreifachen Wurfsprüngen durch die Luft geschleudert, ungezählt sind ihre Abstürze im Training, wenn sie vom Partner hoch über dem Kopf gehalten werden und einer von ihnen die Balance verliert. Die „DDR"-Meister Lorenz/Schubert kamen bei ihrem Sturz in der Kür nur mit viel Glück um eine böse Verletzung herum. Beschädigte Hüft- und Kniegelenke, gestauchte Wirbelsäulen. Irina Rodnina: „Das ist nicht mehr schön, wenn so viele Mädchen fallen."

Internationale Preisrichter und Funktionäre waren froh, mit den Stuttgartern Massari/Caprano ein Paar zu sehen, das von seinem hochangesehenen Trainer Karel Fajfr mit moderner Choreografie konsequent die traditionelle Paarlaufwelt belebt. Reserviert gegenüber Massari/Caprano, die mit ihrem sechsten Rang und der Form, wie sie ihn errangen, mehr erreichten, als nach einem halben Jahr gemeinsamen Trainings erhofft werden durfte, verhielten sich allein die Funktionäre des eigenen Verbandes, der Deutschen Eislauf-Union (DEU).

DEU-Sportdirektor Peter Krick („Mein Gott, die waren gut, die waren wirklich gut!") war so fassungslos, daß ihm nicht einmal einfiel, daß die deutschen Meister nun auch ihren Start bei der Weltmeisterschaft in Tokio verdient hatten. Mannschaftsführer Maienschein sagte nur „unglaublich". Unglaublich aber war, daß diese Mannschaftsführung zuvor ihrem Paar ziemlich unverhüllt klargemacht hatte, daß man von ihm sowieso nichts erwarte. Entmutigung ist eine bemerkenswerte Motivationshilfe. Und falls es bloß als Realitätssinn gemeint gewesen sein sollte, so wurde diese Realität von Massari/Caprano mit ihrer Schwanensee-Kür federleicht und schön widerlegt. Wenn Paare wie Massari/Caprano oder ebenso Lorenz/Schubert, Landgraf/Steuer aus der „DDR" nicht gefördert werden, ist der Paarlauf nicht zu retten. Und die Funktionäre, die das zu verantworten haben, auch nicht.

UWE PRIESER

EISHOCKEY

Attraktive Lokalderbys

sid/dpa, Bonn

Die Eishockey-Bundesliga steht wieder am Nullpunkt, die Tabelle hat nur noch die Aufgabe, die Spiele für die sogenannte Play-off-Runde festzulegen. Nach den beiden Nachholspielen vom Dienstagabend beginnt jetzt (15. Februar) die entscheidende Phase der deutschen Meisterschaft.

Die Niederlagen von Köln (1:4 in Schwenningen) und Düsseldorf (1:6 in Landshut) sorgen dabei für attraktive Spiele mit dem Charakter von Lokalderbys: Landshut – Kaufbeuren, Mannheim – Schwenningen und Köln – Düsseldorf. Nur die Begegnung Rosenheim – Iserlohn fällt da etwas aus dem Rahmen.

Bundestrainer Xaver Unsinn sagt: „Ich bleibe dabei: Rosenheim ist der Favorit auf den Titel. Die Mannschaft kann eigenlich nur an den eigenen Nerven scheitern." Landshuts Kapitän Alois Schloder erwartet schon in der ersten Runde das Ausscheiden eines Favoriten: „Ich traue den Düsseldorfern zu, den Kölner EC auszuschalten."

Der Modus der Ply-off-Runde: Drei Siege sind notwendig, um die nächste Runde zu erreichen („best of five"). Das Torverhältnis ist dabei unerheblich. Ein Unentschieden gibt es nicht mehr, steht ein Spiel nach 60 Minuten remis, wird es bis zum nächsten Tor verlängert (Fachjargon „sudden death" = plötzlicher Tod). Bei diesem System ist es möglich, daß der neue Meister nach 36 Vorrundenspielen bis zum 24. März noch 15 Begegnungen austragen muß.

In der Vorrunde hat die Düsseldorfer EG am meisten verdient. Mit 153 000 Zuschauern hatte der Klub rund 118 000 mehr als der SC Rießersee (34 900). Hinter den Düsseldorfern liegen in der Tabelle nach Zuschauerzahlen: Mannheim (96 500), Rosenheim (83 000), Schwenningen (73 900), Köln (72 300), Landshut (64 200), Kaufbeuren (58 100), Iserlohn (48 600) und Essen-West (37 300).

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Spiel mit Wahlgeschenken

Allen Konsolidierungsversuchen zum Trotz fangen die politischen Parteien wieder an, sich in der Sozialpolitik gegenseitig links zu überholen. Sie denken laut nach über Wahlgeschenke, die sie dem Bürger präsentieren wollen. Nachdem Bundesinnenminister Zimmermann den Beamten solide Offerten gemacht hat (noch in dieser Legislaturperiode will er die unteren Einkommensstufen erhöhen), fordert nun Herr Stoiber höhere Renten, und Minister Blüm verkündet: „Wir werden endlich Kindererziehungszeiten im Rentenrecht berücksichtigen, um ein 100jähriges rentenrechtliches Unrecht zu beseitigen."

Alles schön und gut, doch wer bezahlt diese Wahlgeschenke? Bisher wurde immer nur die Versicherungsgemeinschaft mit dem belastet, was die Politiker als Geschenk offerierten. Es sei nur an den Wahlkampf 1972 erinnert. Damals war auch keiner Partei genug, was die andere vorschlug. Man überbot sich gegenseitig in unverantwortlicher Weise mit Versprechungen, die dann zum Teil im Rentenbetrug der Regierung Schmidt ihren Niederschlag fanden.

Zum Teil wirken sie noch heute nach, wie die Beitragsnachzahlungen zurück bis zum Jahre 1956 zu so günstigen Bedingungen, die jeder vernünftigen Kalkulation widersprachen. Wer Geld hatte, konnte mit der Rentenversicherung das Geschäft seines Lebens machen, auch wenn er sich vorher nicht um die Solidargemeinschaft gekümmert hatte. Diese ungereimten Parteiengeschenke gingen nicht etwa zu Lasten des Staates. Die enormen Folgekosten müssen vielmehr von der Versichertengemeinschaft getragen werden, deren Ansprüche seither erheblich beschnitten wurden. Genauso wird es letztendlich mit den neuen familienpolitischen Maßnahmen sein, die nur für die Frauen ab Jahrgang 1921 und jünger vorgesehen sind.

Die Mütter jedoch, die bereits Rente bekommen, gehen leer aus. Im Gegenteil, sie werden mit bescheidenen Rentenanpassungen auch diese Zeche mitbezahlen.

Nun wird bekannt, daß unter dem Druck der Öffentlichkeit die Koalitionspartner sich darüber geeinigt haben, die Renten um mindestens 1 Prozent anzuheben, schon verkündet die Opposition, dies sei nicht genug, womit sie recht hat. Aber wer trägt die Kosten? Wenn diese nicht durch eine längst fällige Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung gedeckt werden, sind solche Wahlgeschenke wertlos. Im Gegenteil, jede Manipulation am bestehenden Rentenrecht hat in den letzten Jahren den Sozialversicherten nur Nachteile gebracht.

Man sollte endlich aufhören, mit den Rentnern Schindluder zu treiben.

H. Göttsche, Peine

Politisierte Gemeinde

„Beispiel Volksdorf: Wie eine Gemeinde durch Politisierung gespalten wird"; WELT vom 21. Januar

In dem Bemühen um Frieden ist die Volksdorfer Gemeinde in den Unfrieden „hineingeschlittert". Keiner sollte den engagierten Gemeindemitgliedern und Pastoren, den „Friedensbewegten" auf der einen und den „Friedensinitativen" auf der anderen Seite die Ehrlichkeit ihres Friedenswillens abstreiten.

Offenbar läßt Gott sich nicht spotten, wenn wir vom christlichen Frieden reden und den politischen meinen. Die Spaltung der Gemeinde beruht vordergründig auf der Verteilung eines sogenannten „grauen Initiativpapiers" anläßlich der Kirchenwahl. Im Kern geht es seit fast zwei Jahren aber um die Politisierung unserer Kirche, insbesondere um die Verwirklichung des Kirchenprojekts „Frieden und Ökumene", ein einseitig politisches Abrüstungsprogramm, mit dem ein Wandel unserer Kirche herbeigeführt werden soll.

Zeit zum Trauern über den derzeitigen Zustand unserer Kirche? Wichtiger scheint mir die selbstkritische Einsicht, daß der Politisierung der Kirche Grenzen gesetzt sind, daß Reden mit „bösen Zungen" und dem Anschein christlicher Redlichkeit – wie vor und nach der Kirchenwahl – nicht „Gütezeichen" friedensengagierter, um Glaubwürdigkeit bemühter Christen sind.

Wenn wir in der gegenwärtigen Spaltung erfahren, daß die Friedensbotschaft Christi von einer Dimension ist, die über die Grenzen unseres politischen Sicherheitsbedürfnisses hinausreicht und gleichzeitig in die Bedrängnisse unserer Kirche hineinstrahlt, wenn wir ohne „wenn" und „aber" beginnen, als gute Christen in der Gemeinde friedensstiftend unsere Pflicht zu tun, dann brauchen wir über die Zukunft unserer Volksdorfer Kirche nicht besorgt zu sein.

K. L. Geyer, Hamburg 67

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

der obengenannte Artikel entwirft ein völlig verzerrtes Bild der Situation in der hiesigen Kirchengemeinde. Er enthält eine Vielzahl von Unwahrheiten, Halbwahrheiten und Verdrehungen. Als Beispiel mögen Ihnen zwei Punkte dienen, die mich persönlich betreffen.

Herr Bading schreibt: „Als gar noch ein Staatsanwalt zum Vorsitzenden des Kirchenvorstandes gewählt wird, legen die Befürworter des Ungehorsams gegen Gesetze des Staates Wahlbeschwerde ein."

Das ist falsch: einen Zusammenhang zwischen der Wahl des Staatsanwaltes zum Vorsitzenden des Kirchenvorstandes und der Einlegung der Wahlbeschwerde gibt es in der von Herrn Bading unterstellten Art nicht.

Ich habe, gemeinsam mit anderen Gemeindegliedern, am 21. Dezember 1984 eine Wahlbeschwerde gegen die Wahl zweier Kirchenvorsteher eingelegt. Dieser Beschwerde wurde am 3. Januar 1985 vom Kirchenkreisvorstand stattgegeben. Der in dem Artikel als Staatsanwalt benannte Kirchenvorsteher ist einer der Betroffenen und vom Kirchenkreisvorstand wegen Verstößen gegen das Wahlgesetz und die Verfassung der Nordelbischen Kirche für nicht wählbar erklärt worden. Dieser Staatsanwalt hat sich am 9. Januar 1985 – in Kenntnis des Beschlusses des Kirchenkreisvorstandes – zum Vorsitzenden des Kirchenvorstandes wählen lassen.

Es ist erschreckend, wie planmäßig und beflissen Herr Bading es vermeidet, auf die Begründung der Wahlbeschwerde, also auf die Vorgänge bei der Kirchenwahl im Dezember 1984 hier in Volksdorf, einzugehen, und statt dessen falsche Zusammenhänge konstruiert. Daß ein Kirchenkreisvorstand einer Wahlbeschwerde stattgibt, ist mit Sicherheit eine Seltenheit und hätte, wenn man verantwortungsvollen und ernsthaften Journalismus betreiben wollte, die entsprechende Aufmerksamkeit verdient.

Die Beschwerdeführer – also auch ich – werden in dem Artikel von Herrn Bading „als Befürworter des Ungehorsams gegen die Gesetze des Staates" bezeichnet. Das ist eine haarsträubende, durch nichts gerechtfertigte Unterstellung und Diffamierung meiner Person, die ich ganz entschieden zurückweise.

Jutta Braden, Hamburg 67

Pflegerente

Sehr geehrte Damen und Herren,

bitte geben Sie mein herzliches „Danke schön" an Herrn Peter Jentsch für seinen sehr guten und umsichtigen Artikel „Risiko Pflegefall" in der Ausgabe vom 11. Januar weiter.

Tatsächlich werden die Menschen durch bessere Gesundheitsvorsorge laufend älter, was ihre Pflegebedürftigkeit im Greisenalter sicherlich anwachsen läßt. Gleichzeitig sinkt die Pensions-Altersgrenze nach unten ab. Aus der Rentenversicherung alleine sind Pflegefälle in absehbarer Zeit gewiß nicht mehr zu bezahlen. Hier sind dringend entsprechende neue Maßnahmen erforderlich. Eine Lebensversicherungs-Pflegerente, die bei Nichtinanspruchnahme im höheren Alter oder im Todesfalle an die Angehörigen zurückgezahlt wird, wäre eine gute Lösung.

W. Commentz, Seevetal 3

Wort des Tages

„Wie wenig, selbst von sonst redlichen Leuten, vollkommene Aufrichtigkeit zu erwarten steht, sobald ihr Interesse irgendwie dabei im Spiel ist, können wir daran ermessen, daß wir uns so oft selbst belügen, wo Hoffnung uns besticht oder Furcht betört."

Arthur Schopenhauer; deutscher Philosoph (1788–1860)

Personalien

GEBURTSTAG

Morgen feiert der Paderborner Weihbischof Dr. **Paul Nordhues** seinen 70. Geburtstag. Nordhues, in Dortmund geboren, studierte Philosophie und Theologie in Paderborn und Würzburg und wurde 1941 in Paderborn zum Priester geweiht. Nach seiner Vikariatszeit in Schwalenberg, Warburg-Neustadt und Herford wurde er 1952 Subregens am Paderborner Priesterseminar und 1957 Regens am Priesterseminar Huysburg bei Halberstadt in Mitteldeutschland. 1956 promovierte er an der Theologischen Fakultät der Universität Würzburg zum Doktor der Theologie. 1961 ernannte Papst **Johannes XXIII.** ihn zum Titularbischof von Cos und zum Weihbischof in Paderborn. Von 1961 bis 1973 war er Vorsitzender des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn, von 1967 bis 1975 Bischofsvikar für die Caritas. Weihbischof Nordhues hat neben der umfangreichen Arbeit für die Caritas auch zahlreiche andere Ämter übernommen. So war er unter anderem von 1970 bis Ende 1980 stellvertreteoder Vorsitzender des Bonifatiuswerkes im Erzbistum Paderborn.

MEDIZIN

Der Direktor des Instituts für Geschichte der Medizin der Universität Düsseldorf und einer der Vizepräsidenten der Internationalen Gesellschaft für Geschichte der Medizin, Professor Dr. **Hans Schadewaldt**, ist zum Präsidenten – für vier Jahre – der Internationalen Gesellschaft für Geschichte der Medizin gewählt worden. Er wird in dieser Eigenschaft den nächsten Kongreß dieser Gesellschaft in Düsseldorf in der Zeit vom 31. August bis 6. September 1986 leiten und tritt die Nachfolge des bisherigen französischen Präsidenten, Professor Dr. **Sournia**, an. Es ist das erste Mal in der 65jährigen Geschichte dieser Gesellschaft, daß ein deutscher Medizinhistoriker als Präsident amtiert. Ihm zur Seite steht als Generalsekretär die Direktorin des Pariser Instituts für Geschichte der Medizin, Frau Professor Dr. **Imbault-Huart**.

AUSZEICHNUNG

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, **Helmut Geiger**, ist mit dem Großen Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Professor **Reimut Jochimsen** würdigte bei der Verleihung der Auszeichnung in Düsseldorf die besonderen Leistungen Geigers auf wirtschaftlichem, aber auch auf sozial-karitativem Gebiet.

BUCHVORSTELLUNG

Der Bundestagsabgeordnete und ehemalige Grüne **Gert Bastian** grüßte „von **Petra**" **Kelly**, **Otto Schily** war ebenso da wie eine ganze Reihe weiterer Repräsentanten der Grünen, als der SPD-Vorsitzende **Willy Brandt** gestern das Buch seines politischen „Enkels", des Saarbrücker Oberbürgermeisters **Oskar Lafontaine**, in Bonn präsentierte. Unter dem Titel „Der andere Fortschritt" hat der saarländische SPD-Spitzenkandidat nach eigenen Worten „einen Beitrag zur aktuellen politischen Diskussion" liefern wollen, „ein höherer Anspruch ist mit dem Buch nicht verbunden". Von einem „Königsgedanken" der Streitschrift sprach wohlwollend Brandt, nämlich von dem „Recht auf individuelles Wohlergehen und individuelle Freiheit" des einzelnen, der das ganze Buch durchziehe. Der Verlag Hoffmann und Campe, repräsentiert durch **Klaus Stephan**, sieht Anleihen bei **Adolf Müller-Armack** und **Karl-Herrmann Flach**, wenn Lafontaine „die konservative Wachstumsideologie auf die Hörner nimmt" (Brandt). Lafontaine selbst formulierte, ganz auch auf seine aktuelle Bündnisdiskussion mit den Grünen bezogen: „Das Gegeneinander von Ökologie- und Arbeiterbewegung habe ich inhaltlich nie akzeptiert."

ERNENNUNG

Ewald Moldt, Leiter der Ständigen Vertretung der „DDR" in Bonn, hat bei einem Empfang im Hause der Vertretung in Bad Godesberg Diplomaten und Journalisten seinen neuen Stellvertreter vorgestellt: den Gesandten **Lothar Glienke**. Zugleich verabschiedete Ewald Moldt den Gesandten **Hans Schindler**, der seit Januar 1979 in Bonn tätig ist und in das Ostberliner Außenministerium zurückkehrt. Glienke und Schindler wechseln praktisch Schreibtisch und Stuhl. Lothar Glienke war seit 1983 stellvertretender Leiter der Abteilung „BRD". Diese Position übernimmt jetzt Hans Schindler. Glienke war bereits von 1974 bis 1977 unter **Michael Kohl**, dem ersten Leiter der Ständigen Vertretung der „DDR" in Bonn als 1. Sekretär tätig.

UNIVERSITÄT

Dr. **Dieter Lelgemann**, zur Zeit Leiter der Auswertegruppe Satellitengeodäsie und physikalische Geodäsie beim Institut für Angewandte Geodäsie zu Frankfurt am Main und der Außenstelle Berlin, hat einen Ruf auf die C 4-Professur für das Fachgebiet Astronomische und Physikalische Geodäsie im Fachbereich 7 Bauingenieur- und Vermessungswesen der Technischen Universität (TU) Berlin erhalten.



„Die Verantwortung eines Unternehmens zeigt sich nicht mehr nur in der Qualität seiner Produkte und Dienstleistungen.

Sondern auch in der Qualität seines Umweltbewußtseins."

Dr. Hellmuth Buddenberg, Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen BP Aktiengesellschaft.

UNSERE ZEIT ERFORDERT NEUES DENKEN. Eine kritische Überprüfung vertrauter Positionen ist notwendig.

Angesichts der ökonomischen, ökologischen und sozialen Veränderungen müssen wir uns fragen, ob alles, was machbar ist, auch gemacht werden sollte. Oder ob neue Produkte und Dienstleistungen – deren Herstellungstechnologie wir zwar beherrschen, deren Auswirkungen wir aber vielleicht nicht vollständig absehen können – nicht mehr Probleme schaffen als sie lösen.

Produkte und Dienstleistungen, die im täglichen Gebrauch nicht mehr tun, als ihren Zweck zu erfüllen, entsprechen häufig nicht mehr den Anforderungen, die eine kritische Öffentlichkeit an uns stellt.

Der Schutz der Umwelt gehört heute zu den elementaren Forderungen, sowohl in der Produktion als auch beim Konsum. Wir müssen ihn ernst nehmen, wenn wir selbst ernst genommen werden und in Zukunft bestehen wollen.

Die Verantwortung, der sich ein so großes Unternehmen wie die Deutsche BP heute zu stellen hat, übersteigt also in vieler Hinsicht herkömmliche Anforderungen und geht weit über eine gesicherte Versorgung mit Energie hinaus.

Die Deutsche BP trägt nicht nur Verantwortung für ihre Mitarbeiter, Geschäftspartner und Kunden, sondern auch gegenüber der Gesellschaft, der Volkswirtschaft und der Umwelt.

Die konsequente Wahrnehmung dieser gesellschaftspolitischen Verantwortung hat zu einem erheblichen technologischen und finanziellen Aufwand bei der Entwicklung umweltfreundlicher Produkte und Dienstleistungen geführt.

Von den gesamten Betriebskosten der Deutschen BP werden pro Jahr 150 Mio. DM ausschließlich für den Umweltschutz eingesetzt. Rund eine halbe Milliarde DM haben wir bereits in Umweltschutz-Einrichtungen und Technologien investiert.

Jetzt bereiten wir uns – unter anderem – intensiv auf die flächendeckende Versorgung mit bleifreiem Benzin vor.

Wir waren auch die ersten, die dem Selbstölwechsler Absauggeräte an der Tankstelle zur Verfügung gestellt haben, um das unkontrollierte Ablassen von Altöl zu verhindern und den Verbraucher vor Kontakten mit dem verschmutzten Altöl zu bewahren.

Zukunftsweisend sind die Entwicklungen der BP Labors auf dem Gebiet biologisch abbaubarer Schmierstoffe.

Wir werden Sie weiter darüber informieren, was wir getan haben und was noch zu tun bleibt.

Jeder Mitarbeiter von BP ist verpflichtet, dem Umweltschutz im Rahmen seiner Tätigkeit hohe Bedeutung beizumessen.

Denn die Wahrnehmung unserer Verantwortung für die Umwelt ist einer unserer wichtigsten Grundsätze – und damit eine zusätzliche Qualität von BP.



Weizsäcker sichert Kairo weitere Hilfe zu

BERNT CONRAD, Kairo

Der ägyptische Präsident Hosny Mohamed Mubarak hat den Staatsbesuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Kairo gestern als ein „positives Signal" gerühmt.

Die Gespräche mit ihm und Bundesaußenminister Genscher seien außerordentlich nützlich gewesen und hätten das Vertrauen zwischen beiden Ländern noch gestärkt, erklärte Mubarak. Weizsäcker äußerte sich seinerseits beeindruckt von der „Herzenswärme", mit der er überall empfangen werde. Er versprach eine Fortsetzung der umfangreichen wirtschaftlichen und technologischen Hilfe der Bundesrepublik Deutschland für Ägypten.

Er sei sehr zufrieden, daß er die Bereitschaft der Bundesregierung zur Gewährung einer Bürgschaft für den Bau eines Kernkraftwerkes habe mitbringen können, das die Siemens-Tochter Kraftwerks-Union (KWU) für rund 3,5 Milliarden Mark in Ägypten errichten will, sagte der Bundespräsident.

In einer Tischrede beim Festbankett mit Mubarak kündigte er an, daß Bonn auch auf kulturellem Gebiet weiter Unterstützung gewähren und die Mittel für gemeinsame Restaurierungsarbeiten an Bauwerken aus pharaonischer Zeit bereitstellen wolle. Gedacht ist besonders an den Wiederaufbau des Sethos-Tempels in Theben.

Ebenso wie auf der ersten Etappe seiner Nahost-Reise in Jordanien stieß Weizsäcker in Ägypten immer wieder auf den Wunsch, die Europäer und vor allem Bonn sollten auf die USA und Israel im Sinne der Verhandlungsbemühungen Mubaraks und König Husseins einwirken.

Allerdings gingen die Erwartungen in Kairo dabei etwas zu weit, denn der Staatspräsident äußerte die Erwartung, der nächste Europagipfel Ende März werde „eine zusätzliche Nahost-Erklärung" zur Bekräftigung der Dublin-Erklärung vom Dezember 1984 abgeben. Dadurch könne der EG ermöglicht werden, „eine größere Rolle zur Herstellung des Friedens und zur Wahrung der Sicherheit" in dieser Region zu spielen. Tatsächlich ist eine neue Grundsatzerklärung des europäischen Rates zum Nahen Osten nach deutschen Angaben aber nicht geplant.

US-Etat: Kontroverse um MX-Rakete

Weinberger warnt Kongreß vor Abstrichen / Notenbankchef über Defizite besorgt

AP, Washington

Nur einen Tag nach der Einbringung des US-Haushaltsentwurfs 1985/86, der nach den Vorstellungen von Präsident Ronald Reagan ein Volumen von 974 Milliarden Dollar umfassen soll, ist der Streit um die Höhe des Etats innerhalb und außerhalb des Kongresses voll entbrannt. Die Auseinandersetzungen konzentrierten sich zunächst auf den mit 277,5 Milliarden angesetzten Verteidigungsetat und auf das mit rund 180 Milliarden Dollar nach wie vor sehr hohe Haushaltsdefizit.

US-Verteidigungsminister Weinberger warnte den Kongreß zu Beginn der Anhörungen vor dem gemeinsamen Streitkräfteausschuß von Senat und Repräsentantenhaus, der geplanten Produktion der MX-Rakete den Riegel vorzuschieben. Die Abstimmung über das Projekt sei für April zu einer kritischen Zeit vorgesehen, in der die Abrüstungsverhandlungen in Genf bereits im Gange sein würden. Die Sowjetunion dürfe auf gar keinen Fall den Eindruck gewinnen, daß sie die USA über den Kongreß an der Modernisierung ihres strategischen Waffenarsenals hindern könne.

Der demokratische Ausschußvorsitzende Les Aspin sagte hingegen, daß er – anders als noch im vergangenen Jahr – die MX-Rakete nicht mehr als Faustpfand in Verhandlungen mit der UdSSR betrachte. In Europa würden den Mittelstreckenraketen stationiert und die Forschung für ein Verteidigungssystem im Weltraum werde vorangetrieben, so daß die USA die MX-Rakete als Verhandlungskarte nicht mehr brauchten.

US-Präsident Reagan beschwerte sich vor Journalisten darüber, daß „alle" behaupteten, der Verteidigungsetat solle nicht gekürzt werden. Die Wahrheit sei jedoch, daß von dem ursprünglich vorgesehenen Budget – das eine Steigerung um 16,1 Prozent vorsah –, 8,7 Milliarden Dollar gestrichen worden seien.

Reagans Haushaltsdirektor Stockman unterstützte vor dem Ausschuß zwar die vorgesehenen Kürzungen in anderen Bereichen, machte aber deutlich, daß ihm der Verteidigungsetat zu hoch erscheine. Er müsse zugeben, daß die gesamte von Reagan beantragte Summe wohl nicht benötigt werde. Die Regierung sei aber sicherlich bereit, mit sich reden zu lassen, wenn der Kongreß sich auf eine umfassende Alternative zu dem vorgelegten Etat einigen könne.

Notenbankchef Paul Volcker unterstrich, daß das anhaltende Haushaltsdefizit zwar zum Wirtschaftsaufschwung in den USA und im Ausland beigetragen habe. Jetzt aber seien die USA im Begriff, sich vom größten Gläubiger zum größten Schuldner der Welt zu entwickeln. „Weder wir noch andere Länder können damit rechnen, daß das Wachstum auf einer wackeligen Grundlage riesiger und wachsender Handelsdefizite, massiven Kapitalzustroms in die USA und wachsender internationaler Verschuldung ewig anhalten wird."

Während der Beratungen ist erneut eine Debatte über die aus amerikanischer Sicht mangelnden Verteidigungsausgaben einiger NATO-Länder entfacht worden. „Warum sollten wir mehr ausgeben, wenn unsere Verbündeten nicht ihren Verpflichtungen nachkommen?" fragte der demokratische Senator Sam Nunn.

Rechnungshof stellt Ultimatum

HH, Bonn

Der Bundesrechnungshof hat dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) mit gerichtlichen Schritten gedroht, falls er bei seiner Weigerung bleibt, Einblick in Ausgabenbelege zu gewähren. Der BBU weigert sich (WELT v. 1. 2.) unter Hinweis auf den Ablauf einer vierjährigen Verjährungsfrist, die 1980 für eine Wanderausstellung Energie erhaltenen 80 000 Mark Bundesmittel mit Ausgabenrechnungen zu belegen. BBU-Schatzmeister Klaus Kall hat gestern auf einer Pressekonferenz, zusammen mit dem früheren BBU-Vorstandsmitglied Jo Leinen, diese Weigerung bekräftigt. In diesem Sinne habe er dem Rechnungshof am 5. Februar geschrieben. Da die Prüfer Kall eine Frist bis zum 8. Februar gesetzt hatten, ist in der kommenden Woche mit gerichtlichen Schritten zu rechnen. Wegen der Weigerung des BBU konnte der Rechnungshof auch für die gestrige Sitzung des Haushaltsausschusses noch nicht seinen Abschlußbericht vorlegen.

Gorbatschow im Vordergrund

W. K. Bonn

Die Anzeichen für eine gefestigte Anwartschaft des jüngsten sowjetischen Politbüromitgliedes Michail Gorbatschow auf die Nachfolge Konstantin Tschernenkos im Fall des Ausscheidens des kranken Staats- und Parteichefs haben sich verstärkt. Gorbatschow sei in den letzten Wochen in der Kreml-Führung für das Einrücken in das höchste Amt bereits „institutionalisiert" worden und übe Funktionen des Generalsekretärs der KPdSU aus, heißt es in Berichten aus Moskau. Der bisher für die Landwirtschaft zuständige ZK-Sekretär wird am 2. März 54 Jahre alt. Auf eine gewisse „Kronprinzenrolle" läßt ferner eine Veröffentlichung im Zentralorgan der DKP schließen. Mit der Ankündigung einer soeben erschienenen Übersetzung aus dem russischen teilte das DKP-Organ mit, daß „K. U. Tschernenko und M. S. Gorbatschow" gemeinsam ein zukunftweisendes Werk über „Grundfragen der Entwicklung der Sowjetunion" verfaßt hätten.

Weiter lückenlose Transit-Kontrolle

hrk. Berlin

Polizei und Staatssicherheitsdienst überwachen nach Erkenntnissen der Berliner Behörden weiterhin lückenlos die Transitstrecken zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet. Nach der hohen Zahl von Verdachtskontrollen in früheren Jahren sind seit der Strauß-Reise zu Honecker im Sommer 1983 deutlich weniger Reisende dieser Prozedur ausgesetzt worden. Die Zahl ging 1984 um mehr als 60 Prozent auf rund 250 Kontrollen zurück.

Dies besagt eine Übersicht der „Zentralen Melde- und Beratungsstelle für den West-Ost-West-Reiseverkehr" bei der Berliner Innenverwaltung. Innensenator Heinrich Lummer begrüßte den Rückgang der Beschwerden über lange Wartezeiten oder Schikanen bei der Abfertigung. Ein Hinweis der Beratungsstelle: Wer zwei von der „DDR" wegen zu schnellen Fahrens verhängte Straf- oder Bußgelder nicht bezahlt habe, müsse damit rechnen, daß ihm künftig Transitfahrten verwehrt werden.

Grüne wollen keine Polizei

Frankfurter Bürobesetzung soll vorläufig geduldet werden

dg. Frankfurt

Der Landesvorstand der hessischen Grünen hat nach wie vor nicht die Absicht, seine von RAF-Sympathisanten besetzte Geschäftsstelle in Frankfurt polizeilich räumen zu lassen. Wie Vorstandssprecher Werner Wenz dazu gestern erklärte, gelte diese Haltung allerdings „vorläufig", solange die Situation „nicht eskaliert".

Das Büro des Landesvorstandes im zweiten Stock eines Hinterhauses an der Mainzer Landstraße war am Montagnachmittag von etwa zwanzig jungen Leuten besetzt worden. Ihre Parole: „Der Hungerstreik ist zu Ende – der Kampf geht weiter". In einer über Fernschreiber abgesetzten Mitteilung forderten die Besetzer die „sofortige Aufhebung der Kontaktsperre gegen Knut Folkerts". Der zu lebenslanger Haft verurteilte Terrorist hatte sich am Hungerstreik beteiligt, diesen jedoch noch vor der Ermordung von Ernst Zimmermann abgebrochen.

Die Zahl der Besetzer, so Wenz, sei am Montag innerhalb von einer Stunde auf 30 angestiegen, habe sich aber inzwischen auf etwa zehn verringert. Es handele sich um „sehr junge Leute", etwa um die zwanzig Jahre alt. Zwei davon kenne er „vom Sehen", die Mehrzahl könne aus dem „Umfeld der Startbahnbewegung" kommen. Zumindest könne er sich vorstellen, daß sie durch den Startbahn-Konflikt „anpolitisiert" worden seien. Mit den Besetzern sei es zu heftigen Wortwechseln gekommen. „Die haben uns vorgeworfen, wir seien Verräter an Gott und der Welt, seien die letzten Schweine, seien bürgerliche Opportunisten".

„Meilenweite Distanz"

Umgekehrt hätten die Grünen den Besetzern erklärt: „Wir halten von eurer Vorgehensweise überhaupt nichts, wir halten sie nicht nur für falsch, sondern für schädlich." Die Grünen hätten den Besetzern die Benutzung ihrer Bürogeräte mit Ausnahme des Telefons verweigert. Das habe sich auf die „gegenseitige Umgehensweise" ausgewirkt, die Wenz als „distanziert" bezeichnet. Auch der Sprecher der Grünen im hessischen Landtag, Bernd Messinger, bekräftigte, die Grünen lehnten die Ziele der RAF ab und hätten sich gegen den Hungerstreik ausgesprochen. Der Sprecher der grünen Fundamentalisten in Hessen, der Frankfurter Stadtverordnete Manfred Zieran, sprach von einer „meilenweiten Distanz". Allerdings hätten die Grünen „humane Haftbedingungen" für alle Gefangenen, nicht nur für die RAF-Leute, gefordert und blieben auch dabei. Zieran äußerte sich „verwundert, daß ausgerechnet ein grünes Büro besetzt worden ist. Wenn die politischen Druck machen wollen, ist das doch nicht der richtige Platz."

Ungelegenes Aufsehen

Das Aufsehen über die Bürobesetzung kommt den Grünen im Hinblick auf die hessische Kommunalwahl am 10. März höchst ungelegen. Sie zögern, an eine „Racheaktion" von sogenannten „Startbahnfreaks" zu glauben, die den Grünen vorwerfen, sich zur „staatstragenden Partei zu mausern". Radikale Forderungen der Startbahnbewegung wie Einschränkung des Flugverkehrs auf dem Großflughafen Rhein/Main und Wiederaufforstung der Startbahn West hatten die Landtagsgrünen bereits vor Monaten in ihren Vereinbarungen mit der SPD geopfert. Demgegenüber liefern die zum Teil vermummten Startbahngegner auch heute noch der Polizei Wochenende für Wochenende gewalttätige Auseinandersetzungen.

Bei der Frankfurter Polizei gibt es „keinerlei Erkenntnisse" über die Identität der Besetzer. Pressesprecher Neitzel: „Einige Beamte wollten sich kümmern, bekamen aber zu hören: ‚Wir brauchen euch nicht.' Man drängt sich wirklich nicht auf."

*

DW. Berlin

In Berlin halten Mitarbeiter eines „Infobüros der politischen Gefangenen zum Hungerstreik" seit dem 14. Januar die Zentrale der „Alternativen Liste" besetzt. Wann die RAF-Sympathisanten die Räume verlassen, ist offen. Auf Anfrage der WELT sagte eine Sprecherin der Gruppe gestern: „Das kann ich Ihnen und das will ich Ihnen auch nicht sagen." Schon zu Beginn der Aktion hatte die AL erklärt, sie werde nicht die Polizei rufen, da sie „weitgehend" alle Forderungen der Hunger-Streikenden teile. Ein Justizsprecher sagte, ohne Räumungsantrag würden die Behörden nicht eingreifen.

Innensenator Heinrich Lummer (CDU) warf der AL vor, die Ziele der RAF und des terroristischen Umfeldes zu unterstützen.

Seite 2: Zwischen den Fronten

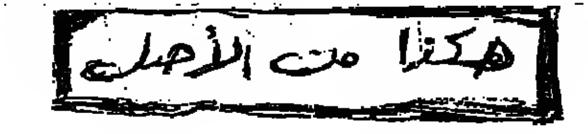
Marchais gesteht Fehler seiner Partei ein

A. GRAF KAGENECK, Paris

Generalsekretär Georges Marchais hat gestern in seiner Rede zur Eröffnung des 25. Parteitages der Kommunistischen Partei Frankreichs eingestanden, daß die Partei seit 1981 in den drei Jahren ihrer gemeinsamen Regierung mit den Sozialisten Fehler gemacht habe. Die Partei sei heute zutiefst krank, sagte Marchais. Wie es dazu habe kommen können, müsse die KPF auf ihrem viertägigen Kongreß in der Stadt Saint Ouen bei Paris nun „ohne Umschweife" prüfen. Dasselbe hatte bereits im vorigen Juni der bisherige Parteisprecher Pierre Juquin verlangt, der – obwohl inzwischen für seine offenen Worte bestraft und im Führungsapparat isoliert – nur wenige Meter von Marchais entfernt auf der Tribüne saß.

In seiner nahezu fünfstündigen Grundsatzrede erklärte Marchais vor 1722 Delegierten aus 97 Départements-Verbänden, die von der KPF begangenen Fehler hätten ihren Ursprung schon in den 25 Jahren der Suche nach einem Zusammengehen der Linken gehabt. Dem hoffnungsvollen Anfang der gemeinsamen Regierungszeit sei schnell Enttäuschung, ja Mutlosigkeit über die unerwartete „Austerity-Politik der Linken" gefolgt. Beide Linksparteien seien dafür hart von den Wählern bestraft worden. Für die „schweren Wahlniederlagen" der KPF, deren Stimmenanteil in vier Jahren von 22 auf elf Prozent sank, machte Marchais die Sozialisten und besonders Mitterrand verantwortlich.

Der KPF-Chef nannte zwei Gründe für den Niedergang seiner Partei an den Wahlurnen: Die Verhältnisse in der 5. Republik, die „mit ihrer starken Personalisierung der Politik die Rolle der Parteien reduzieren", und die Strategie der Linksunion, die von 1972 an die Sozialisten begünstigt und bei den linken Wählern auf den ersten Platz gebracht habe. Von der notwendigen Zusammenarbeit der Linken hätten aber nur die Sozialisten und ihr Chef Mitterrand profitiert, der als gemeinsamer Kandidat beider Parteien zum „Mann des Schicksals" für Millionen Franzosen geworden sei. Einmal aber Gefangener der Sozialisten, habe man eine Politik machen müssen, die gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet gewesen sei, die Reichen reicher und die Armen ärmer gemacht habe.



Früh-information

HH – Je früher ein Unternehmer von einem Projekt erfährt, desto größer sind seine Lieferchancen. Daher ist weltweit ein weitverzweigtes Informationssystem aufgebaut worden, das von der Wirtschaft stark in Anspruch genommen wird. Angesichts dieser Bedeutung wiegt ein Vorwurf um so schwerer, den jetzt der Verband unabhängig beratender Ingenieure (VUBI) auf einem Kolloquium über „Schwerpunkte unserer Außenwirtschaftspolitik und die Rolle des Auswärtigen Dienstes" erhoben hat.

VUBI-Geschäftsführer Assmann erklärte kalt und knapp: „Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) ist die einzige Entwicklungshilfeorganisation in der Welt, die unvollständig und zu spät informiert." Wenn sich dieser Vorwurf nicht ausräumen läßt, ist unser Entwicklungsminister gefordert, sich mit dem Thema zu befassen. Denn die bundeseigene GTZ untersteht seinem Haus.

Der Interessenkonflikt ist bei der GTZ seit der Gründung eingebaut. Sie ist für die Technische Hilfe des Bundes zuständig, führt mit ihrem wachsenden Expertenstab selbst Projekte durch und gibt andere an die private Consultingwirtschaft weiter. Was sie behält und was sie weiter gibt, geht ein wenig nach dem Aschenputtelprinzip mit den Guten ins Töpfchen und den Schlechten ins Kröpfchen. Dies ist für Ordnungspolitiker immer wieder der Stein des Anstoßes gewesen. Aus dem Wirtschaftsministerium wurde auch von Zeit zu Zeit Kritik laut. Doch wann passiert etwas? Die VUBI-Kritik sollte Anlaß sein, das Thema aufzugreifen.

Theater

hg – Tote können nicht mehr reden – unter diesem Motto ist jetzt vor dem Kartellsenat des Berliner Kammergerichts ein weiteres Stück aus der Serie „Baupreisabsprachen" aufgeführt worden: Das Management einer Baufirma sollte ein Bußgeld wegen verbotener Preisabsprachen zahlen, die ein Niederlassungsleiter getroffen hatte. Dabei stand fest, daß er sie nur treffen konnte, weil die Geschäftsführung ihn nicht ordentlich beaufsichtigt hatte. Dieser Niederlassungsleiter ist aber vor einiger Zeit gestorben, und deshalb konnten die Betroffenen vor Gericht behaupten, der Mann sei aufgrund einer gewissen kriminellen Veranlagung auch durch die beste Aufsicht nicht von seinem verbotenen Tun abzubringen gewesen. Folglich seien sie gar nicht betroffen. Der Richter war so beeindruckt, daß ihm nicht einmal die Frage einfiel, warum der Mann nicht entlassen wurde. Und weil er jenen glaubte, die zu eigenem Nutzen ihren Mitarbeiter posthum mit Dreck bewarfen, hob er den Bußgeldbescheid auf. Es war eine schlechte Inszenierung.

LANDWIRTSCHAFT / Agrarbericht zeigt gewaltige Einkommensunterschiede auf

Steigerung der Gewinne gleicht den Rückgang des Vorjahres nicht aus

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Einkommenslage der deutschen Landwirte wird sich im laufenden Wirtschaftsjahr 1984/85, das im Juni endet, bessern. Im Durchschnitt der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe geht der Agrarbericht der Bundesregierung, den das Bundeskabinett gestern verabschiedet hat, von einer Zunahme der Gewinne um rund acht Prozent aus. Damit kann der Rückgang des Vorjahres von durchschnittlich 18,2 Prozent noch nicht wieder ausgeglichen werden. Die Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft sind gewachsen.

Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle führt das gute Ergebnis des laufenden Wirtschaftsjahres auf die größere Ernte, die gesunkenen Futtermittelpreise, die höheren Notierungen für Schlachtschweine einerseits und auf die Maßnahmen der Bundesregierung andererseits zurück. Ohne die unbürokratische Hilfe der Bundesregierung, so Kiechle, würde das Einkommen der Bauern auch in diesem Jahr sinken.

Für das Kalenderjahr 1985 führen die Maßnahmen der Bundesregierung – Erhöhung der Vorsteuerpauschale, die Milchrente, die höheren Zuschüsse zur Unfallversicherung und die verbesserte Förderung in benachteiligten Gebieten – zu einer Einkommensaufstockung der Landwirtschaft von rund drei Milliarden Mark. „Ein besonderes Anliegen der Bundesregierung ist der Schutz und die Sicherung der bäuerlichen Familienbetriebe, die insbesondere durch eine enge Bindung der Viehhaltung an den Boden gekennzeichnet sind und die vielfältige Aufgaben für die Gesellschaft wahrnehmen", heißt es im Agrarbericht.

Im Wirtschaftsjahr 1983/84 sei wegen geringer Ernten, gesunkener Erzeugerpreise, vor allem bei Schlachtschweinen, und leicht gestiegenen Betriebsmittelpreisen der Einkommenszuwachs des Vorjahres mehr als aufgezehrt worden. In den Vollerwerbsbetrieben ging 1983/84 der Gewinn je Familienarbeitskraft um 18,2 Prozent auf 21 508 Mark zurück. Die Spannweite reicht von 26 132 Mark in Schleswig-Holstein bis zu 14 650 Mark in Hessen. Das Nord-Süd-Gefälle wurde etwas eingeebnet.

Auch der verlangsamte Strukturwandel hat nach Ansicht Kiechles dazu beigetragen, „daß kein besseres Einkommensergebnis zustande kommen konnte". So habe die Zahl der Vollarbeitsplätze in der Landwirtschaft 1984 nur um 1,8 Prozent abgenommen, verglichen mit 2,5 Prozent im Jahr zuvor. Die Anzahl aller Betriebe sei um 1,5 Prozent auf 732 500 gesunken. Im Jahr zuvor lag der Rückgang noch bei 2,7 Prozent.

50 Prozent der Unternehmen sind Vollerwerbsbetriebe, zehn Prozent betreiben die Landwirtschaft im Zuerwerb. Auf Nebenerwerbsbetriebe entfallen 40 Prozent. Bezogen auf das Familieneinkommen brachten sie es im Durchschnitt auf 36 035 Mark, während die Vollerwerbsbetriebe auf 28 619 Mark kamen. Fortgesetzt hat sich die Entwicklung, daß die Zahl der Betriebe mit 30 Hektar und mehr steigt, während die der kleineren Betriebe schwindet.

Die Einkommensunterschiede in der Landwirtschaft sind nach Angaben des Agrarberichts gewaltig. So kam das oberste Viertel der Vollerwerbsbetriebe, also die 25 Prozent der Unternehmen mit dem höchsten Gewinn je Familienarbeitskraft, im vergangenen Jahr auf 49 104 Mark. Dagegen mußte das unterste Viertel im Durchschnitt einen Verlust von 567 Mark verkraften. Im Jahr zuvor reichte die Differenz von 56 988 bis 2810 Mark. Experten, auch aus dem Hause Kiechles, interpretieren diese Entwicklung als Beweis dafür, daß den kleineren Betrieben mit höheren Preisen kaum geholfen werden kann. Der Einkommensabstand zum gewerblichen Vergleichslohn hat sich zwar 1983/84 auf 12 795 Mark nahezu verdoppelt. Die Aussagekraft dieser fiktiven Rechnung ist jedoch gering.

Nach Ansicht Kiechles führt die Kurskorrektur, so die Quotenregelung auf dem Milchmarkt, zwar zunächst zu Einkommenseinbußen, mittelfristig erhöhe sich jedoch der Spielraum, und den Landwirten werde wieder eine Zukunftsperspektive geboten.

KONJUNKTUR

Aufträge und Produktion sind weiter angestiegen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Auftragseingang bei der Industrie hat sich zum Jahresende deutlich belebt. Die kräftige Zunahme der Arbeitslosigkeit im Januar war nicht die Folge einer generellen Nachfrageschwäche. Auch die Industrieproduktion nahm im Dezember zu, was in erster Linie am Baugewerbe lag. Für diese Branche war das Wetter im Dezember ungewöhnlich günstig.

Nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes erhöhten sich die Auftragseingänge beim Verarbeitenden Gewerbe im Dezember gegenüber dem Vormonat preis- und saisonbereinigt um nahezu vier Prozent. Dabei nahm der Auftragseingang aus dem Ausland um 3,5 Prozent zu, während die Inlandsnachfrage um vier Prozent expandierte.

Der Zweimonats-Vergleich – November/Dezember gegenüber September/Oktober – weist für das Verarbeitende Gewerbe einen Zuwachs an Bestellungen um 0,5 Prozent aus. Die inländische Auftragstätigkeit wurde in diesem Zeitraum um ein Prozent ausgedehnt, die Auslandsnachfrage nahm um 0,5 Prozent zu. Das Investitionsgütergewerbe konnte allerdings 2,5 Prozent weniger Aufträge hereinholen als im September/Oktober. Dagegen füllten sich die Auftragsbücher im Grundstoff- und Produktionsgütersektor und im Verbrauchsgütersektor reich um jeweils vier Prozent.

Der Stand des Vorjahres wurde im November/Dezember volumenmäßig bei den Aufträgen um 0,5 Prozent überschritten. Und zwar lagen die Auftragseingänge aus dem Inland um drei Prozent niedriger, während jene aus dem Ausland um 5,5 Prozent in den vergangenen zwölf Monaten angezogen hatten. Das Investitionsgütergewerbe konnte ein Plus von 1,5 Prozent verbuchen.

Die Erzeugung des Produzierenden Gewerbes lag im Dezember um knapp ein Prozent über dem Stand des Vormonats. Wesentlich dazu beigetragen hat das Bauhauptgewerbe, das einen Zuwachs von 13 Prozent meldet. Dagegen ist die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes um 0,5 Prozent gesunken.

Allerdings nahm die Erzeugung des Produzierenden Gewerbes im Zweimonats-Zeitraum um gut 1,5 Prozent zu, auch das Verarbeitende Gewerbe meldet einen Anstieg um ein Prozent. Von diesem Wert weicht das Bauhauptgewerbe mit plus 9,5 Prozent ab.

Das entsprechende Vorjahresergebnis wurde im November/Dezember vom Produzierenden Gewerbe insgesamt um 2,5 Prozent übertroffen. Bei diesem Vergleich kommt das Verarbeitende Gewerbe auf einen Zuwachs von 3,5 Prozent. Dabei dehnten die Hersteller von Investitionsgütern ihre Fertigung um 5,5 Prozent aus. Auf vier Prozent kamen die Hersteller von Nahrungs- und Genußmitteln, während es die Produzenten von Verbrauchsgütern auf drei Prozent brachten. Im Bauhauptgewerbe wurde ein Plus von 1,5 Prozent registriert.

Umstrittenes Budget

Von HORST-ALEXANDER SIEBERT, Washington

Der Dollar steigt weiter. Im nichtamtlichen Washington, wo diese Entwicklung inzwischen auch als besorgniserregend eingestuft wird, gibt es dafür eine einfache Erklärung: Die Devisenmärkte glauben nicht, daß der Kongreß den Defizitteufel in die Flasche zurückzubannen wird, indem er die von Präsident Reagan vorgeschlagenen Ausgabenschnitte in toto „kauft". Jeder nicht gekappte Dollar bedeutet jedoch eine schnellere Akkumulation der Bundesschulden und damit bei gleichzeitig kräftiger Konjunktur höhere US-Zinsen. Das lockt Auslandsgeld an.

In der Tat hat die Regierung alles getan, was die Zustimmung des Kapitols zum Haushaltsentwurf erschwert. Das auf nominal 1,5 Prozent angebremste Wachstum der Gesamtausgaben ist zwar beeindruckend. Erreicht wird dieses kühne Ziel aber durch die Konzentration der Einsparungen auf ein relativ kleines Segment des Budgets, das ein Drittel der Ausgaben umfaßt. Es schrumpft um 36,2 Milliarden Dollar oder 10,3 Prozent – die Axt trifft den sozialen Wohnungsbau und die Einkommenssicherung ebenso wie die Agrar- und Auslandshilfe.

Dagegen nehmen die Verteidigung, die Renten und der Zinsendienst, die als Block zwei Drittel der Ausgaben ausmachen, um 56 Milliarden Dollar oder 8,3 Prozent zu. Allein über diese Diskrepanz stolpern immer mehr Kongreßmitglieder, zumal da vor allem die Mittelklasse Federn lassen soll, zum Beispiel durch die hochgeschraubte Anspruchsberechtigung für subventionierte Studentendarlehen. Hier schlagen die Kürzungen mit 18, in den Bereichen Kredithilfe, Energie und Massenverkehr sogar mit 63, 43 und 41 Prozent zu Buch. Amerikas Farmer sollen auf 37 Prozent ihrer staatlichen Zuwendungen verzichten.

Nach Ansicht des American Enterprise Institute, des „Think Tank" der Republikaner, hat sich die Regierung selbst ein Bein gestellt, weil sie die „Schmerzen" nicht nach dem in den USA geltenden Fairneß-Prinzip gleichmäßiger verteilt hat. Die Akzeptanz im Kongreß wäre größer gewesen, wenn die Verteidigungsausgaben im kommenden Finanzjahr statt um 12,7 nur um etwa neun Prozent anziehen würden. Zusammen mit einem einjährigen Aussetzen der Inflationsanpassung bei den Transferzahlungen, einschließlich Renten, hätten dadurch bis 1989 allein 142 Milliarden Dollar eingespart werden können.

Ebenso wie höhere Steuern hat Präsident Reagan im Wahlkampf derartige Eingriffe abgelehnt, und dabei ist es geblieben. Nicht aufgegriffen hat das Weiße Haus auch den Vorschlag, das Ölkartell Opec für die Reduzierung der riesigen US-Haushaltsdefizite in Anspruch zu nehmen, und zwar durch eine Besteuerung der Ölimporte. Eine Einfuhrsteuer in Höhe von zehn Dollar je Barrel (159 Liter) würde jährlich etwa 20 Milliarden Dollar in die Kassen des Fiskus spülen; die indirekten Steuereffekte nicht eingerechnet.

Worauf nicht nur das Ausland gewartet hat, sind größere Lösungen. Statt dessen verzettelt sich Exekutive und Legislative im Kleinkrieg um Subventionen und 25 Programme. *Damit lassen sich Defizit* und Schuldenberg, die gigantische Ausmaße angenommen haben, nicht auf ein realistisches Niveau zurückführen, weder kurz- noch mittelfristig. Für die enorme Haushaltslücke – 1985 mehr als 222 Milliarden Dollar – macht der republikanische Fraktionsführer im Senat, Robert Dole, die Steuergeschenke von 1981 verantwortlich, als unter anderem mit dem Abbau der Einkommensteuern um ein Viertel begonnen wurde. Dadurch fehlen Washington allein im laufenden Budget mehr als 140 Milliarden Dollar.

Dole hat schon durchblicken lassen, daß die US-Bürger vielleicht einen Teil der Steuersenkungen zurückgeben müßten. Ihm zur Seite gesprungen ist jetzt sein republikanischer Kollege Bob Packwood, der im Senat das Finanzkomitee leitet. Hier bewegt sich etwas in Richtung wirksamer Abhilfe. Nach den bisherigen Ausgabenstreichungen ist ein anderer Ausweg auch schwer auszumachen, wenn Washingtons Schulden nicht weiterhin rascher wachsen sollen als das Bruttosozialprodukt. Ernst genommen wird auch Paul Volckers Warnung, wonach das Defizit in diesem Jahr um mindestens 50 Milliarden Dollar zurückgeschnitten werden muß, wenn die Wirtschaft nicht ins Rutschen geraten soll.

AUF EIN WORT

„Wir haben für Flachdächer 20 Normen, und es regnet rein. Die Schweizer dagegen haben zwei Normen, und es regnet nicht rein."

Oscar Schneider, Bundesbauminister (CSU), Bonn FOTO: HARTUNG

China im Aktienfieber

AFP, Peking

Der erste Aktienverkauf in China seit 30 Jahren durch ein Unternehmen in Shanghai hat bei der Bevölkerung helle Begeisterung ausgelöst, das berichtete die in Peking erscheinende Tageszeitung „China Daily". *Lange Warteschlangen hätten sich* vor dem Verwaltungsgebäude des Fotokopierer-Produzenten Yan Zhong Industrial Company Ltd. gebildet. Die Firma habe innerhalb weniger Stunden 100 000 Aktien zum Nennwert von 50 Yuan (etwa 18 Dollar) abgesetzt. Einige der Kauflustigen sollen bis zu 200 Wertpapiere erworben haben, *für die sie 10 000 Yuan* hinblättern mußten. Dieser Betrag entspricht dem chinesischen Durchschnittslohn von elf Jahren. Die Gesellschaft hatte den Aktienverkauf zuvor mit Werbespots im Fernsehen angekündigt. Die kommunistische Führung hatte die Börse von Shanghai im Jahr 1949 geschlossen.

KARTELLAMT

Machtballungen im Handel sollen aufgebrochen werden

PETER GILLIES, Bonn

Bei der Bekämpfung der Konzentration im Handel nimmt das Bundeskartellamt jetzt auch die Einkaufsvereinigungen ins Visier. Startschuß für diese neue Taktik ist die Abmahnung an eine der großen Einkaufsorganisationen, die Selex + Tania-Gruppe, deren Zusammenschluß nach Ansicht der Berliner Behörde gegen das Kartellverbot verstößt.

In der Gruppe sind mehr als hundert Unternehmen des Lebensmittelhandels angeschlossen, vom Kaufhauskonzern bis zum Kleinbetrieb. Durch die Bündelung des Einkaufs – zuletzt 18 Milliarden Mark – drückt der Zusammenschluß die Abnahmepreise der Industrie. Das Kartellamt hält zwar Einkaufskooperationen vor allem bei Klein- und Mittelbetrieben *für sinnvoll, glaubt aber, daß in der* Selex + Tania die Großen auf Kosten der Kleinen zusätzliche Vorteile für sich herausschlagen.

„Wir müssen die gesamte Organisation untersagen, um die Großen aus ihr herauszubrechen", meinte Kartellamtspräsident Wolfgang Kartte in einem Gespräch mit Journalisten. Weil die geballte Einkaufsmacht nicht mit der Fusionskontrolle zu packen sei, „wollen wir das Ganze austesten". Kartte räumt ein, daß es im Ergebnis auf eine Entflechtung hinausläuft (die es im Gesetz nicht gibt). Mit der Taktik, die bisher geduldeten Einkaufsgenossenschaften ins Visier zu nehmen, betrete man „wettbewerbspolitisches Neuland".

Die Kartellbehörde machte deutlich, daß sie anhand dieses Falles die Einkaufsbündelung der ganzen Branche – von Metro/Kaufhof über Aldi, *Coop, Tengelmann, Edeka u.a. – aufzurollen gedenkt.*

HWWA

Stabilisierende Einflüsse verhindern eine Inflation

JAN BRECH, Hamburg

Die Aussichten, daß das erreichte Maß an Preisstabilität auch 1985 erhalten bleibt, sind günstig. Nach Schätzungen des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung wird sich der Anstieg der Verbraucherpreise zwischen zwei und 2,5 Prozent bewegen. Risiken für eine Inflation berge zwar die weitere Entwicklung der Wechselkurse und der inländischen Lohnstückkosten, schreibt das Institut; doch sei das Gewicht der preisberuhigenden Einflüsse erheblich.

Einmal setze die Geldpolitik ihren Stabilitätskurs fort. Für 1985 habe die Bundesbank ihr Geldmengenziel um einen Prozentpunkt niedriger als 1984 angesetzt, und mit dem flacheren Zielkorridor ihre Absicht deutlich gemacht, daß sie den Stabilisierungsfortschritt monetär absichern wolle. Dabei ist nach Meinung des HWWA ein leichter Zinsrückgang möglich, der die Finanzierungskosten der Unternehmen senken würde. Bei mäßig zunehmender Nachfrage und im allgemeinen ausreichenden Kapazitäten blieben die Preisüberwälzungsspielräume eng.

In den Importpreissteigerungen, die durch den hohen Dollarkurs und durch die Preisentwicklung in den anderen EG-Ländern ausgelöst worden sind, sieht das HWWA bislang noch keine Gefahren für die weitere Geldwertstabilität. Sie könnte sich erst aus einer ausgeprägten weiteren Verteuerung der Importe und der Rohstoffe ergeben. Dafür gebe es aber keine Hinweise. Bleibe der Dollar auf seinem hohen gegenwärtigen Niveau, dürften die Preise für Industrierohstoffe stabil bleiben; für Rohöl sogar leicht sinken. Teuerungen wegen eines weiter steigenden Dollarkurs seien unwahrscheinlich.

CHINAHANDEL

Peking will künftig auch Gemeinschaftsbüros zulassen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Wirtschaftsminister Martin Bangemann hält den chinesischen Vorschlag, bis 1990 ein bilaterales Handelsvolumen von vier Milliarden Dollar oder rund 12 Milliarden Mark zu erreichen, für ein realistisches Ziel. Im vergangenen Jahr lag der Umfang des gegenseitigen Warenaustausches bei rund fünf Milliarden Mark.

Zum Abschluß der vierten Tagung des deutsch-chinesischen Gemischten Ausschusses wies Bangemann darauf hin, daß sich die dreitägigen Gespräche auf die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, in der Erdölindustrie und der Luft- und Raumfahrt konzentriert hätten. Sowohl von der Dimension des einzelnen Projekts als auch von der Breitenwirkung her stellten die Vorhaben für 1985 eine besondere Herausforderung an Unternehmen wie an die Regierung dar. Für die Zusammenarbeit im Bereich der Umwelttechnologien werde die Bundesregierung den Chinesen ein Memorandum übersenden. Bangemann dankte der chinesischen Delegation dafür, daß sie den Vorschlag zur *Zulassung von Firmenvertretungen in* Form von Gemeinschaftsbüros mehrerer mittelständischer Unternehmen im Reich der Mitte positiv aufgegriffen hätte.

Um die chinesischen Produkte konkurrenzfähiger zu machen, sollte Peking auch die DM-Fakturierung wieder zulassen. *Die chinesische Seite wünscht* vor allem einen Ausbau der Liberalisierung, eine Erhöhung der noch bestehenden Kontingente und eine Ausdehnung der Zollpräferenzen. Die chinesische Seite wies mit Nachdruck darauf hin, daß deutsche Waren zwar gut, aber teuer seien.

BETRIEBSVERFASSUNG / Kleinere Interessengruppen sollen gestärkt werden

Arbeitgeber gegen geplante Änderung

KAREN SÖHLER, Bonn

Das Betriebsverfassungsgesetz soll leicht geändert werden, um Minderheiten zu stärken; die leitenden Angestellten sollen gesetzlich verankerte Interessenvertretungen erhalten. In der Regierungskoalition stößt dieser Vorschlag aus den Fraktionen inzwischen auf Zustimmung. *Vertreter der Wirtschaft sind hingegen* anderer Auffassung, wenn es um die Frage geht, ob ein Minderheitenschutz sinnvoll und notwendig ist.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) lehnen eine Neuregelung grundsätzlich ab. Der DGB will keine Macht einbüßen. Die Arbeitgeber stehen lieber einer starken Gewerkschaft – also den Einzelgewerkschaften des DGB – gegenüber als mehreren etwas schwächeren Interessenvertretungen. Sie fürchten, eine Zersplitterung beschwöre zusätzliche Diskussionen herauf – der Belegschaftsvertretungen untereinander und der Betriebsräte mit den Geschäftsführungen der Unternehmen.

Gegen den Plan, den Betriebsratsausschuß – der bei neun und mehr Betriebsratsmitgliedern gebildet wird – in Zukunft nach dem Verhältniswahlrecht zusammenzusetzen, wehren sich die Arbeitgeber außerdem aus zwei Gründen:

- Bei der Auswahl der Ausschußmitglieder würden fachliche Gesichtspunkte vernachlässigt, weil zunächst der Proporz berücksichtigt werden müßte.
- Da auch bei den bevorzugten Freistellungen das Verhältnis gewahrt sein soll, könnte die Zahl der Befreiungen steigen.

Der BDA akzeptiert lediglich, daß in Zukunft fünf – statt bisher zehn – Prozent der Unterschriften wahlberechtigter Belegschaftsmitglieder ausreichen, damit die Liste zu den Betriebsratswahlen zugelassen wird. Denn das Bundesverfassungsgericht hatte im Oktober 1984 die Zehn-Prozent-Hürde als grundgesetzwidrig eingestuft.

Völlig überflüssig sei ein gesetzlich verankerter Sonderstatus für leitende Angestellte, meinen die Arbeitgeber. Die auf freiwilliger Basis bestehenden *Sprecherausschüsse hätten* sich in größeren Unternehmen bewährt. Kleine Betriebe brauchten diese Einrichtung ohnehin nicht. Die Arbeitgeber befürchten vor allem, daß sich ein Wettbewerb zwischen Betriebsrat und Sprecherausschuß entwickeln würde. Außerdem, meint Alfred Wisskirchen aus der Rechtsabteilung des BDA, verkleinerte sich durch eine gesetzliche Regelung der Kreis derjenigen, die unter die Rubrik leitende Angestellte fallen. Denn im Augenblick werde dieser Begriff, der im Betriebsverfassungsgesetz definiert ist, weit gefaßt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Gegen Nutzungsgebot für Abwärme

Essen (Bm.) – Der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft betrachten mit Sorge Bestrebungen, in das Bundesimmissionsschutzgesetz ein „Abwärmenutzungsgebot" einzuarbeiten. Damit könnte der Staat erstmals direkt in interne Produktionsabläufe eingreifen. Die beiden Verbände erklären, daß bereits seit langem in der Wirtschaft Energie eingespart und Abwärme so weit wie möglich genutzt wird. *Diese Entwicklung sollte sich ungestört fortsetzen* können.

300 Millionen-Anleihe

Bonn (DW.) – Die europäische Investitionsbank begibt über ihr deutsches Bankenkonsortium unter Federführung der Deutschen Bank eine Anleihe über 300 Mill. Mark. Die Anleihe ist mit einem Jahreskupon von 7,5 Prozent und einer Laufzeit von acht Jahren ausgestattet. Der Verkaufskurs wurde auf 100 Prozent festgesetzt.

Gießereien erfolgreich

Düsseldorf (Py.) – Die deutschen Eisen-, Stahl- und Tempergießereien sind nach einer Steigerung der Produktion um 2,3 Prozent auf 3,4 Mill. Tonnen mit dem Jahr 1984 zufrieden. Wie der Deutsche Gießerei-Verband mitteilte, hatte das Exportgeschäft daran einen besonderen Anteil, während die Nachfrage auf dem Inlandsmarkt nur um ein Prozent auf rund 2,7 Mill. Tonnen wuchs. Besonders erfolgreich verlief das Geschäft der Guß-Zulieferer für den Maschinenbau. Hier wuchs auch der Export ebenso wie im Fahrzeug-Gußsektor um gut 25 Prozent. Absatzerfolgen bei der Stahlindustrie standen Einbußen im Baubereich (Bauguß und Druckrohre) gegenüber.

Ultimatum aus Washington

Brüssel (VWD) – Die US-Regierung hat die Europäische Gemeinschaft ultimativ aufgefordert, sich spätestens zum 11. Februar auf eine Aufteilung des EG-Kontingents bei der Ausfuhr von Ölfeldrohren nach den USA zu einigen. Die Aufteilung dieser Quote von zehn Prozent des US-Verbrauchs ist bisher an der Bundesrepublik gescheitert.

Geldumlauf ausgeweitet

London (fu) – Die britische Geldmenge Sterling M 3 (sie umfaßt Zentralbankgeld im Umlauf sowie Sterling-Sicht- und Terminkonten einschließlich Spareinlagen) hat sich im Januar um 0,75 Prozent ausgeweitet. Damit liegt die Geldmengenausweitung am obersten Ende der von der Regierung festgelegten Bandbreite von sechs bis zehn Prozent auf Jahresbasis. Hoffnungen auf eine bevorstehende Senkung der vor wenigen Tagen auf 14 Prozent hochgetriebenen Basiszinsen sind durch die jüngsten Geldmengen-Statistiken vorerst enttäuscht worden.

UdSSR stoppt Öllieferung

Brüssel (dpa) – Die Sowjetunion kann zur Zeit auf dem Schiffsweg kein Erdöl nach Westeuropa liefern, da die sibirischen Häfen zugefroren sind. *Die Lieferungen sind für diesen* Monat ausgesetzt worden, wurde erst jetzt bekannt. Der sowjetische Lieferstopp für Erdöl nach Westeuropa hat nach Ansicht der EG-Kommission für die Europäische Gemeinschaft keine „dramatischen Folgen". Die Versorgung der EG aus der UdSSR betrage nur acht bis zehn Prozent des gesamten Verbrauchs der Gemeinschaft an Rohöl, sagte ein Sprecher in Brüssel.

Stahlproduktion gestiegen

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die deutsche Rohstahlproduktion ist im Januar gegenüber dem Vormonat um 17,1 Prozent auf 3,32 Millionen Tonnen gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag die Produktion im Vergleich zum Vorjahresmonat um 9,9 Prozent höher. Die Roheisenerzeugung wird für Januar mit 2,57 Millionen Tonnen angegeben, das ist eine Steigerung um 14 Prozent gegenüber Dezember und um 13,1 Prozent gegenüber Januar 1984.

Wochenausweis

	31.1.	23.1.	31.12.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	64,3	65,5	66,5
Kredite an Banken	92,1	86,3	96,3
Wertpapiere	4,3	4,8	4,3
Bargeldumlauf	106,4	104,3	109,6
Einl. v. Banken	51,1	39,3	54,2
Einlagen v. öffentl. Haushalten	1,2	6,1	0,9

LLOYD'S / In Zukunft keine Lebensversicherung mehr

Tochter muß verkauft werden

WILHELM FURLER, London

Die bedeutende Versicherungsbörse Lloyd's of London wird ihre im Lebensversicherungsgeschäft tätige Tochtergesellschaft Lloyd's Life Assurance verkaufen. Dies hat der ständige Rat der Versicherungsbörse beschlossen. Mit diesem Schritt wird sich Lloyd's of London vollständig aus dem langfristigen Lebensversicherungsgeschäft und aus dem Rentengeschäft zurückziehen.

Die Trennung von der außerordentlich erfolgreichen Tochter ist wohl vor allem deshalb beschlossen worden, weil die Mitglieder der Versicherungsbörse in letzter Zeit häufiger mit den eigenen Vorschriften in Konflikt geraten. So haben die Aktien der Lloyd's Life Assurance, die fast nur von Mitgliedern gehalten werden, derart an Wert gewonnen, daß sie gelegentlich den zulässigen Anlage-Höchstsatz sprengen: Die Lloyd's-Mitglieder dürfen der Satzung zufolge höchstens 1,5 Prozent ihres Prämienfonds in Aktien der Lloyd's Life Assurance anlegen.

In der Londoner City wird erwartet, daß der Verkauf der Lloyd's-Tochter 100 Millionen Pfund (rund 360 Mill. DM) erlöst. Das verwaltete Kapitalanlage-Vermögen der Gesellschaft liegt bei mehr als 300 Millionen Pfund. Die von den Lloyd's-Mitgliedern gehaltenen vier Millionen Aktien der Lebensversicherungsgesellschaft haben inzwischen einen Wert von 11,50 Pfund je Ein-Pfund-Aktie. Es liegt nahe, daß die Realisierung beträchtlicher Gewinne bei der Verkaufs-Entscheidung eine Rolle gespielt hat.

Die Lloyd's-Führung versucht, die Tochtergesellschaft nach Möglichkeit an einen einzelnen Interessenten „nach ihrem Geschmack" zu verkaufen. Betont wird, daß die Aussichten für eine Expansion insbesondere für die Kombination Hypothek-Lebensversicherung, für den Renten-Bereich sowie für das Auslandsgeschäft sehr gut seien. Lloyd's Life Assurance war 1971 gegründet worden, um den Syndikaten der Versicherungsbörse eine legitime Möglichkeit zur Beteiligung am langfristigen Versicherungsgeschäft zu schaffen.

NAMEN

Fritz Bierbaum, Seniorchef der Bierbaum Textilwerke Borken, vollendet heute das 85. Lebensjahr.

Willy Michelfelder, Präsident a. D. des Bundesbahn-Zentralamtes München, wurde am 6. Februar 70 Jahre.

Norbert Rethmann, Selm, wurde zum Präsidenten der Europäischen Föderation der Abfallwirtschaft (FEAD) gewählt. Er ist Nachfolger von **Colin Drinkwater**.

Manfred Müller, bisher Mitglied der Geschäftsführung der Germania-Brauerei F. Dieninghoff GmbH, Münster, wurde zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Elbschloß-Brauerei AG, Hamburg, bestellt.

Dr. **Gerhard Holtmeier**, Geschäftsführungsmitglied der Krupp MAK Maschinenbau GmbH, Kiel, und Dr. **Torolf Blydt-Hansen**, Leiter des Bereichs Forschung von AEG-Telefunken, wurden Vorstandsmitgliedern der AEG-Telefunken Anlagentechnik als Nachfolger von Dr. **Rolf Leber** und Dr. **Claus Müller**.

ENKA / Alle Beteiligungs- und Tochtergesellschaften lieferten 1984 Gewinne ab

Die mageren Jahre sind überwunden

HARALD POSNY, Wuppertal

Im Gleichklang mit der Branche kann auch die zum niederländischen Akzo-Konzern gehörende Enka-Gruppe, Wuppertal, 1985 zu ihrem Spitzenjahr zählen, und das nicht nur wegen der Gewinnabführung auch der nicht konsolidierten Beteiligungen. Vorstandsvorsitzender Hans Günther Zempelin spricht nicht ohne innere Genugtuung nach so vielen mageren Jahren von Aufschwung und wiedergewonnener Rentabilität.

In der Gruppe wurde mit konstant 15 000 Mitarbeitern ein konsolidierter Umsatz von 4,6 Mrd. DM (zusätzlich 1,3 Mrd. DM nicht konsolidiert) erzielt, wobei das Plus von 17 Prozent auch ein echtes Mengenplus von über drei Prozent auf 211 000 Tonnen (AG) und 395 00 Tonnen (Gruppe) widerspiegelt. Neben Preiserhöhungen habe das veränderte (teurere) Produkt-Mix zusätzlich Geld in die Kasse gebracht.

Zum Ergebnis (nach niederländischen Bewertungsrichtlinien) von 220 (91) Mill. DM, also einer Umsatzrendite von 3,1 Prozent, meinte Zempelin: „Enka spielt wieder in der Bundesliga." Diese 220 Mill. DM sind ziemlich genau 30 Prozent des Akzo-Ergebnisses für 1984, deren Aktionäre danach mit 6 (4) hfl je 20-hfl-Aktie bedient werden. Eine Antwort, wie denn die reichlich 2 Prozent verbliebenen Enka-Aktionäre behandelt würden, beantwortete Zempelin ausweichend. Dies sei eine konzernpolitische Entscheidung, ein Wechsel von den garantierten 3/5 der Akzo-Dividende auf eigene Enka-Ausschüttung sei möglich.

Neben den Erlösverbesserungen hat sich auf das Ergebnis auch die gute Kapazitätsauslastung positiv ausgewirkt, es vielleicht erst ermöglicht. Und das gilt europaweit für die Branche. „Die Gesundschrumpfung dürfte im ganzen bewältigt sein", meinte der Enka-Chef vorsichtig, „wir glauben, daß der weitaus größte Teil des heutigen Volumens Textil in Westeuropa erhalten bleibt." Dem widerspreche auch nicht die für 1985 erwartete gewisse Abflachung in diesem Sektor.

Technische Fasern gewinnen dagegen immer größere Bedeutung. Bei Enka bestreiten sie 45 Prozent der Produktion, weltweit nur 7,5 Prozent. Dieser Bereich, der auch 1984 (neben den textilen Garnen) ein besonders gutes Ergebnis aufwies, gilt weiter besonderes Augenmerk in Entwicklung und Investitionen. Die Modernisierung trug bereits Früchte, der Ausweitung der führenden Position in der Welt soll der Bau der Aramid-Fabriken in den Niederlanden und der Kohlenstoffaserfabrik im deutschen Oberbruch bei Aachen gelten. Für dieses Werk werden insgesamt rund 220 Mill. DM ausgegeben, nicht zuletzt auch für den dann modernsten Betrieb von Fasern für textile Einsatzgebiete. Reichlich 200 Mill. DM werden 1985 in der Gruppe investiert.

Alle Beteiligungs- und Tochtergesellschaften (auch die nicht konsolidierten im Ausland) lieferten 1984 Gewinne ab. Dazu gehören auch über 30 Mill. DM von der Spinn- und Textilmaschinenfabrik Barmag (Umsatz: 580 Mill. DM), die einen Kooperationsvertrag mit China geschlossen hat, aus deren Anschlußaufträgen der Gruppe „mehrere 10 Mill. DM Umsatz" zuwachsen werden.

MECKLENBURGISCHE VERSICHERUNGEN

Kostensätze unverändert

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Eine im Vergleich zum Vorjahr geringere Zunahme der Beitragseinnahmen verzeichnete die Mecklenburgische Versicherungsgruppe, Hannover, im Jahre 1984. Mit einer Steigerung um 5,6 (7,3) Prozent auf 203 (192) Mill. DM, so heißt es in einer ersten Übersicht des Vorstands, wurde aber die Steigerungsrate der gesamten Versicherungswirtschaft von 3,1 Prozent deutlich übertroffen. Alles in allem sei das Berichtsjahr „rundum befriedigend" verlaufen.

Bei der Obergesellschaft, der Mecklenburgischen Versicherungs-Gesellschaft a. G., wuchsen die Beiträge um 5,3 Prozent auf 159 (151) Mill. DM, wobei die Sachversicherung und die Allgemeine Haftpflicht überdurchschnittlich expandierten. Der Vorstand rechnet bei unveränderten Kostensätzen erneut mit einem versicherungstechnischen Überschuß.

Der Schadenverlauf gebe insgesamt keinen Anlaß zu Sorgen. Erwartet wird ein Geschäftsergebnis, das „an den ertragreichen Jahresabschluß 1983 nahtlos anschließt".

Die Mecklenburgische Leben konnte ihren Bestand um 13 Prozent auf 904 (801) Mill. DM ausweiten. Wegen des mit der Einführung der Direktgutschrift geänderten Bilanzausweises wird das Prämienwachstum von real 14 Prozent nur mit sieben Prozent sichtbar. Die Ertragslage der Leben sei anhaltend günstig; die Gewinnbeteiligung bleibe hoch. Bei der Rechtsschutz-Versicherungs-AG stiegen die Beitragseinnahmen um sieben Prozent auf 7,6 (7,1) Mill. DM. Das letztjährige positive Geschäftsergebnis werde 1984 deutlich übertroffen.

Nach Angaben des Vorstands wird für 1985 mit einer deutlichen Geschäftsbelebung in der Autoversicherung gerechnet. Die Bestrebungen um eine kostengünstige Verwaltung und das verantwortungsbewußte Fahrverhalten der Kunden hätten es ermöglicht, den neuen Auto-Tarif 1985 so günstig zu kalkulieren, daß die Mecklenburgische jetzt „in der Spitzengruppe der Autoversicherer mit Außendienst-Service" liege. Für 1984 werde es wie in den Vorjahren in dieser Sparte eine Beitragsrückvergütung aus Zinserträgen geben.

Porsche: 32 Prozent auf Vorzugsaktien

dpa/VWD, Stuttgart

Die Verwaltung der Dr.-Ing. h. c. F. Porsche AG, Stuttgart, schlägt für das Geschäftsjahr 1983/84 (31. Juli) eine Dividende von acht DM für die neuen 50-DM-Vorzugsaktien mit halber Gewinnberechtigung vor. Umgerechnet auf das ganze Geschäftsjahr entspräche dies einer Ausschüttung von 32 Prozent. Die Stammaktien mit voller Gewinnberechtigung sollen mit einer Dividende von 15 DM je 50-DM-Aktie bedient werden.

Aus dem Bilanzgewinn von 46,2 (34,8) Mill. DM sollen, wie aus der Tagesordnung zur Hauptversammlung am 21. März 1985 in Stuttgart weiter hervorgeht, ferner 19,1 Mill. DM in die freien Rücklagen eingestellt werden. Weitere 8,75 Mill. DM entfallen auf zusätzlichen Aufwand, der durch den Gewinnverwendungsvorschlag der Verwaltung anfällt.

Im vergangenen Jahr hatte das Unternehmen mit dem Gang an die Börse das Grundkapital um 20 Mill. DM auf 70 Mill. DM erhöht. Von dem aufgestockten Aktienkapital war die Hälfte in stimmrechtslose Vorzugsaktien umgewandelt worden. Davon wurden nominal 21 Mill. DM dem Publikum angeboten.

ISRAEL / Zweites Sozialpaket in Kraft getreten

Auslandsreisen höher besteuert

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Eine Reihe neuer Preiserhöhungen und Abgaben ist gestern in Kraft getreten. Sie sind Bestandteil des neuen Sozialpakets, das helfen soll, den Konsum einzuschränken. Unter anderem wird die Währung abgewertet, Steuern werden erhöht.

Allerdings liegt der Grenzsteuersatz der Einkommensteuer schon jetzt bei 66 Prozent. Eine weitere Erhöhung würde kontraproduktiv wirken. Noch schwieriger ist das Manipulieren des Wechselkurses, denn in Israel ist faktisch alles indexiert. Wer Ersparnisse hat, legt sie in indexgebundenen Bankkonten an; bei einer großen Abwertung jedoch schnellt der Index und damit der Schekel-Gegenwert der gebundenen Sparkonten in die Höhe. Das Ergebnis ist ein weiterer Anstieg der Inflation.

Mit dem ersten Sozialpaket wurden die Löhne und Gehälter langsam vom Index gelöst: Nur bei einem Anstieg von mehr als neun Prozent wird noch eine Teuerungszulage gezahlt. Dies geht jetzt in ähnlicher Weise weiter. Zusätzlich jedoch nahm die Regierung eine faktische, aber nicht nominelle Abwertung vor, indem sie auf eine lange Reihe von Einfuhrwaren – beispielsweise Autos, TV- und Videogeräte, Stereoanlagen, Kochherde, Kühlschränke – Abgaben erhebt, die nur einen verhältnismäßig geringen Niederschlag im Index finden.

Wer für Auslandsreisen Fremdwährung kauft, muß 16 Prozent Steuer darauf zahlen, und die Reisesteuer selbst wurde von bisher 100 Dollar auf 200 Dollar erhöht. Dies hat eine Situation geschaffen, in der ein Gruppenbillett für einen Flug von Tel Aviv nach Paris etwa 300 Dollar kostet, während die Summe der anfallenden Steuern bis 335 Dollar betragen kann.

Doch falls dies die Flut der Reiselustigen eindämmt, die sich jeden Sommer aus Israel ergießt und die Staatskasse um eine Milliarde Dollar ärmer macht, so wird sich dies gelohnt haben. Gleichzeitig hat die Regierung den Abbau der staatlichen Subventionen fortgesetzt. Elektrizität und Postgebühren sind um 25 bis 40 Prozent heraufgesetzt worden, die Lebensmittelspreise um fünf bis sechs Prozent. Die strenge Preiskontrolle soll elastischer als bisher gehandhabt werden.

Diese Maßnahmen zusammen sollen dem Staatssäckel rund 650 Mill. Dollar einbringen – eine bedeutende Summe für Israel. Die Schwäche der Maßnahmen liegt darin, daß sie nur einen Ersatz für die dringend benötigte Einschränkung der staatlichen Ausgaben sind. Dies hat sich wegen der in Israel bestehenden Zwänge viel schwieriger erwiesen als das Schröpfen der Steuerzahler. (SAD)

EG / BDI: Unabhängigkeit der Bundesbank bewahren

Gegen abgestufte Integration

WILHELM HADLER, Brüssel

Eine deutliche Absage hat die deutsche Industrie den Plänen für eine abgestufte Integration in der EG gegeben. Wie der BDI in einer Stellungnahme zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft betonte, sollten sich die Überlegungen in Bonn und Brüssel „an den konkreten Interessen der Mitgliedsstaaten und an dem Maß der Übereinstimmung zwischen ihnen orientieren". Dies gelte nicht zuletzt auch für die vorgeschlagene Ausweitung der Römischen Verträge auf neue Gebiete.

Der Kölner Spitzenverband bezeichnet als wichtigste europapolitische Aufgabe, die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft wiederherzustellen. Bei der notwendigen Verbesserung der Entscheidungsmechanismen gelte es aber auch „stringente Vorkehrungen zu treffen gegen unzumutbare finanzielle Belastungen der Bundesrepublik und gegen Eingriffe in die ordnungs- und stabilitätspolitischen Grundlagen".

So dürfen nach Auffassung der Industrie bei währungspolitischen Entscheidungen die Unabhängigkeit und die Handlungsfreiheit der Bundesbank „weder faktisch noch institutionell" beeinträchtigt werden. Auf monetärem Gebiet gebe es zunächst vordringlich um die Beseitigung der Kapitalverkehrskontrollen. Hier habe die Bundesrepublik bereits erhebliche Vorleistungen erbracht.

Der BDI spricht sich nachdrücklich für die Integration der Kapitalmärkte aus und warnt davor, bei dem Ausbau des Europäischen Währungssystems (EWS) den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun. Viel dringlicher erscheine die konsequente Verwirklichung des EG-Binnenmarktes.



HUTA-HEGERFELD

Antrag auf Vergleich gestellt

dpa/VWD, Essen

Das Essener Bauunternehmen Huta-Hegerfeld AG, das seit rund einem Jahr mit finanziellen Schwierigkeiten kämpft, hat gestern beim Amtsgericht Essen Vergleichsantrag gestellt. Dies bestätigte eine Gerichtssprecherin. Offenbar haben die kreditgebenden Banken, die im Vorjahr bereits auf 140 Mill. DM Forderungen an das 76 Jahre alte Unternehmen verzichtet hatten, das Ende Januar vorgelegte Sanierungskonzept nicht akzeptiert. Zur Rettung der Firma war vom Land Nordrhein-Westfalen 1984 eine Bürgschaft in Höhe von 25 Mill. DM gewährt worden. Die Bemühungen um Konsolidierung blieben dennoch erfolglos. Wie es heißt, konnte Huta-Hegerfeld die Januar-Löhne und -Gehälter für die noch rund 1700 Beschäftigten nicht mehr zahlen. Die Bauleistung soll 1984 noch knapp 400 Mill. DM betragen haben.

In einer außerordentlichen Hauptversammlung Ende Januar waren die Verluste am Stichtag 30. November 1984 mit 46,1 Mill. DM beziffert worden.

Sartorius: Erfolg in der Medizintechnik

dos, Göttingen

Die Sartorius GmbH, Göttingen, eines der weltweit führenden Unternehmen auf dem Gebiet der Wägetechnik, hat 1984 den Umsatz erneut kräftig um rund zehn Prozent auf über 200 (1983: 185) Millionen DM steigern können. Auch für das laufende Jahr zeigt sich das Familienunternehmen zuversichtlich, wobei die wesentlichen Impulse aus dem Auslandsgeschäft, dessen Anteil bei 70 Prozent liegen dürfte, erwartet werden.

Sartorius beschäftigt derzeit rund 1500 Mitarbeiter, 50 mehr als vor Jahresfrist. Erfolgreich habe sich auch der noch junge Geschäftsbereich Medizintechnik entwickelt. Zum Ergebnis werden keine Aussagen gemacht.

Einen Wechsel in der Führung des traditionsreichen Unternehmens gab es zum Jahreswechsel. Der langjährige geschäftsführende Gesellschafter, Horst Sartorius hat sein Amt aus Altersgründen zur Verfügung gestellt und übernimmt den Vorsitz im Aufsichtsrat. Sein Sohn, Dr. Christoph Sartorius, hat die Nachfolge angetreten und fungiert als Sprecher der Geschäftsführung.

TREUWO / Vergleichsantrag gestellt – Angemessene Quote in Aussicht – Liquiditätslücke von 10 Millionen Mark

Die Möglichkeit eines Neubeginns wird geprüft

JAN BRECH, Hamburg

Die Treuwo Verwaltungs-AG, Lübeck, hat beim Amtsgericht Lübeck den Antrag auf Vergleich für die AG selbst und ihre neun Tochtergesellschaften gestellt. Dadurch soll der Konkurs der Gruppe abgewendet werden. Grund ist nach Angaben der Vorstandsmitglieder Lutz Schumann und Christian Goettsching eine „unüberbrückbare Liquiditätsenge". Zum vorläufigen Vergleichsverwalter ist der Hamburger Rechtsanwalt Gunther Gustafsen bestellt worden.

Mit dem Vergleich, so teilte Gustafsen in Hamburg mit, soll der weitere Vermögensverfall der Gruppe aufgehalten und geprüft werden, oh auf einem neuen Fundament ein Neubeginn möglich sei. Es handele sich also um einen Fortführungs- und nicht um einen Liquidationsvergleich. Eine erste Übersicht habe ergeben, daß die Gruppe nach wie vor über gute Substanz verfüge.

Die Liquiditätslücke wird mit mehr als 10 Mill. DM beziffert und ist nach Angaben des Vorstands auf einen drastischen Umsatzrückgang im Jahr 1984 zurückzuführen. Durch Miet- und Preisverfall, tiefgreifende Gesetzesänderungen und durch die permanente Diskussion über den wirtschaftlichen Sinn einer Privatinvestition im Wohnungsbau hätten sich die potentiellen Anbieter 1984 in bisher unbekanntem Maß zurückgehalten. Dem von der Treuwo geplanten Jahresumsatz von 300 Mill. DM habe am Ende nur ein Verkauf von 100 Mill. DM gegenübergestanden.

Die sich aus diesen Mindererlösen und dem für das Geschäftsjahr 1983/84 (31. 7.) eingetretenen Verlust von 12 Mill. DM ergebende Liquiditätslücke hätte nicht mehr überbrückt werden können, erklärt der Vorstand. Das mit den Hausbanken abgestimmte Sanierungskonzept sei an der Ablehnung der notwendigen Bürgschaft durch das Land Schleswig-Holstein gescheitert.

Den Gläubigern der Treuwo, so erklärt der Vorstand, werde aus der Vermögenssubstanz der Gruppe eine angemessene Vergleichsquote angeboten. Dem Gericht sind zunächst 50 Prozent vorgeschlagen worden. Die gesamten Verbindlichkeiten zum Jahresende dürften rund 100 Mill. DM betragen, wovon sich 90 Prozent auf fremdfinanzierten Immobilienbestand beziehen.

Die von der Treuwo betreuten Bauherren, sind, wie der Vorstand erklärt, vom Vergleich nur geringfügig betroffen, da wegen des Auslaufens der Mehrwertsteueroption zum Jahresende nahezu alle Projekte fertiggestellt worden seien. Als neuer, unabhängiger gewerblicher Zwischenvermieter sei die Wohnwert Immobilien GmbH, Bad Schwartau, mit dem Alleininhaber Jürgen Pruß eingetreten. Der neue Vertrag sieht für einen Teil der Bauherren allerdings Mieten mit Abschlägen bis zu 50 Prozent vor.

Noch ausstehende Restabwicklungen wie Endabrechnung oder Mängelbeseitigung soll von einer verbleibenden „Kerntruppe" abgewickelt werden. Projekte, die zum Jahresende 1984 gezeichnet, aber nicht vollständig plaziert worden sind, werde der Treuhänder vertragsgemäß abwickeln, heißt es. Ließen sich Objekte schlecht vermarkten, würden die Bauherren die auf Treuhandkonten liegenden Gelder zurückbekommen. Ihnen gehen allerdings die Steuervorteile für 1984 verloren. Außerhalb der Vermögenssphäre der Treuwo liegt auch der Hotelbau in Österreich, der nicht gefährdet sein soll.

Einen Vermögensstatus hat die Treuwo bislang nicht vorgelegt. Der noch nicht testierte Abschluß 1983/84 weist ein Grundkapital von 15 Mill. DM, 26 Mill. DM Rücklagen und einen Verlust von 12 Mill. DM aus. In der zweiten Jahreshälfte 1984 dürfte ein weiterer Verlust von 5 Mill. DM hinzugekommen sein, so daß das Eigenkapital rein rechnerisch noch mit etwa 24 Mill. DM zu Buch steht.

Der Immobilienbestand ist in der Bilanz mit 60 Mill. DM bewertet, wovon nach Angaben des Vorstands die Hälfte in halbfertigen Wohnungen gebunden war.

Über die Höhe eines Kapitalschnitts gibt es noch keine Hinweise. Die Treuwo hatte Ende 1983 über ein Bankenkonsortium unter der Führung der PM Portfolio Management, München, 5 Mill. DM ihres Grundkapitals an der Börse plaziert. Der Emissionskurs von 220 Prozent ist nur einmal überschritten worden und 1984 stetig verfallen.

NIXDORF / Umsatz auf 3,3 Milliarden Mark gestiegen

Solider Auftragsbestand

ot. Berlin

Ganz auf Wachstum programmiert bleibt die Nixdorf Computer AG, Paderborn. Wie Unternehmenssprecher Rolf Prey in Berlin sagte, zeigen die insgesamt positiven Zahlen weiter Kontinuität. Der Umsatz ist nach Angaben im Aktionärsbrief weltweit um 21 Prozent auf 3,27 Mrd. DM gestiegen. Das Wachstum sei von einer deutlichen Steigerung des Jahresüberschusses begleitet worden. Absolute Zahlen zum Ergebnis konnte Prey aber nicht mitteilen.

Für 1985 hat sich Nixdorf ein ähnliches Wachstum bei Umsatz und Ertrag vorgenommen. Der um 22 Prozent auf 3,29 Mrd. DM gestiegene Auftragsbestand bilde dazu eine solida Basis. Die Nachfrage nach Computersystemen aus der mittelständischen Industrie, dem Bankensektor und auch dem Handel sei unverändert lebhaft. Auch im neuen Markt der digitalen Nebenstellenanlagen hätten sich die Erwartungen voll erfüllt, Impulse für die Zukunft seien sicher.

Die positive Umsatzentwicklung war gleichermaßen vom Geschäftsverlauf im In- und Ausland bestimmt. In Vorbereitung auf die weitere Expansion hat Nixdorf im Berichtsjahr 2670 neue Arbeitsplätze geschaffen. Weltweit beschäftigt der Konzern damit jetzt 20 100 Mitarbeiter, davon rund 13 100 im Inland.

Einen Schwerpunkt des Investitionsprogramms 1984 von mehr als 400 Mill. DM bildete der weitere Ausbau des internationalen Vertriebs. Nixdorf ist jetzt in 42 Ländern mit Geschäftsstellen vertreten. In diesem Jahr sollen die Investitionen nach Aussage von Prey weiter gesteigert werden. Als Schwerpunkte nannte er die Produktionsstätten in Berlin, Paderborn, Irland und Singapur, von wo aus der südostasiatische Markt mit Energie erschlossen werden soll.

Für Forschung und Entwicklung wurden 1984 mit 310 Mill. DM 22 Prozent mehr ausgegeben als im Jahr davor. Das sind fast zehn Prozent des weltweiten Umsatzes. Als eine Investition in die Zukunft wertet Prey auch die hohe Zahl von 1200 Lehrlingen im Inland. Diese solle noch weiter erhöht werden; allein in Berlin in diesem Jahr auf 250 (160).

KALK WÜLFRATH / Stahl sorgte für Umsatzplus

Bestes Jahr seit Bestehen

HARALD POSNY, Wülfrath

Kräftige Absatz- und Umsatzsteigerungen in der wieder besser beschäftigten Eisen- und Stahlindustrie, aber auch in der Chemie, eine Vollauslastung der Betriebe, die vor Jahren begonnenen Rationalisierungsmaßnahmen und schließlich die Verringerung des Personalkostenanteils auf das Niveau der Energieausgaben haben der Gruppe Rheinische Kalksteinwerke GmbH und der in Personalunion betreuten Dolomit-Werke GmbH, Wülfrath, das beste Geschäftsjahr seit Gründung der Gesellschaft vor 75 Jahren gebracht.

Franz Josef Hufnagel, Sprecher der *Geschäftsführungen,* bezifferte das Ergebnis für 1983/84 (30. 9.) bei Kalk Wülfrath mit 30 (20) Mill. DM, bei Dolomit mit 19 (7) Mill. DM, von denen Thyssen, Hoesch und Krupp partizipieren. Diese Ergebnisse würden sich „so" nicht wiederholen lassen, doch mit Ausnahme der Bauindustrie mache keine der belieferten Branchen Sorgen.

Hufnagel betonte, daß mit der Gewinnabführung an die Stahlmütter auch für diese ein Beitrag zu deren Konsolidierung geleistet worden sei. Von den an den Stahlbereich gelieferten Kalkmengen gehen 80 Prozent an die drei Mütter. Kalk für den Stahl macht bei Wülfrath reichlich die Hälfte des Absatzes aus.

Bei Kalk Wülfrath stieg 1983/84 der *Umsatz um 14 Prozent auf 331 Mill.* DM, im Konsolidierungskreis um neun Prozent auf 484 Mill. DM. Die Investitionen erreichten 32 (21) Mill. DM, die Abschreibungen lagen mit 34 (35) Mill. DM darüber. Das Schwergewicht der Forschungsarbeit (7,7 Mill. DM Aufwand) lag im Bereich neuer Produkte, zu denen u. a. ein synthetischer Asbestersatz für die keramische Industrie gehört.

Hans-Peter Hennecke, für die Technik zuständiges Geschäftsführungsmitglied, betonte, daß immer mehr veredelte Produkte verkauft würden. Dies gilt insbesondere für den Feuerfestbereich, der allein schon einen Exportanteil von 56 (52) Prozent der Menge nach hat. Auch den Sektor Verbraucherprodukte (10 Prozent Umsatz) werde man ausbauen. Beide Unternehmensgruppen beschäftigen derzeit 3210 (3320) Mitarbeiter.

BHW-BANK / Zulassung zum Börsen-Handel

Wachstum vorprogrammiert

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die als Hausbank für das Beamtenheimstättenwerk fungierende BHW-Bank AG, Hameln, wird in den nächsten Tagen den Handel an der Niedersächsischen Börse zu Hannover aufnehmen. Die Erweiterung der Geschäftstätigkeit um den Wertpapierhandel schließt die Einführung von Schuldverschreibungen der BHW-Gruppe in den Freiverkehr mit ein. Dabei, so Vorstandschef Roger Hebich, übernehme die Bank die Plazierung und die Kurspflege.

Die erste Emission der Mutter sei in einigen Monaten zu erwarten und dürfte in der Größenordnung von 50 *Mill. DM liegen. Das BHW hat ihr* Emissions- und Wertpapiergeschäft hisher über dritte Banken abgewickelt. Hebich wies darauf hin, daß die BHW-Bank beim Wertpapierhandel nur mit institutionellen Anlegern zusammenarbeiten wird. Die hannoversche Börse begrüßt den Schritt des Instituts. Geschäftsführer Hans Heinrich Peters: „Wir sind froh, eine weitere Adresse im Bereich der Festverzinslichen anbieten zu können."

Zufrieden äußert sich Hebich zur Geschäftsentwicklung im Jahre 1984. Die Bilanzsumme wuchs um 63 Prozent auf 1,38 (0,84) Mrd. DM. Getragen wurde das Wachstum von den Krediten. Die 23 000 Privatkunden, durchweg BHW-Bausparer, nahmen im Rahmen der Eigenheimfinanzierung Kredite von 937 (481) Mill. DM in Anspruch. Die Neuzusagen erreichten im Berichtsjahr 624 Mill. DM.

Die Mittel zur Refinanzierung des Aktivgeschäfts in Höhe von 1,2 (0,73) Mrd. DM stammen überwiegend vom Kapitalmarkt. Gleichzeitig erhöhten sich die Kundeneinlagen auf 79 (32) Mill. DM. Die Eigenmittel werden mit 74 (72) Mill. DM ausgewiesen; das Grundkapital beträgt 30 Mill. DM. *Planmäßig habe sich die Ertragslage* entwickelt, wenngleich der Jahresüberschuß (1983: 3,6 Mill. DM) nicht in dem Maße wie die Bilanzsumme gestiegen ist. Der Zinsüberschuß erhöhte sich auf 13,9 (12,7) Mill. DM. Hebich rechnet künftig mit einem etwas ruhigerem Wachstum. Langfristiges Ziel sei eine Bilanzsumme von etwa fünf Mrd. DM. Der hohe Liquiditätsbedarf, den das neue Bausparsystem „Dispo 200" des BHW erfordere, werde das Geschäft der Bank zusätzlich stimulieren.

NESTLE / Auf Stagnation der Märkte vorbereitet

Einstieg in neue Produkte

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Nestlé-Gruppe Deutschland GmbH, Frankfurt, hat sich auch für 1985 auf ein sehr geringes Wachstum der Nahrungsmittelmärkte eingestellt. Zwar habe sich das Jahr für die Tochtergesellschaft des Schweizer Nestlé-Konzerns gut angelassen, so der Geschäftsführungsvorsitzende Gerhard Rüschen. Doch durch den scharfen Wettbewerb, der durch die anhaltende Konzentration im Handel noch forciert werde, sei die Entwicklung mit Risiken behaftet.

Das eigene Wachstum hat die deutsche Gruppe mit Akquisitionen schon im vergangenen Jahr vorbereitet. *Beteiligungen von 26 Prozent* an der Schweisfurth-Gruppe (Fleischwaren, Marken: Herta, Dörffler) mit mehr als einer Milliarde Umsatz und mit 50 Prozent an dem Münchner Kaffeeröster Dallmayr hoten den Einstieg in neue Märkte.

Vorhandenes wird durch die Eingliederung der Milchverarbeiter Glücksklee und Lünebest (zusammen 380 Mill. DM Umsatz, 800 Mitarbeiter) abgerundet werden, die mit der Übernahme ihrer US-Muttergesellschaft Carnation durch die Schweizer Nestlé zur Gruppe gestoßen sind. Der Kauf von Carnation, einer Nahrungsmittel-Gruppe mit 3,4 Mrd. Dollar Umsatz, für runde 3 Mrd. Dollar soll in erster Linie die Position der Schweizer im amerikanischen Markt stärken.

Im vergangenen Jahr hat die deutsche Nestlé-Gruppe ihren Umsatz (ohne die neuen Beteiligungen) um 2,2 Prozent auf 3,45 (3,37) Mrd. DM ausgeweitet, also immer noch etwas stärker als der Durchschnitt der Branche mit seinen 1,9 Prozent. Preiserhöhungen – die im Schnitt nur 1 Prozent erreichten – seien dabei nur in Teilbereichen und unter Schwierigkeiten durchzusetzen gewesen, berichtete Rüschen.

Zum Ertrag mag er noch keine Aussage machen, weil die endgültige Belastung des Gewinns durch Sozialkosten (Vorruhestand, neues Pensions-Schema) noch nicht festliege. Das Betriebsergebnis habe man aber trotz aller Schwierigkeiten verbessern können. Die Belegschaft wurde um 2 Prozent auf 11 520 Mitarbeiter verringert. Die Investitionen von 120 Mill. DM sollen auch in diesem Jahr etwa gehalten werden.

Kräftiger Aufwind am Aktienmarkt

Siemens und Nixdorf als Zugpferde

DW. – Ausgehend von Siemens und später auch von Nixdorf setzte sich an der Mittwochbörse bei den Aktien eine deutlich feste Tendenz durch, von der nach und nach nahezu sämtliche Marktgebiete erfaßt wurden. Der Siemens-Abschluß und die günstige Prognose für das laufende Geschäftsjahr haben vor allem die Ausländer mobil gemacht, die Siemens-Aktien in großen Beträgen und zu kräftig steigenden Kursen aus dem Markt genommen haben. Bei Nixdorf werden ähnlich günstige Ergebnisse wie bei Siemens erwartet.

Der Aktienhandel, der besonders in der zweiten Börsenstunde zu beträchtlichen Umsätzen auflief, wurde durch den weiter gestiegenen Dollarkurs nicht gestört. Zinserwägungen spielten ebensowenig eine Rolle. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß auch die Nachfrage nach Bankaktien zugenommen hat, von denen die Papiere der Deutschen Bank, wie schon am Vortag, von den Ausländern bevorzugt wurden. Im Verlaufe sprang der Hausse-Funke auch auf die Werte der Großchemie über, bei denen die Tagesgewinne allerdings vergleichsweise bescheiden blieben. An der festen Tendenz hatten nun auch zum Teil auch die Autoaktien Anteil, besonders VW.

Düsseldorf: Braun VA erhöhten um 10 DM, Dt. Atlanten um 15 DM und Heinrich stockten um 5 DM auf. Scheidemandel und Sinn verbesserten sich um 2 DM und Ver. Rumpus um 5 DM. Nachgegeben haben Dt. Texaco um 4 DM. Keramag und Verseidag gaben um 3 DM nach. Bei den Versicherungen verminderten Aachener Rück um 20 DM. Allianz Leben verbesserten sich um 180 DM.

Frankfurt: Adt stockten um 6 DM und Metallgesellschaft um 5,50 DM auf. MAN Roland verloren 9 DM. Binding verbesserten sich um 5 DM und Wella um 11 DM. Braun Vorzüge gaben um 10 DM auf 500 DM nach.

Hamburg: HEW wurden bis 89 DM und NWK-Vz. mit 168,50 DM gehandelt. Phoenis Gummi lagen bei 116 DM gut behauptet. Markt und Kühlhallen gaben um 2 DM auf 192 DM nach. Haller Meurer mußten mit 165 DM bezahlt werden. Reichelt waren mit 90 DM etwas leichter.

München: Audi AG verbesserten sich um 6 DM und Bay. Hartstein um 30 DM. Rathgeber schlossen mit 490 DM und Neue Baumwolle Hof mit 249 DM (plus 3 DM). Grünzweig stockten um 6 DM und Brauhaus Corburg um 7 DM auf. Nachgegeben haben Deckel AG und Dywidag um 2 DM und Wanderer und Zahnräder Renk um 5 DM.

Berlin: Berthold und Schering konnten je 5 DM, Berliner Elektro, DeTeWe, Herlitz Vz. undf Lehmann je 2 DM zulegen. Orenstein verbesserten sich um 1 DM. Rheinmetall mußten 6 DM hergeben. Kempinski wurden um 3 DM niedriger taxiert. DUB-Schultheiss verloren 2 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 167,9 (166,2)
WELT-Umsatzindex: 3010 (2970)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

	6. 2.	5. 2.
H AachM Beteil. 9+2,5	1150	1125
H Aach. M. Vers. 7	–B	3708
D Aach. Ruck. 9	1205	1175
D Aseag *4	450G	450G
M Ack-Gögg 4	100	98,5bG
H Adca 0	154,5	133
D Adler 9	340T	336G
F Adt AG 0	65	59T
F AEG-Telef. 0	112,7	111,1
D AEG-Kabel 8	280bG	280T
S Aesculap 8	580bG	575bG
F AGAB 5	115	117
D Agrippina *7	830T	830T
M Agrob *0	204	204
H Br. H. Hypo 10	310G	310G
Hn Brsch. Jute *0	99G	100B
H Breitenb.-C. *28	600bB	600G
H Br. Straßb. *0	440bB	450G
H Br. Vulkan 0	65,5	65,3
H Br. Wollk. 6	140	138
F BBC 6	194,00	193
S BSU Textil %20	1290G	1290G
D Buckau-W. 4,1	136bG	136bG
D Buderus *12	375G	525
M Bgl. Br. Ing. *12+2	805B	805B
B Bgl. Brh. Rav. *0	364G	364G
B Calw D. **30+18	720bB	720bB
F Cassella *10	345	540bG
F Ceag 0	120	118,3
M En. Oberfr. 4,5	260TG	248
M En. Ostb. 5+1	230bB	230bB
H Elbkraft 0	42	46
B Engelhardt 7	205G	205
D Enka 6,67	257	250
M Erlus 12,5	345TG	336bG
M Erste Kulmb. 9	1500bG	1500bG
B esbi *0	11,2bG	10,5
B Essl. Masch. 6	285	285
M Esterer **16	540G	540G
D Farb. Liqu. RM 0	7	6,95
F Flachglas 0	211bG	212bG
D Ford *19,36	900T	900T
B Forst Ebn. *4	2400	2400
M Fr. Dbld.W. 5	255	260G
S Hohner *6	245	243
H Holsten-Br. 6+1	251	251
F Holzmann 10+1	591	595
D Horten 6	168,5	169
B Hw. Kayser *12	245T	250T
D Hussel 8	293G	289,50
D Huta Hag. 0	–	–
M Hutschenr. 9	235bB	235bB
H Hypo Hbg. 12,5	416G	417
D IKB 7,5	186,20	186,80
S IWKA 0	292	296
M Isar-Amper 6,5+1	347bG	347,6bG
D Isenbeck 4,75	165T	165T
H Jacobsen *8	640G	640G
H Jute Bremen 4	195G	195G

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 6. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1540,00	1938,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1235,00	1498,00
5 US-Dollar (Liberty)	510,00	695,40
1 £ Sovereign alt	224,00	278,16
1 £ Sovereign Elizabeth II.	223,00	277,02
20 belgische Franken	173,00	225,72
10 Rubel Tscherwonez	233,00	292,98
2 südafrikanische Rand	218,00	271,32
Krüger Rand, neu	993,00	1171,92
Maple Leaf	993,00	
Platin Noble Man	911,00	1078,44
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	243,00	305,52
20 schweiz. Franken „Vreneli"	178,00	231,42
20 franz. Franken „Napoléon"	178,00	231,42
100 österr. Kronen (Neuprägung)	914,00	1105,80
20 österr. Kronen (Neuprägung)	183,00	231,42
10 österr. Kronen (Neuprägung)	95,00	125,40
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	427,00	520,95
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,00	136,80

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 6. 2. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¼–8⅜	6–6¼	5⅜–5¾
3 Monate	8¾–9	6⅛–6⅜	5½–5¾
6 Monate	8⅞–9⅛	6¼–6½	5½–5¾
12 Monate	9⅜–9⅝	6⅜–6⅝	5½–5¾

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Devisen und Sorten

6. 02. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Anlds.-Kurs*)	Sorten*) Ankauf	Verkauf
New York³)	3,2190	3,2270	3,2022	3,17	3,26
London¹)	3,579	3,593	3,524	3,51	3,66
Dublin¹)	3,105	3,119	3,051	3,02	3,17
Montreal³)	2,4133	2,4253	2,3944	2,36	2,46
Amsterd.	88,230	88,450	88,285	87,50	89,50
Zürich	117,810	118,010	117,730	116,50	119,25
Brüssel	4,987	5,007	4,939	4,89	5,09
Paris	32,675	32,835	32,380	31,75	33,50
Kopenh.	27,900	28,060	27,700	26,75	28,50
Oslo	34,645	34,765	34,210	33,50	35,25
Stockh.**)	35,055	35,215	34,470	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,621	1,631	1,594	1,56	1,66
Wien	14,215	14,256	14,209	14,14	14,56
Madrid**)	1,804	1,814	1,782	1,74	1,86
Lissabon**)	1,790	1,810	1,675	1,43	2,25
Tokio	1,2405	1,2435	–	1,20	1,28
Helsinki	47,805	48,005	47,085	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,16
Athen*) **)	2,4225	2,4875	–	1,90	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5125	2,5315	–	2,50	2,80
Johannesbg.*)	1,6295	1,6486	–	1,42	1,67

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Devisenmärkte

Trotz eines Rückgangs der Euro-Dollar-Zinssätze um ⅛ Prozentpunkt und unverändert starker Nachfrage nach D-Mark am Euromarkt setzte sich am 6. 2. der Kursanstieg des US-Dollars fort. Am Morgen schien sich zunächst mit einem Rückgang bis 3,2175 eine Reaktion anzubahnen. Dieser Eindruck trog jedoch, denn bereits zur amtlichen Notiz wurde wieder 3,2230 erreicht. Die Bundesbank glich mit einer Abgabe von 13,95 Mill. Dollar aus. Keinen Eindruck hinterließ der verbesserte Ordereingang in der deutschen Industrie für Dezember. Der Schweizer Franken rückte auf 117,91 vor und erreichte damit fast wieder die Basis des vergangenen Freitags. Nochmals verbessern konnte sich das englische Pfund mit einem Gewinn von 1,7 Promille auf 3,586. US-Dollar in: Amsterdam 3,6495; Brüssel 64,5450; Paris 9,8450; Mailand 1982,80; Wien 22,6390; Zürich 2,7334; Ir. Pfund/DM 3,112; Pfund/Dollar 1,1126; Pfund/DM 3,586.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 6. Februar: In D-Mark 2,22009 (Parität 2,24184); in Dollar 0,690153 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 6. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die erneute Abschwächung der Dollar-Deports (bis ⅛Prozent) hatte am 6, Februar nochmals deutlich verringerte Dollar-Termin-Abschlüsse zur Folge.

Dollar/DM	0,61/0,51	2,03/1,93	4,12/3,92
Pfund/Dollar	0,47/0,44	1,25/1,20	1,98/1,92
Pfund/DM	2,80/1,40	6,90/5,50	11,40/10,00
FF/DM	19/03	46/29	82/66

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 6. 2.: Tagesgeld 6,00–6,10 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 6,10–6,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 6. 2.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 6. 2.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,80 (7,05) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 98,80, Rendite 7,04.

Korrekturen bei den Renten

Da sich der Abgabedruck am Rentenmarkt trotz des steigenden Dollar verringert hat und im langfristigen Bereich sogar etwas Nachfrage aufgekommen ist, konnten die „Aufräumungsarbeiten", die nach dem Desaster am Wochenbeginn notwendig geworden waren, in Ruhe fortgesetzt werden. Öffentliche Anleihen schwankten um 0,20 Prozentpunkte. Die Rentenhändler setzen jetzt auf eine bessere Liquiditätsversorgung durch Maßnahmen der Bundesbank. Sie würden möglicherweise einen weiteren Anstieg verhindern können.

Bundesbahn

		6. 2.	5. 2.
7 dgl. 77	2/87	100,4	100,4
D dgl. 77	8/87	98,3	98,36
8 dgl. 78 D	7/88	97,1	97,9
6½ dgl. 77	5/89	98,30	98,3

Industrieanleihen

	6. 2.	4. 2.
F D Badenwerk 78	97,75bG	96
F 8 Chem. Hüls 71	100,8	101
7¾ Cont. Gum. 71	101,5T	101,2T
5¾ HEW 62	99,5G	98,5G
7½ dgl. 71	100G	100,16
4½ Harpen 59	2200G	2200G
7½ Hoesch 71	100,3G	100,36
7½ Karstadt 71	100,36	100,36
7½ Kaufhof 71	100,3T	100,5G

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise — Termine

Bruchteilige Gewinne in den vorderen Sichten bzw. geringfügige Abschläge in den entfernteren Kontrakten verzeichneten am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Leicht befestigen konnte sich Silber. Unverändert in den ersten beiden Monaten bis deutlich schwächer in den entfernten Positionen schloß Kupfer. Durchweg niedriger wurde Kakao bewertet und uneinheitlich Kaffee.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	5. 2.	4. 2.
März	357,75	358,25
Mai	349,00	350,00
Juli	339,00	338,00

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	5. 2.	4. 2.
St. Lawrence 1 CW	252,59	250,79
Amber Durum	249,09	240,79

Kakao New York ($/t)	6. 2.	4. 2.
Terminkontr. März	2243	2330
Mai	2285	2380
Juli	2258	2340
Umsatz	1390	2500

Zucker New York (c/lb) – Kontrakt Nr. 11		
März	4,19	4,26
Mai	4,43	4,62
Juli	4,77	4,85

Talg New York (c/lb)		
top white	19,75	19,75
fancy	18,50	19,50
bleichfähig	10,00	18,00
yellow max. 10% fr. F.	17,00	17,00

Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	52,10	51,30
April	49,05	49,50
Juni	54,15	53,00

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	73,77	71,00
März	73,10	71,78
Mai	73,75	72,60

Öle, Fette, Tierprodukte

Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	600,00	600,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	585,00	580,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	235,00	227,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	800,00	805,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	298,00	296,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Umsatz	7	0
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	6. 2.	4. 2.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	5. 2.	4. 2.
Febr.	12 100	12 199
März	12 213	12 258
Kautschuk London (p/kg)	6. 2.	4. 2.
Nr. 1 RSS loco	64,00–70,00	64,00–68,50
März	62,00–66,00	62,00–66,00
Apr.	63,00–67,00	63,00–67,00
Mai	64,00–66,00	64,00
Tendenz: ruhig		

Westdeutsche Metallnotierungen

Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	460,27–463,27	460,75–463,80
Blei in Kabeln	130,50–131,50	131,75–132,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	6. 2.	5. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	424–431	421–425
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	463–465	463
MS 63	461–466	461–467

Internationale Edelmetalle

15.00	302,85	302,05
Zürich mittags	303,20–303,76	301,50–302,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	00 500	94 950
Silber (p/Feinunze) London Kasse	557,00	552,85
3 Monate	574,00	569,70
6 Monate	591,60	587,35
12 Monate	623,85	610,80
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	5. 2. 248,20	4. 2. 244,85
Palladium (£-Feinunze) London 1. Händlerpr.	113,65	113,25

Londoner Metallbörse

mittags Kasse	1260,5–1261,0	1264,0–1264,5
3 Monate	1280,0–1280,5	1280,5–1281,0
abends Kasse	–	1269,0–1270,0
3 Monate	–	1287,0–1288,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1260,0–1261,0	1266,0–1268,0
3 Monate	1276,0–1277,0	1281,0–1284,0
Zink (£/t) Kasse	758,00–759,00	762,00–763,00
3 Monate	758,00–759,00	759,50–760,00
Zinn (£/t) Kasse	9970–9975	9990–9995
3 Monate	9925–9930	9961–9965
Quecksilber $/Fl.)	–	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	65–70

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Woikowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 00

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 00, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 00 81, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Das Flaggschiff ist nicht mehr schnittig: Eine „Stern"-Bilanz nach 37 Jahren

An empfindlicher Stelle leckgeschlagen

Der ‚Stern' hat mehr als drei Jahrzehnte die Bewußtseinswirklichkeit der Republik mitgestaltet", sagt Günther Deschner, dessen Film über diese größte deutsche Illustrierte heute abend gezeigt wird. „Er ist das Flaggschiff eines großen Verlages, aber das Schiff ist nicht mehr so schnittig." Das hat natürlich mit den gefälschten Hitler-Tagebüchern, mit dem „Stern"-Prozeß zu tun, dessen Beweisaufnahme bald abgeschlossen wird. Die Illustrierte ist an einer empfindlichen Stelle leckgeschlagen – an der Glaubwürdigkeit.

Docb Hitler kommt in Deschners Film nur im Vorspann vor. Der Beitrag ist keine weitere Beweisaufnahme dieses Skandals, sondern eine Bestandsaufnahme eines mächtigen Mediums. Und ein Blick in die Zukunft – in die vierte Ära des „Stern", die nacb den Tagebüchern begann.

Die erste Ära datiert Deschner von 1948 – „ein Stern der Hoffnung sollte aufgehen", sagte ihm Gründer Henri Nannen – bis zum Anfang der sechziger Jahre. Die Illustrierte hat von der Macbt der Bilder gelebt, das Wort hat der Unterhaltung gedient. Serien hatten große Wirkung, wie die über Justizirrtümer, die einigen Verurteilten zur Freiheit verhalf.

In den sechziger Jahren, der zweiten Ära, gab es dann eine deutliche Politisierung des „Stern". Das Meinungsspektrum war weit, als Kolumnisten wechselten sich Brandt und Strauß ab. Es begann allerdings, deutlich am Beispiel der Berichterstattung über die FDP auszumachen, eine Bevorzugung links-liberaler Tendenzen; der Maihofer- Scheel-Flügel kam sehr viel besser weg als der Mende-Flügel.

In der dritten Ära, seit Beginn der siebziger Jahre, verengte sicb das politische Spektrum, „der Unterhaltungsdampfer wurde zum Zerstörer", meint Deschner. Wirkungsvoll entwickelte der „Stern" den Kampagnen-Journalismus zur Vollendung, zum Beispiel in der Befürwortung der Ostpolitik und der Ablehnung des Abtreibungs-Paragraphen 218. In dieser Phase enfremdete sich der Verlag von der Redaktion, eine gefährliche Tendenz, die später mit der Beschaffung der Hitler-Tagebücher an der Redaktion vorbei endete. Die Breitseiten des Zerstörers trafen fast ausschließlich konservative Politiker – auch in dieser Beziehung berrschte Kampagnen-Journalismus, was die Titelblätter des „Stern" der letzten Zeit belegen: US-Präsident Reagan wurde mehrmals, aber immer nur in Verbindung mit Raketen, abgebildet.

Und dann fiel der „Stern" in das tiefe Glaubwürdigkeitslocb der Tagebuch-Affaire. In der Hektik danach, in der Suche nach neuen Blattmachern sieht Deschner einen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Redaktion: Sie, die gegen

Deutschland, dein Stern – ARD, 20.18 Uhr

die Berufsverbote für linksextreme Beamtenanwärter zu Felde zog (auch dies eine der Kampagnen), verhängte selbst ein solches Berufsverbot gegen den vom Verlag ausersehenen Chefredakteur Johannes Gross – einfach nur, weil er ihr politisch nicht paßte.

So traf Deschner in der Redaktion, wo ihm alle Türen offenstanden und wo er hilfsbereit unterstützt wurde, auf viele gute Journalisten – alte, ordentliche Blattmacher noch aus der ersten Stunde; Versessene, die ein optiscb hervorragende Strecke hinlegen wollen; um Aktualität kämpfende Reporter; auch starke Fraktionen mit politischen Hausnummern – aber er traf Ratlosigkeit an, wenn es um die Zukunft des „Stern" ging.

Dafür mag es mehrere Gründe geben, die ineinander wirken. Die Gremienwirtschaft hat sich des Journalismus bemächtigt. Bei der Bestellung von Führern kann es leicht zur Wahl des kleinsten gemeinsamen Nenners kommen. Das Ergebnis ist dann ein Produkt, das niemanden mehr erschüttern kann, weder erfreuen noch zornig machen. Ein Typ wie Henri Nannen, häufig genial, häufig grausam, wird kaum von Gremien an die Spitze befördert.

Außerdem kann es sein, daß der „Stern" seine politische Masche ausgereizt hat. Das mag mit dem Zeitgeist zu tun haben, dem „der 'Stern' immer um eine Nasenlänge gestaltend vorausgeeilt ist", wie Nannen in Deschners Interview sagt.

Ein Blatt, das sich ein Jahrzehnt und länger dem Sozialliberalismus verschrieben hat, gerät am Ende genau wie dieser in eine Sackgasse. Es fehlt vielleicbt auch die Nase, die erst die Richtung erschnüffelt und dann vorauseilt – politisch mag die Redaktion auf einem Nasenflügel geruchsunempfindlich geworden sein. Es kann schließlich auch daran liegen, daß die wichtigen Weichen der Republik längst gestellt sind – Versuche, die Bewußtseinswirklichkeit in Nannens Sinne im Grundsätzlicben zu beeinflussen, werden von Jahr zu Jahr schwieriger.

Fraglich ist, ob der Verlag der Redaktion die Möglichkeit einräumt, in Ruhe den Weg der vierten Ära des „Stern" zu finden. Das mühsame Tasten wird in Deschners Film deutlich. Es ist wohl auch schwierig auszusprechen, was vielleicht erst in den Bäuchen steckt. Der „Stern" hat trotz starker Verluste zur Zeit 1,4 Millionen Auflage, aber er ist im Verlag nicht mehr „der Zug, der den Bahnsteig zieht", wie Nannen bei mehr als zwei Millionen wöchentlichen Exemplaren einmal sagte.

DETLEV AHLERS

STUDIO

Als gedruckten Auftakt zum Medien-Kongreß der Union am 27. und 28. Februar in Mainz betrachten Markus Scböneberger (Medienreferent der CSU) und Dieter Weirich (Mediensprecher der Union) die Herausgabe des Buches **Kabel zwischen Kunst und Konsum** mit dem Untertitel „Plädoyer für eine kulturelle Medienpolitik" (VDE-Verlag, Berlin, 38,50 Mark). Der Band erscheint in dieser Woche.

Die Herausgeber fanden einen attraktiven Autorenkreis aus den verschiedensten Lagern. Weirich trägt neue Zahlen vor: 55 000 hauptberuflich tätige Künstler gibt es in der Bundesrepublik; fast eine halbe Million sind in dem erweiterten Kunst- und Kulturbereich tätig: in Verlagen, Buchhandel, Museen, Bühne, Filmwirtschaft, für Rundfunk und Schallplatte.

Durch den Aufmarsch der Neuen Medien erwartet Weirich einen Innovations-Schub von 600 000 bis 700 000 neuen Arbeitsplätzen. Mit-Autor Waldemar Schreckenberger ergänzt: 1969 wurden hierzulande 11 Milliarden Mark für Medien ausgegeben, 1977 waren es 31,5 Milliarden. Die Zuwachsrate steigt weiter, auch weil der Freizeitraum der Erwerbstätigen wächst: von 1977 bis 1990 etwa um 17 Prozent.

Der Intendant des SDR, Hans Barsch, und Peter Gerlach, Programmdirektion ZDF, beschreiben in ihren Beiträgen den Kreislauf Kultur und TV. Elisabeth Noelle-Neumann zeigt an, daß die Lesekultur nicht unter die elektronischen Räder der Neuen Medien gerät.

August Everding schildert, wie die 84 großen Deutschen Theater nach US-Vorbild einen Pool bilden, um die Aufführungen für Kabel, Satellit und Video zu verwerten. Diese Verwertung und die damit verbundenen Urheberrechte will Gema-Generaldirektor Erich Schulze gewahrt wissen – eine Urheberrechtsgesellschaft für Neue Medien beginnt sich abzuzeichnen. Innenminister Zimmermann weist in seinem Beitrag nach, daß die Neuen Medien nach mehr Filmen verlangen – eine Chance, die vor allem Bayern durch attraktive Filmplätze ausweiten wird, so Staatssekretär Stoiber. Dietrich Ratzke und Markus Schöneberger knöpfen sicb jenen von ambitionierter Seite stets repetierten Kulturpessimismus vor, der die Urangst des Menscben vor totaler Technik-Diktatur beschwört.

Ratzke und Schöneberger grenzen sich von diesem klassischen Pessimismus ab und sehen es umgekehrt: Die neuen Medien geben mehr Kulturschaffenden mehr Tätigkeitsfelder, deren neuen Techniken den kreativen Impuls pointierter und gestalteter an immer mehr Menschen heranführen. Die bemerkenswerteste Aussage des Buches stammt von Manfred Lahnstein: „Neue Medien heben die Herrschaft selbsternannter Eliten in gewisser Weise auf. Deshalb das Wehgeschrei, deren Kritik mich mehr als alles andere erbittert." rr





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Trauerfeier zum Gedenken an Ernst Zimmermann aus dem Kongreßsaal des Deutschen Museums in München
11.00 Tagesschau und Tagesthemen
11.25 Winterliches Wetterstein
11.58 Umschau
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Expeditionen ins Tierreich
Ein Paradies der Elefanten
Die beiden Tierfilmer Lucinda Buxton und Bob Cambell beobachteten ein ganzes Jahr lang das Leben und Sterben im zentralafrikanischen Luangwa-Gebiet. Dort leben noch heute rund 100 000 Elefanten, 4000 Rhinozerosse und beinahe ebensoviele Warzenschweine. Heinz Sielmann berichtet nun über die Forschungsergebnisse dieser beiden Zoologen.
16.55 Denkste!?
Fortsetzung folgt ...
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Deutschland – dein Stern
Bericht von Günther Deschner
Was als größter journalistischer Coup aller Zeiten angekündigt wurde, endete für das Hamburger Nachrichtenmagazin „Stern" in einem peinlichen Flop: die Veröffentlichung vermeintlicher Hitler-Tagebücher.
21.00 ARD-Wunschkonzert
Zehn Berufs- und Hobbygruppen aus Nordrhein-Westfalen, darunter Hobbyköche, Verkehrsmeister und Mannequins, haben sich diesmal folgende Interpreten gewünscht: Dalida, Stephan Sulke, Taco, Herbert Grönemeyer, Nicolas de Angelis, The Gordon Highlanders und zwei Überraschungsgäste. Durch die Sendung führen wie immer Dagmar Berghoff und Max Schautzer.
22.30 Tagesthemen
23.00 Tatort
Mord ist kein Geschäft
Von Felix Huby
Mit Werner Schumacher, Frank Strecker, Peter Ehrlich u. a.
Regie: Theo Mezger
Ein Bauer findet in einem Campingbus die Leiche eines Mannes. Kommissar Lutz und sein Assistent stoßen bei ihren Ermittlungen auf Alfons Kehl ...
0.45 Tagesschau

ZDF

9.55 Alpine Ski-WM
Riesenslalom der Herren in Bormio
Reporter: Harry Valérien
16.00 heute
16.04 ... doch die Mode bringt's hervor
Zur Kulturgeschichte der Kleidung: Chemiefaser
Von Manfred Liersch und Jürgen Voigt
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Höhlenkinder
6. Folge: Lapadu
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Tom und Jerry
Zeichentrickserie
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
Hubert, der Wirt vom „Fröhlichen Feierabend", hat alle Hände voll zu tun, denn er muß nicht nur der Nachfrage nach kühlen Getränken gerecht werden ...
19.00 heute
19.30 Der große Preis
Ein heiteres Spiel für gescheite Leute mit Wim Thoelke in Verbindung mit der „Aktion Sorgenkind"
20.50 Die große Hilfe
Bilanz der Deutschen Behindertenhilfe „Aktion Sorgenkind"
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Erstes Fachzentrum für gestörtes Eßverhalten / Spielen als Sucht / Spielen als Therapie
Moderation: Hans Mohl
21.45 heute-journal
22.05 Eiskunstlauf-EM
Kür der Damen
Reporter: Werner Schneider
Aufzeichnung aus Göteborg
Alpine Ski-WM
Zusammenfassung
23.00 Das kleine Fernsehspiel
Zufall
Mit Walter Raffeiner, Michael Mann, Gabriele Gerecke u. a.
Buch, Regie: Hans Peter Böffgen
X ist auf der Suche nach einem besonderen Schatz, ein Sänger will besondere Schallräume finden. Schließlich kommen sie an ein Haus, in dem sie das Gesuchte zu finden hoffen. Dort aber treffen sie nur auf weitere Suchende.
0.20 heute





Die Polizei beginnt sich in beunruhigender Weise um die Geschäfte von Sakowski (Peter Ehrlich, r.) und Kehl (Peter Lakenmacher) zu kümmern (Tatort – ARD, 23.00 Uhr) FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

10.00 Aus dem Düsseldorfer Landtag
Der Landeshaushalt '85 wird in 3. Lesung beraten und endgültig verabschiedet
18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die Wupper
Film von Jürgen Flimm und Jürgen Jürges nach dem Stück von Else Lasker-Schüler
21.55 Von Wuppertal nach Jerusalem
Ein Bericht von einer Veranstaltungswoche der Stadt Wuppertal zum 40. Todestag der Dichterin Else Lasker-Schüler
23.00 Ein Dialog mit Else Lasker-Schüler
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Formel Eins
Die ARD-Hitparade
19.15 Natur und Freizeit
20.00 Tagesschau
20.15 Das Appartement
Amerikanischer Spielfilm (1960)
Mit Jack Lemmon, Shirley MacLaine, Fred McMurray u. a.
Regie: Billy Wilder
22.15 Kultur kontrovers
Theater – Ist der Spiegel der Gesellschaft erblindet?
Diskussionsleitung: Gerd Kairat
23.15 Salon Classique
Werke von Prokofiew, Brade, Wolf, Massenet, Litolff und Strauß
0.00 Nachrichten

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Auskunft: Arbeit und Beruf
Sozialhilfegruppen
19.05 Autoreport
19.20 Hände wie Samt
Italienischer Spielfilm
Mit Adriana Celentano
21.00 Kulturkalender
21.30 Drei aktuell
21.45 Bild der Woche
21.55 Tod eines Reporters
Bericht aus Afghanistan
22.40 Malu (6)
23.25 Sport-Report

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Schleuse 17
Spielfilm von Sebastian Lentz
20.45 Der alte Dämon
Geschichte von Pearl S. Buck
21.10 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.55 Vis à vis
Gemeinsames deutsch-französisches Regionalprogramm
22.40 ebbes – extra
Zuschauer als Programmacher
23.25 Nachrichten
Nur für Rheinland Pfalz:
21.55 Transparent
22.40 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN

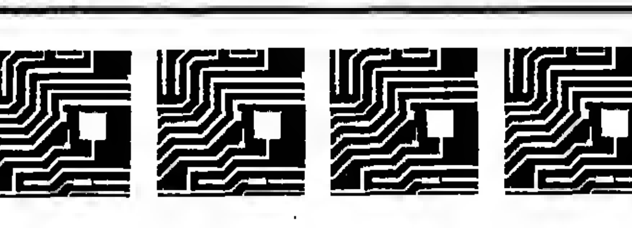
18.00 Die Tier-Sprechstunde
Reptilien.
18.45 Rundschau
19.00 Smog
Fernsehspiel von Wolfgang Menge
20.30 Bischof und Fürst
Bernhard von Cles
Film von Gina Cadeggianini
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Das Fort der mutigen Frauen
Amerikanischer Spielfilm (1957)
Mit Audie Murphy u. a.
Regie: George Marshall
23.15 Rundschau
23.20 Actualités

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Eine günstige Gelegenheit
15.00 Blaustal
Im zweiten Teil des dreiteiligen Dokumentationsfilms „Der blaue Fluß" werden die Vorbereitung und der Beginn einer abenteuerlichen Expedition geschildert. Als erste wollen Ewald Ruf und Siegfried Ritter den Zanskar-Fluß zwischen Himalaya und Karakorum mit einem Boot befahren. Die Hochwasserperiode, die den Fluß monatelang unbefahrbar macht, gibt den Wissenschaftlern Gelegenheit, ihr Unternehmen sorgfältig vorzubereiten.
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Perrine
Aurelie bewährt sich
17.00 Kickerstammtisch
FC Bayern – wer sonst?
Chancen und Aussichten in der Rückrunde
Gast im Studio: Guido Buchwald, VFB Stuttgart
Moderation: Karl-Heinz Heimann
18.00 Fauna Iberica
Die Störche von El Garda (1)
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Die Gefangene der Sarazenen
Italienischer Spielfilm (1959)
Mit Chelo Alonso, Rik Battaglia, Livio Lorenzon u. a.
Regie: Mara Costa
Um die Kinder seines Königs zu retten, legt sich Graf Roland von Besançon mit den Mauren an und erringt dabei die Liebe der schönen Suleika.
20.30 High Chaparral
Ein Strick für Manolita
In einer fremden Stadt wird Manolito des Mordes verdächtigt und angeklagt. Vergeblich beteuert er seine Unschuld.
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Zinksärge für die Goldjungen
Deutsch-ital. Spielfilm (1973)
Mit Herbert Fleischmann, Henry Silva, Horst Janson, Patricia Gon u. a.
Regie: Jürgen Roland
Otto Westermann, ungekrönter König der Hamburger Unterwelt, bekommt unverhofft Konkurrenz: der Italo-Amerikaner Lucca will seinen Platz einnehmen. Natürlich will sich Westermann seine Stellung nicht streitig machen lassen. So beginnt ein erbarmungsloser Machtkampf, in den auch Westermanns Sohn Eric und Luccas schöne Tochter Silvia mit hineingezogen werden.
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
Trabis und Räuchermännchen
Der „DDR"-Bezirk Karl-Marx-Stadt
19.00 heute
19.30 Derrick
Hoffmanns Höllenfahrt
Von Herbert Reinecker
Der Fernsehtechniker Richard Hoffmann ist ein treusorgender und liebenswerter Familienvater. Eines Abends kommt es zu einer folgenschweren Begegnung mit der Nachbarstochter Anneliese, die gerade leicht beschwipst von einer Party nach Hause radelt ...
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Lieben Sie Klassik?
Karl Löbl präsentiert Opernszenen
22.30 Vorbilder und Idole
23.15 3SAT-Nachrichten





Die Namen der Mörder

mär – „O Weltgeschichte: Wundervolles Buch!/Ein jeder liest was anderes aus dir!/Der eine Segen und der andere Fluch!" Über diese Zeilen des ungarischen Nationaldichters Petöfi läßt sich gegenwärtig in Budapest trefflich streiten. Anlaß ist ein Gedicht mit dem scheinbar harmlosen Titel „Sommer 1958". Es erschien Ende 1984 in der Zeitschrift „Uj Forras". „Neue Quellen" heißt das übersetzt. Aber was daraus hervorsprudelte, riß alte Wunden auf.

In dem Gedicht wird von einem Grab und einem Leichnam berichtet, von denen man nicht weiß, wo sie sind. Mörder werden erwähnt, die sich weder hier noch dort befinden. Und zum Schluß heißt es, daß der Leichnam zwar begraben werden müsse, man aber nicht vergessen dürfe, die Mörder beim Namen zu nennen. Namen werden allerdings nicht genannt. Statt dessen tauchen mehrmals die Initialen NI auf. Aber dieses Hinweises bedurfte es für die Ungarn gar nicht. Sie wissen, daß im Sommer 1958, genau am 15. Juni, Imre Nagy hingerichtet wurde. Die Partei glaubte, daß damit der Ungarn-Aufstand von 1956 gegen die Sowjetherrschaft endgültig begraben sei. Aber das erweist sich nun als Selbsttäuschung.

Der Autor des Gedichts ist nämlich nicht irgendwer. Es ist der Sekretär des Schriftstellerverbandes, Gaspar Nagy, der sich den Ratschlag seines Kollegen László Németh zu eigen gemacht hat, „den östlichen Stoff mit westlicher Methode zu bearbeiten". Die Partei nahm ihm das übel. Aber aller Druck auf den Verband fruchtete bislang nichts. Zwar traten Präsident Dubay und Generalsekretär Jovanovics zurück, aber offiziell distanzierte man sich nicht von dem Lyriker. Deshalb schmollt die Partei mit den Dichtern, boykottiert alle Veranstaltungen und verweigert jegliche Korrespondenz.

„Alle unsere Ideale sind woanders schon abgelegter Plunder", schrieb der Lyriker Ady 1910. Aber da irrte er wohl. Denn die Ideale der Dichter erweisen sich dem längst nicht abgelegten ideologischen Plunder überlegen.

Zum dreißigsten Mal – Mozartwoche im verschneiten Salzburg

Musikalische Sternstunden

Meine gemachte Musique liegt und *schläft gut. – unter allen* opern die wehrender zeit bis meine fertig seyn wird aufgeführt werden können, wird kein einziger gedanke einem von den meinen ähnlich seyn, *da für stehe ich gut!*" Wie treffend diese Worte Wolfgang Amadeus Mozarts – in einem Brief an den Vater vom 10. Februar 1784 – auch die weniger bekannten und gewichtigen Kompositionen Mozarts charakterisieren, wurde gerade in der „Mozartwoche 1985" der Internationalen Stiftung Mozarteum Salzburg deutlich. Zum 30. Mal wurde aus Anlaß von Mozarts Geburtstag ein Programm zusammengestellt, das neben den großen Meisterwerken auch selten aufgeführte vokale und instrumentale Werke enthielt. Dazu kam Musik von Zeitgenossen Mozarts, die zur Genüge bewiesen, daß in ihnen „kein einziger Gedanke einem von Mozarts ähnlich" sei. Dies galt ganz besonders von dem von der Programmgestaltung her wohl interessantesten Abend der Woche, an dem das Opernfragment Mozarts „L'Oca del Cairo" und die einaktige Oper „Don Giovanni o sia Il Convitato di Pietra" von Giuseppe Gazzaniga und Giovanni Bertati (Librettist) aufgeführt wurden.

„L'Oca del Cairo" ist jene Oper, von der Mozart schrieb, sie „liegt und schläft gut": Er hatte einige Szenen nach einem Libretto von Giovanni Battista Varesco, dem Verfasser des „Idomeneo"-Textes, gegen Ende des Jahres 1783 vertont, doch scheint er – vielleicht aus Unzufriedenheit mit der Textgestaltung – die Komposition nicht weitergeführt zu haben.

Wie schade, daß dieses „Dramma giocoso per musica" nicht vollendet wurde! Das Libretto, eine Intrigen-Komödie, ist recht amüsant, und die erhaltenen Ensembles und Arien sprudeln von Mozartscher Laune, mit Anklängen vor allem an den „Figaro". Und dann Gazzanigas „Don Giovanni" – ein musikalisch wirkungsvolles Werk des Italieners, der 13 Jahre älter war als Mozart und dessen „Don Giovanni" 8½ Monate vor Mozarts (in Venedig) uraufgeführt wurde.

Der Text von Bertati, einem der bekanntesten Opernlibrettisten der Zeit, *muß Mozarts Da Ponte als Muster* gegolten haben; es gibt viele Parallelen zwischen den beiden Libretti. Die sehr persönlichen Züge in Mozarts Oper sind gewiß der engen Zusammenarbeit von Autor und Komponisten zuzuschreiben. Musikalisch aber sind gewisse Ähnlichkeiten nur dem herrschenden „Zeitstil" verpflichtet. Mozarts „Don Giovanni" überragte Gazzanigas an musikalischer Intensität und Dramatik, an dem unterschwelligen, latenten tragischen Drohen, das selbst in den heiteren Szenen die Sühne für Leichtlebigkeit und Frevel ahnen läßt. So wurde ein schöner, allerdings konzertanter Opernabend auch didaktisch, musikalisch-aufklärerisch von Interesse. Die Aufführungen litten nur daran, daß sie in dem für ein großes Sänger- und Instrumentalensemble nicht genügend geeigneten Mozarteums-Saal stattfanden und daß Dirigent Ralf Weikert das vorzügliche Sängerensemble und sein Orchester überlaut interpretieren ließ.

Musikalische Sternstunden bot ein Konzert der Wiener Philharmoniker unter Claudio Abbado, in dessen Rahmen Alfred Brendel eine wundervoll ausgewogene Wiedergabe von Mozarts Klavierkonzert in C-Dur KV 503 vermittelte, und die Aufführung von zwei Streichquartetten Mozarts, den d-Moll KV 421 und dem C-Dur KV 465 durch das Brandis-Quartett aus Berlin.

Peter Schreier war der in seiner Führung von Sängern und Orchester deutlich vom Singen herkommende und mitfühlende Dirigent von Händels „Cäcilien-Ode" in Mozarts Bearbeitung und von Mozarts Kantate „Davidde penitente" KV 469 mit einem hervorragenden Sänger-Quartett, der mit ruhig geführter Engelsstimme singenden Sylvia Greenberg, mit Ann Murray, Eberhard Büchner und dem „Naturereignis" des Basses, Robert Holl. Es sang der Rundfunkchor Leipzig und es spielte das Prager Kammerorchester.

Weniger eindrucksvoll war das zweite Chor- und Orchesterkonzert mit dem Magnificat D-Dur von Bach und der c-Moll-Messe KV 427 von Mozart. Klaus Martin Ziegler ist als Dirigenten nicht die Demut und *Verpflichtung dem Komponisten gegenüber* anzumerken, wie sie Peter Schreier zu eigen ist: *rubati*, Schlußritardandi und unmusikalisch abgesetzte, in der Luft schwebende Endakkorde zielten auf Wirkung, die sich kaum einstellte. Auch hier stand ein gutes Sänger-Ensemble zur Verfügung: Krisztina Laki, Julia Hamari, Thomas Moser, Siegfried Lorenz.

Die Veranstalter haben in den letzten Jahren immer wieder zeitgenössische Komponisten beauftragt, sowohl für die Mozartwochen als auch für die Salzburger Festspiele Werke zu komponieren. Diesmal schuf der Salzburger Helmut Eder (Jahrgang 1916) ein „Haffner-Konzert" für Flöte und Orchester, das die Wiener Philharmoniker mit ihrem Solo-Flötisten Wolfgang Schulz unter Wolfgang Sawallisch uraufführten: ein wirksames Stück einer gewissen „Allerwelts-Modernität" mit gelegentlicher Verarbeitung Mozartscher Gedanken aus der „Haffner-Sinfonie". Für die Mozartwoche 1986 wurde eine „Sinfonia concertante" des amerikanischen Komponisten William Bolcom (Jahrgang 1938), Schüler von Darius Milhaud, bestellt. Die Uraufführung will James Levine dirigieren.

Der Bericht über die Mozartwoche 1985 wäre unvollständig ohne die Erwähnung zweier Ausstellungen, die Rudolph Angermüller zusammengestellt hat und die weiterhin zu sehen sind: eine Wanderausstellung mit den Themen „Mozart und Salzburg", „Die Reisen Mozarts" und „Mozart und Wien" und „Mozart im XIX. Jahrhundert", in der die Mozart-Rezeption, die Entstehung von Legenden, Dichtung und Malkunst, Theatergeschichte und Kuriosa vorgeführt werden – hinzu kommt eine Dilettanten-Festvorstellung zugunsten des Mozarteums am 19. Juli 1877, einer „großen vergangenen Gegenwarts- und künftigen Zukunftsoper in zwei Akten „Friedrich der Heizbare" von Franz Mögele".

Wie mag wohl Salzburg am 27. Jänner 1756, dem Geburtstag Mozarts, ausgesehen haben? Das verschneite Salzburg von 1985 bot jedenfalls einen malerischen Rahmen für schöne festliche Musik.

PETER GRADENWITZ



„Gabrielle mit Juwelen" von Auguste Renoir in der Hayward Gallery FOTO: HAYWARD GALLERY

Die große Auguste-Renoir-Retrospektive in London

Viel schöner als erhofft

In London war er seit 1953 nicht mehr zu sehen – und in Paris seit 1933. Nun aber wird Auguste Renoir in der Londoner Hayward Gallery in aller Breite vorgestellt. Wird er zu süß befunden? Diese Frage stimmte auch den mit der Auswahl betrauten englischen Kunsthistoriker John House anfangs bedenklich, denn Renoir hat viel, zu viel gemalt. „Auch wenn er nichts zu sagen hatte", griff er zum Pinsel und zerstörte nichts. Aus einem Fundus von 5000 bis 6000 Gemälden, „davon nur ein Zehntel guter Bilder", filterte der Brite rund 120 Bilder heraus.

Ihnen zu begegnen ist, als ob man seine erste Schülerliebe wiedertrifft, Verklärung noch im Herzen, Kritik im mittlerweile geübteren Blick. Doch diesmal nicht enttäuscht. Renoir präsentiert sich vielseitiger als gewußt, zwar auch in diesem Konzentrat zuweilen so schlecht wie befürchtet, doch oft auch schöner als erhofft.

Auguste Renoir, der Maler sonnengebadeter irdischer Idyllen, war selbst *ein zwiespältiger, unsicherer* Mann. Seine Malerei brachte ihn mit dem wohlhabenden Bürgertum zusammen, doch zugehörig fühlte sich der Sohn eines Schneiders nie. Aline, *seine Geliebte aus dem Arbeitermilieu*, heiratete er erst nach zehn Jahren Liaison und zeigte sie auch dann – außer in seinen Bildern – nur selten vor. Diese Unsicherheit färbte seine *künstlerische Selbsteinschätzung*. Er, der einige der strahlendsten Werke der Malerei geliefert hat, zweifelte ein Leben lang an seinem Talent und an seiner Technik.

Daß Malerei in erster Linie hübsch, dekorativ zu sein habe, wurde ihm als Gehilfen eines Porzellanmalers nahegelegt. Ebenso überzeugte sich der spätere Pionier der feinen Malerei davon, *daß man am meisten von den* alten Meistern lernen könne. So stellte er seine Staffelei im Louvre auf und holte sich im Atelier des damaligen Modemalers Gleyre den nötigen *Schliff zu einer Ausbildung, die er* selbst zeitlebens als ungenügend ansehen sollte.

Der erste Raum in London zeigt jedoch, wie brillant bereits der junge Renoir war und wie er mit dem Trend seiner Zeit experimentierte. Das erste Bild der Ausstellung, das Porträt eines jungen Mädchens, liefert in kostbaren Grau-Weiß-Tönen eine exquisite *Variation des 23jährigen auf* Velazquez, wie sie später kaum mehr vorhanden ist. Da will der junge Künstler den allmächtigen „Salon" beeindrucken – die damalige Pariser *Plattform für Ruhm und Geld* – und malt eine mächtige nackte Walküre im Stil Courbets. In der gleichen Periode skizziert er in überraschend freien Kürzeln eine Eislaufszene im Bois de Bologne. Er versucht sich im damals modischen japanischen Dekor und porträtiert darin eine nachdenkliche Bohnenstange, seine einzige, während er andere, üppigere Modelle in orientalischer Gewandung bereits mit Pinselstrichen feiert, in denen Farbe und Licht aufschäumen.

In den siebziger Jahren – den Pionierjahren der Impressionisten – läßt er dieser in Licht, Farbe und Textur schwelgenden Handschrift freien Lauf: Nirgends so schön wie in dem Bild „Die Loge". Hier gelingen ihm Meisterwerke, die tatsächlich einen grauen Januartag an der Themse verzaubern. Hier besteht das Leben aus Picknick im sonnengesprenkelten Gras.

Er hat, daran läßt die Ausstellung keinen Zweifel, seine Frauen als *ziemlich hirnlose Wesen gemalt*, „als glorreiche Gemüse". Dieses leichtherzige Bonmot des britischen Experten John House wird von Renoir selbst untermauert. Er male *Frauen, sagte er einmal*, „wie er Karotten male". Emanzipierte mögen schaudern, doch belegte er sein Credo mit einem Zwiebelbild, das so strahlend, so kräftig dahingepinselt *ist, daß es tatsächlich* die Tränen in die Augen treibt.

Daß er die Oberfläche so glorios zum Schimmern bringt, genügt diesem Selbstzweifler auf die Dauer nicht. Er trachtet *nach der Struktur*, nach der klaren, fest umrissenen Form und findet sein Ideal auf einer Italienreise in den Fresken Raffaels. Seine badenden Blondinen, die er vorher mit einem *Geflecht von Licht* und Schatten überworfen und verwischt hat, geraten nun kompakter, statuarischer. In Interieurszenen zwingt er sich zu fast biedermeierli*cher Präzision. Während er zur glei*chen Zeit Landschaftsskizzen von überraschender Kühnheit in hurtigen Farbschraffuren malt, geraten kleine Mädchen so belanglos, als seien sie *auf den Ständen des Montmartre fa*briziert worden.

Bis zu seinem Tode 1919 verfolgt der Maler sein Arkadien in immer lockerer gemalten Bildern mit immer mächtiger ausladenden Walküren. Daß Renoir, der Schweigen haßte und durch nervöses Reden überbrückte, auch eine Menge Belangloses *mit dem Pinsel dahinplapperte, verheimlicht diese Bestandsaufnah*me nicht. Daß er aber in seinen inspirierten Werken das Vergnügen an der sinnlichen Welt wie kaum ein zweiter in seine Malerei strömen ließ, macht *diese Begegnung immer noch zu ei*nem Fest. (Bis zum 21. April; danach Paris und Boston; Katalog 9,50 Pfund.)

HEIDI BÜRKLIN

JOURNAL

Polnisches Denkmal für G. Hauptmann?

J. G. G. Warschau

Ein Denkmal für Gerhart Hauptmann im schlesischen Agnetendorf sowie ein weiteres für Arthur Schopenhauer in Danzig hat Polens Literatur-„Zar", der Parteikritiker Artur Sandauer, *im parteitheoretischen* Monatsorgan „Nowe Drogi" (Neue Wege) gefordert. Dies sei sichtbares Zeichen der Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen. Gleichzeitig widersprach er energisch einem Breslauer Funktionär, der in derselben Zeitschrift Hauptmann und den Hitler-Attentäter Oberst Graf Stauffenberg als „deutsche Nationalisten" bezeichnet hatte.

Erasmus-Haus einsturzgefährdet

AFP, Brüssel

Das 1515 erbaute Erasmus-Haus in Anderlecht bei Brüssel ist einsturzgefährdet und muß dringend *restauriert werden, wie der Konser*vator Jean Pierre Vanden Branden am Dienstag mitteilte. Der Humanist Erasmus (1466 oder 1469 bis 1536) lebte im Jahr 1521 fünf Monate in dem zweistöckigen Ziegelbau. Wie Vanden Branden erläuterte, bröckeln die Ziegelsteine unter der Einwirkung von Autoabgasen ab. Etwa 18 000 Steine seien dabei, aus der Vermauerung zu fallen. Die umfassende Restaurierung wird mit zwölf Millionen belgischen Franc (rund 270 000 DM) veranschlagt. Das Erasmus-Haus, in dem unter anderem ein Erasmus-Porträt von Holbein dem Älteren und ein Triptychon von Hieronymus Bosch, „Die Anbetung der Heiligen Drei Könige", aufbewahrt werden, wird jährlich von 15 000 bis 20 000 Besuchern besichtigt.

Millionen für Ausbau der Fachhochschulen

dl. Hannover

Für den Ausbau der acht Fachhochschulen in Niedersachsen hat das Land von 1976 bis heute rund 85 Millionen Mark ausgegeben. Nach Angaben von Wissenschaftsminister Cassens in Hannover sind gegenwärtig weitere Baumaßnahmen mit einem Volumen von 168,6 Millionen Mark im Gange. Der Schwerpunkt liegt bei den Fachhochschulen in Ostfriesland, für die allein 104,5 Millionen Mark bereitgestellt wurden. Mit weiteren 25,2 Millionen Mark sollen in den nächsten Jahren die Fachhochschulen Osnabrück, Braunschweig/Wolfenbüttel und Hildesheim/Holzminden ausgebaut werden.

Avantgarde-Musik im Bolschoi

AFP, Moskau

Ein Avantgarde-Werk steht erstmals im Bolschoi-Theater auf dem Spielplan. „Skizzen", eine musikalische Gogol-Adaptation von dem deutschstämmigen sowjetischen Komponisten Alfred Schnitke, wird seit mehreren Wochen mit Erfolg in dem traditionsreichen Haus gegeben. Der 50jährige Schnitke, von Boulez und Stockhausen beeinflußt, wurde jahrelang im offiziellen Kulturgeschehen der UdSSR ignoriert und fand erst ab 1975 Beachtung. Er gehört dem sowjetischen Komponistenverband an und hat zahlreiche Filmmusiken komponiert, unter anderem für „Stalker" des inzwischen emigrierten Andrej Tarkowski.

In der CSSR sollen Bibeln gedruckt werden

dpa, Prag

In der Tschechoslowakei werden in diesem Jahr 200 000 Exemplare der Bibel neu gedruckt, und „Tausende von religiösen Büchern" sollen eingeführt werden. Diese Angaben machte am Dienstag auf dem Kongreß der regierungstreuen Priestervereinigung „Pacem in terris" in Prag der stellvertretende Ministerpräsident Matej Lucan.

Die Kunst der Farbe – Johannes Itten in Krefeld

Proben aufs Exempel

Als Johannes Itten vor achtzehn Jahren starb, hinterließ er ein umfangreiches Œuvre aus rund sechzig Schaffensjahren, war aber international vor allem als Kunstpädagoge und -theoretiker bekannt. Mit seinem berühmten Vorkurs am Bauhaus hatte er wesentlich zur Erneuerung des Kunstunterrichts in Europa und den Vereinigten Staaten beigetragen; seine Schrift „Die Kunst der Farbe" stellte eine grundlegende Farbenlehre aus der Sicht und dem Erfahrungsschatz des praktizierenden *Künstlers* und Kunsterziehers dar. Nun aber flicht die Nachwelt auch dem Maler und Zeichner Johannes Itten späte Kränze. Seit seinem Tod sind mehr als *zwei Dutzend Einzelausstellun*gen, Privatgalerien nicht mitgerechnet, zu verzeichnen, darunter eine ausgedehnte Wanderausstellung, die bis nach Jerusalem ging.

Wir haben noch die Itten-Ausstellung, die vor Jahresfrist in Kaiserlautern und München gezeigt wurde, in guter Erinnerung; und diese Erinnerung wird jetzt lebhaft wieder aufgefrischt im Kaiser-Wilhelm-Museum in Krefeld, wo mit 270 Werken ein gutes Hundert mehr zu sehen ist. Hatte man in der vorjährigen Ausstellung didaktische Absichten verfolgt, um dem Besucher den Zugang zu Ittens vielschichtigem Werk zu erleichtern, so zeigt man in Krefeld den „Künstler und Lehrer" chronologisch in seiner Entwicklung von den Anfängen in Bern und Genf (bis 1913) über die ersten großformatigen Hauptwerke in Stuttgart (bis 1916) und Wien (bis 1919) bis zur Bauhaus-Zeit in Weimar, die eine Zäsur bedeutet, die auch in der Ausstellung sich *deutlich aus*prägt, deren zweiter Teil die Jahre in Berlin, Krefeld, Amsterdam und Zürich umfaßt.

Die Ausstellung der Pfalzgalerie war nach Bildgattungen und -themen, nach Stilrichtungen und Ausdrucksformen gegliedert. Das war übersichtlich, instruktiv, aber möglicherweise auch irreführend; denn das malerische Schaffen des „Universalisten" Itten läßt sich eigentlich nicht in Phasen oder Entwicklungsstufen, auch nicht, grob gesagt, in Abstraktion und Gegenständlichkeit aufteilen. Genau *das macht* seinen eigenen Charakter aus. Naturstudium und formale Experimente ergänzten und bedingten einander gewissermaßen als gegenseitiges Korrektiv; und genauso *verhielt es sich mit geometrisch-ratio*nalem Kalkül und mehr oder weniger emotionaler Intuition.

Ittens Kunst der Farbe – mit und ohne Anführungszeichen – umfaßte das gesamte zeitgenössische Formen- und Ausdrucksrepertoire seit Cézanne, sie verband das „subjektive Erleben" mit dem „objektiven Erkennen", wie es in seinem Lehrbuch steht, und der Betrachter gewinnt unweigerlich den Eindruck, daß dieser Alleskönner alles sozusagen als Probe aufs Exempel malte.

Dabei zeigte er sich geradezu als ein Genie der Anverwandlung, bei dem man sich dennoch scheut, von Nachahmung zu sprechen, so unabweisbar allemal die Vorbilder und *Einflüsse* zu erkennen sind, weil man gleichzeitig immer auch die „Zugabe" von eigener Substanz, eigener Intensität und Meisterschaft spürt, die nicht selten sogar spätere Entwicklungen vorausnahm, den späten Klee zum Beispiel, den Automatismus des Informel, den Schematismus der Op-Art. Die späten Zeichnungen, Tuschen und Aquarelle, die in keine Schule, kein Schema einzuordnen sind, lassen vollends alle Theorien vergessen und strahlen die Sicherheit und Autorität einer eigengewichtigen Künstlerpersönlichkeit aus. (Bis 3. *März; Katalog 35 Mark*)

EO PLUNIEN

Lavaudant-, Halle-Halle- und Vitez-Inszenierungen

Stafettenwechsel in Paris

Mehr als zwei Monate lang hatte Giorgio Strehler das Pariser Theaterleben souverän beherrscht – *zunächst mit seiner brillanten Cor*neille-Inszenierung („L'Illusion"), dann mit einem mehrwöchigen Gastspiel des Piccolo Teatro, das seine 1980 in Mailand erarbeitete Version von *Strindbergs „Sturm" dem franzö*sischen Publikum vorstellte. Nun hat er gewissermaßen das Zepter an jüngere Regisseure weitergegeben: An Georges Lavaudant, der im Théâtre de la Ville Shakespeares „*Richard III.*" zeigt; Antoine Vitez, der sich im Chaillot an Victor Hugos „Hernani" herangewagt hat; und an Alain Halle-Halle, der in der Comédie Française der Marivaux'schen Liebe zum Triumph verhalf.

Als kühnster Stratege und gewieftester Taktiker erweist sich dabei Lavaudant, der zwar den (selbstverschuldeten) Untergang seines machtbesessenen Helden nicht verhindern kann, ihn aber, verkörpert von einem glänzenden Ariel Garcia-Valdes, auf einen strahlenden Höhepunkt zu führen vermag. Lavaudants Inszenierung ist die formal gewagteste. Die zunächst irritierende, in der Konsequenz aber einleuchtende Besetzung zweier zentraler Rollen mit einem Vertreter des anderen Geschlechts – der Königin Margareta als Verkörperung des abgrundtief Bösen mit einem Mann (Philippe Morier-Genoud) und des Herzogs von York als der Verkörperung des Guten mit einer Frau (Marylin Tetaz) – verweist auf die Verkehrung der Werte am Hofe Richards und liefert zur Interpretation Richards III. als eines effeminierten, homosexuellen Zynikers, dessen *Verkrüppelung eher psychischer* als physischer Natur ist, die Begründung. Sein Sadismus wird als Folge von Verzärtelung, eines seelischen Ungleichgewichts gesehen, das zur *Kompensation durch grausam* ausgeübte Macht verführt.



Ariel Garcia-Valdes als Richard III. in der Pariser Inszenierung des Shakespeare-Dramas durch Georges Lavaudant FOTO: DELAHAYE

Weit weniger glücklich als Lavaudant hat Antoine Vitez im weiten Feld von Hugos Drama „Hernani" operiert – jenem Stück des französischen Romantikers und Rivalen Chateaubriands, um welches bei seiner Uraufführung (1830 im Théâtre Français) eine regelrechte Schlacht entbrannte. Freilich war diese „Bataille de Hernani" nur eine unter Literaten: um die Durchsetzung des offenen „romantischen" Dramas gegen die strenge, geschlossene klassische Tragödie. Das Stück, das sich trotz gut geknüpfter, heute freilich nur noch auf dem Niveau von Trivialromanen haltbarer Intrige als reichlich papieren erweist – drei Männer, ein junger König, ein Terrorist und ein nobler Greis, buhlen um die Liebe einer Frau und verspielen dabei ihr Leben –, wurde damals zum Erfolg. Hugos Sinn für Strategie und Wirkung (er ließ, heftigen Widerstand befürchtend, zur Premiere eine schließlich siegreiche Claque aufmarschieren, die sich aus den bedeutendsten Repräsentanten des damaligen Literaturbetriebs zusammensetzte) war damals schon größer als der für literarische Qualität.

Der wollte sich Antoine Vitez stellen. Heraus kamen eine sorgfältige Inszenierung, ein nüchternes Bühnenbild, das vor zwanzig Jahren modern gewesen wäre, und einige durchaus schöne Bilder. Ansonsten aber war es eine fast vierstündige Ab*nützungsschlacht mit dem Publikum*.

Wie ein unverbindliches Nachhutgefecht nahm sich dann, nachdem schon längst über Sieg oder Niederlage *entschieden war*, Alain Halle-Halles Inszenierung von Marivaux' „Triumph der Liebe" in der Comédie Française aus. Die wenig bekannte, aber perfekt gebaute Komödie, die geistreich ebenfalls drei Figuren in der Liebe zu einer einzigen zusammenführt, aber im Gegensatz zu Hugo ein genregemäß glückliches Ende findet, wurde von dem jungen Regisseur zwar konventionell, doch untadelig in Szene gesetzt. Sie ließ, nicht zuletzt dank hervorragender schauspielerischer Leistung und eines subtilen Bühnenbilds (Patrice Cauchetier), den melodramatischen Geschützdonner des Vorabends in Vergessenheit geraten. Und sie hatte ganz offensichtlich – nach der immer noch die Gemüter *erregenden Inszenierung* Grübers („Bérénice") – einen neuen Burgfrieden im Hause Molières im Blick.

HARRY ZELLWEGER

KULTURNOTIZEN

Sabine Fehlemann ist zur neuen Leiterin des Wuppertaler Von-der-Heydt-Museums ernannt worden.

„Italien – Sehnsucht und Wirklichkeit" ist das Thema der 9. „Duisburger Akzente" vom 4. bis zum 26. Mai.

Sigmund Freuds Werke werden jetzt erstmals in China herausgegeben.

Daniel Barenboim spielt in einer Serie von acht Konzerten in der Pariser Salle Pleyel alle 32 Klaviersonaten von Beethoven.

Die „Europa nostra" hat die Städte Stade und Hann. Münden mit Diplomen für ihren Denkmalschutz ausgezeichnet.

Swetlin Russev, dem bulgarischen Maler, wurde die Ehrenmitgliedschaft des Wiener Künstlerhauses verliehen.

***Chuta Kimura**, dem in Paris leben*den japanischen Maler, widmet die Washingtoner Phillips Collection eine erste amerikanische Ausstellung.

Das Dritte Europäische Umweltfilmfestival findet vom 12. bis 17. April im Kongreßzentrum der Dortmunder Westfalenhalle statt.

Die ostpreußischen Maler Rolf Buchard, Robert Hoffmann-Salpia und Erich Behrendt ehrt das Haus des Deutschen Ostens in München mit einer Gedächtnisausstellung.

Lars J. Werles Oper „Therèse – ein Traum" wird vom Theater in Münster als deutsche Erstaufführung der Originalfassung angekündigt (bis 22. Februar).

Leonard Cohen, der Song-Barde aus Montreal, auf Deutschland-Tournee

Einlullende und schwermütige Lieder

Auch erotische Legenden nutzen sich ab. Wenn Song-Poet Leonard Cohen, Verfasser sinnlicher Romane voll exhibitionistischer Poesie, heute ins Rampenlicht tritt, um Fans aller Altersstufen mit Liedern von schneller Liebe und langem Leid zu beglücken, vermittelt sich recht bald der Eindruck, hier wolle ein abgeklärter Wanderprediger zur Umkehr aufrufen.

Der Song-Barde aus Montreal, gerade *50 geworden*, ein *wenig blutleer* und zerbrechlich, spult sein 2-mal-60-Minuten-Programm ernst und gefaßt wie ein kanadischer Schlittenhund ab. Liebe, Triebe, Sex, Freiheit, Frieden, Wermut, Schwermut: Was alles an Themen so aufregend sein könnte, wird hier dem Publikum gleichsam als textliches und musikalisches Beruhigungsmittel verabreicht.

Aber im Hamburger Congress Centrum lasen die Cohen-Anhänger ihrem Idol jede lyrische Song-Passage von den Lippen ab. Unbeeindruckt von offenkundigen Intonationsschwächen ihres Stars. Unbeeindruckt auch vom klanglichen Einerlei der Balladen, beklatschte man selbst die ältesten Ladenhüter als letzten Schrei.

Cohens Lieder, die allesamt ein wenig nach der Country & Western-Bar von nebenan klingen, verlaufen gleichmäßig wie Eisenbahnschwel*len, kommen mit maximal vier Har*monien aus und überziehen auch den größten CCH-Saal mit einer einlullenden Schwermütigkeit.

Die vorzügliche Begleit-Band – Gitarre, e-Baß, Schlagzeug, Keyboards – wagt dabei vor Leisetreterei gar nicht richtig loszuspielen, säuselt und seufzt mit leichtem Background-Gesang und kommt nicht in Fahrt. Denn vorn steht der Meister und bricht einen neuen kummervollen Song vom Zaun.

Cohens Stimme, dunkel, rauchig und nah am Sprechgesang, soll dem Vernehmen nach „Liebesleuten über den Liebeskummer hinweghelfen". Nun, vielleicht verstärkt sie ihn eher.

Die Gestik des Mannes vor der lindgrün angestrahlten Dia-Leinwand bleibt *bescheiden. Cohen rührt* sich mit seiner Gitarre kaum von der Stelle, hat für das beifallfreudige Publikum nur knappen Gruß und knappen Dank bereit. Fast meint man, Fans und Meister würden ebenso still wieder voneinander scheiden.

Wären da nicht die Zugaben: Bei „Suzanne", dem Welt-Hit, der so wohlig *ins Gemüt* geht, *hält es ein paar* hundert Fans nicht auf den Stühlen. Vorn vor der Bühne strecken sich Cohen Hände entgegen. Und da erhält so ein Song wie „Lover, Lover" den Touch, den er nun mal braucht: Er geht in Fleisch und Blut über.

LORENZ GLUCK

Karneval am Rhein – für viele Bewohner der Domstadt sind es die schönsten Tage im Jahr. Die verrücktesten sind es auf jeden Fall





„Kölle Alaaf" ist der Schlachtruf alter und junger Jecken in der Domstadt. Auch Politiker sind Zielscheibe des Witzes: FDP-Chef Genscher als Wagen-Motiv im diesjährigen Rosenmontags-Zug.
FOTOS: SVEN SIMON/H. A. STENGLEIN



Jecke Zeiten in Kölle

Von HEINZ HORRMANN

Der Mann in d'r Bütt, dem typischen Rednerpodium in Faßform, sieht selten blöde aus. Mit seinem weißgeschminkten Gesicht reizt er die kostümierten Besucher im Saal schon zum Lachen, bevor er den herzförmigen Mund unter traurigen Augen überhaupt aufmacht. Fast zeitlupenhaft schiebt er das winzige schwarze Hütchen in die Stirn und setzt an: „Da steht dä Jochen Vogel in Kölle für 'm Telefonhüsje. Hä frösch (fragt) ene Passant: Haben Sie 20 Pfennig, ich möchte einen Freund anrufen? Antwortet der Kölsche: Do häste vier Grosche. Da kannste all ding Fründe aanroofe." Tä-tä-tä-tä-Tusch. Die Jecken sind aus dem Häuschen. 15 Minuten lang folgen Pointen Schlag auf Schlag – Verrücktes, Albernes, manchmal auch verulkte Politik.

Der Kapellmeister hat nicht seinen besten Tag. Zweimal tuscht er zu früh. Schließlich ist der Redner mit seinem Kölsch am Ende. Dreimal Alaaf, schreit der Saal, ein Orden vom Präsidenten mit den Fasanenfedern an der Mütze und schließlich das Kommando „Klatsch-Marsch für die Doof Noss", was soviel wie taube Nuß heißt.

Eine Szene, die sich in den Wochen bis zum Karnevalsdienstag in der fünften rheinischen Jahreszeit allabendlich viele Male wiederholt. Spitzenkräfte haben in den Kölner Hochburgen Gürzenich, Satory oder Wolkenburg bis zu zwölf Auftritte pro Tag. Viele verdienen in den Jubelnächten zwischen dem 11. 11. und Rosenmontag ein Jahresgehalt. Für einige Spaßvögel kam in früheren Jahren am Aschermittwoch das böse Erwachen, die Steuer. Nach Kölscher Klüngelart waren die Redner- und Sängerhonorare nämlich lange Zeit unter dem Tisch gezahlt worden.

Morgen abend steigt ein Höhepunkt der Session: Die Prunksitzung des Festkomitees Kölner Karneval, aus der das Fernsehen die Rosenmontagssendung „Karneval in Köln" zusammenschneidet. Insgesamt strömen allein in der Domstadt die vom närrischen Bazillus befallenen Jecken 255mal zu den großen offiziellen Sitzungen, die von den Brauchtumshütern abgesegnet sind, in die Säle. 45 Kostümbälle stehen auf dem Programm. Diese Zahl wird weder von der nachbarschaftlichen Konkurrenz Düsseldorf noch von Mainz erreicht.

Wie fast immer, wenn die geschichtlichen Fährtensucher in Köln nach den Anfängen einer traditionellen Einrichtung fahnden, finden sie die Wurzeln in den alten Zeiten römischer Kolonisation am Rhein. Das Legionslager mit den hier angesiedelten Ubiern war zur römischen Stadt aufgestiegen, und die Bevölkerung durfte die gleichen ausgelassenen Feste feiern wie die Römer selbst. Das soll der Anfang des närrischen Treibens gewesen sein. Später kamen Elemente heidnischen Brauchtums, wie Fruchtbarkeitsdarstellungen, hinzu.

So richtig im heute noch erkennbaren Fastelovend-Stil tobten sich die Rheinländer erstmals im 12. Jahrhundert aus. Die damalige fröhliche „Prozession" war ein Symbol dafür, daß der Frühling nahte und die Rheinschiffahrt nach langen düsteren Winternächten auf dem eisfreien Strom wieder möglich geworden war. Die früheste überlieferte urkundliche Erwähnung der Fastnacht als Sinneslust ist eine Eintragung im Eidbuch des Rates vom 5. März 1341, wonach sich die Ratsherren verpflichten mußten, aus der Stadtkasse kein Geld „zu vastavende" mehr zu mißbrauchen. An die Tradition der Narren, die sogar Könige verulken durften, knüpften die Karnevalisten am Rhein nach dem Wiener Kongreß an. Damals entstand die besondere Form des politisch-literarischen Karnevals. Aus der Persiflierung des preußischen Militärgehabes und des Ordenskultes entwickelten sich die Funken und Garden, die sich heute fast wieder so ernst wie militärische Einheiten nehmen.

1823 wurde erstmals ein großer Festzug mit 100 Reitern und einigen geschmückten Festwagen organisiert. Umjubelter Höhepunkt war die mit Pfauenfedern geschmückte Kutsche des „Helden Carneval", der damals die Bedeutung des Prinzen und Präsidenten in einer Person verkörperte.

Auch in diesem Jahr ist der Rosenmontagszug Prachtstück und Visitenkarte des Kölner Karnevals. Weil der Zoo in der Domstadt sein 125jähriges Jubiläum feiert, wählte das Festkomitee das lokalbezogene Motto „Ene Besuch em Zoo – met Jrosse un met kleine Diere". Vorbereitung und Durchführung ist alljährlich ein Mammutunternehmen. Für den fünf Kilometer langen Lindwurm wurden 2700 Musiker verpflichtet, 300 Pferde für die Reiter besorgt, 38 (bis zu 100 000 Mark teure) Festwagen gebaut und 42 Bagagewagen verkleidet.

Die Grundidee für jeden Zug, das Motto, wird bereits mehr als ein Jahr vor dem Höhepunkt der närrischen Jahreszeit ausgetüftelt und schon am Karnevalsdienstag für die nächste Session vorgestellt. Die Bastelarbeit beginnt im Juni. Ohne „Alaaf" und „Helau" wird im stillen Kämmerlein aus vielen Entwürfen und Ideen ein Drehbuch zusammengepuzzelt. Im Oktober wird es ernst. Da beginnen die Wagenbauer mit der Fertigstellung. In rund 25 000 Arbeitsstunden werden unter anderem 5000 Kilogramm Gips und 3500 Kilogramm Farbe verarbeitet. Damit Regen und Schnee die ulkigen Motive nicht aufweichen, werden die Großfiguren mit einer kompletten Mehrschicht-Autolackierung versehen.

Die Gesamtkosten sind höher als mancher Gemeindeetat. 450 000 Mark gibt der Kölner Stadtkämmerer als Zuschuß zu dem Millionenunternehmen. 950 000 Mark kosten allein die 50 000 Tonnen Kamellen (Bonbons), Schokolade und Blumen als „Wurfmaterial". Diese Kosten werden übrigens von den Karnevalisten im Zug selbst getragen.

Bei einem Kanzler- oder Ministerwechsel im Bonner Kabinett in der Zeit zwischen Advent und Rosenmontag gerät den jecken Machern am Rhein das fröhliche Lachen. Bei einer Wachablösung auf der politischen Bühne rollen die teuren Fastnachtsproduktionen unbrauchbar ins Abseits. Doch diese Sorge braucht Bernd Assenmacher, Festkomitee-Präsident mit langjähriger Zugleitererfahrung, in diesem Jahr wohl nicht zu haben. Genscher als Springreiter vor der Fünf-Prozent-Mauer wie auch Kohl, der vor Strauß – er wird als bayerischer Löwe im Käfig karikiert – das Schild aufstellt: „Vorsicht! Hält immer KOHL-dampf!" sind keine Gefahr für die Karnevalisten. Auch am Rosenmontag werden Kanzler und Minister noch im Amt und damit automatisch eine Zielscheibe für den Ulk sein.

Urteil gegen Scholz morgen rechtskräftig

dpa, Berlin

Das Urteil gegen den früheren Box-Europameister Gustav „Bubi" Scholz (54), der in der vergangenen Woche wegen fahrlässiger Tötung seiner Ehefrau Helga zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt worden war, wird morgen rechtskräftig. Nachdem die Verteidigung bereits am Montag mitgeteilt hatte, daß sie keine Revision beantragen werde, erklärte gestern auch die Staatsanwaltschaft, daß sie auf Rechtsmittel verzichte. Justizsprecher Volker Kähne sagte, daß es mindestens noch zehn Wochen dauern werde, bis Scholz der Termin des Haftantritts genannt werde.

Gangster stellen sich

dpa, Tokio

Drei Gangster des japanischen Verbrecher-Syndikats „Yaksa", die im Zusammenhang mit dem Mord an dem Unterwelt-Boß Masahisa Takenaka (52) gesucht wurden, haben sich der Polizei gestellt. In einer schwarzen Limousine mit Chauffeur fuhren sie gestern bei der Polizei in Osaka vor, um der Jagd nach ihnen durch die Unterwelt zu entgehen. Takenaka war Chef des 10 000 Mitglieder starken Syndikats „Jamaguchi Gumi".

Radioquelle entdeckt

dpa, München

Die nach ihrer räumlichen Ausdehnung drittgrößte Radioquelle am Himmel haben Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für Radioastronomie in Bonn entdeckt. Bei der Durchmusterung der galaktischen Ebene der Milchstraße mit dem größten beweglichen Radioteleskop der Welt (100 Meter Durchmesser) fanden sie bei elf Zentimeter Wellenlänge eine Radiogalaxie, deren Durchmesser, könnte man sie sehen, größer als der eines Vollmonddurchmessers ist.

Wieder Todesstrafe?

SAD, Paris

Eine Gruppe französischer Parlamentarier hat gestern einen Gesetzentwurf vorgelegt, nach dem die im Jahre 1981 abgeschaffte Todesstrafe wieder eingeführt werden soll: für Kindesmord, Mord an einem Polizei- oder Gefängnisbeamten, Mord nach vorheriger Folterung und für Mord im Wiederholungsfall. 60 Prozent der Franzosen befürworten die Todesstrafe; in der Nationalversammlung findet sich aber zur Zeit keine Mehrheit für einen solchen Antrag.

Spielplatz-Urteil

AP, Münster

Zu den Kosten eines Kinderspielplatzes sind grundsätzlich alle in der Nachbarschaft lebenden Haus- und Wohnungseigentümer heranzuziehen. Dies gilt allerdings nur für private Haus- und Wohnungseigentümer im Einzugsbereich des Spielplatzes von bis zu 500 Meter. Eigentümer, deren Grundstücke industriell oder gewerblich genutzt werden, brauchen nichts zu zahlen. (Az: OVG Münster 3 A 2573/82)

Ölpest in Nordsee

dpa, Helgoland

Die Nordsee wird wieder von einer größeren Ölpest heimgesucht. Auf Helgoland und an den Stränden der nordfriesischen Inseln treiben Hunderte von verölten Seevögeln an. Über den Stränden fliegen viele Möwen mit zum Teil stark veröltem Gefieder. Wie die Vogelwarte Helgoland und der Verein Jordsand zum Schutz der Seevögel gestern auf Helgoland mitteilten, sind insbesondere Eiderenten, Trottellummen, Dreizehenmöwen und Seetaucher von der Umweltkatastrophe betroffen. Vermutlich wurde das Öl von Handelsschiffen ins Meer gepumpt.

Überfallen

dpa, Managua

Zwei freiwillige Aufbauhelferinnen aus der Bundesrepublik Deutschland sind in Nordnicaragua überfallen und vergewaltigt worden. Die beiden Frauen befanden sich in einem Gebiet, das für offizielle deutsche Entwicklungshelfer gesperrt ist, nachdem dort vor zwei Jahren der deutsche Arzt Albert Plaum erschossen wurde.

Waffen im Gefängis

AP, Hamburg

Die versehentliche Lieferung von Waffen und Munition durch die Hamburger Polizei in ein Gefängnis der Hansestadt hat jetzt ein disziplinarisches Nachspiel. Zu dem Versehen kam es, als reparaturbedürftige Schränke aus dem Keller einer Polizeischule in die Gefängnistischlerei gebracht wurden. Die Schränke waren ohne Genehmigung von einigen Beamten als „Waffenschränke" verwandt worden. Erst als ein Polizist „seinen" Schrank und seine Waffe vermißte, waren Nachforschungen angestellt worden.

Die Teddybären sind zurückgekehrt

36. Nürnberger Spielwarenmesse – Bei Telespielen hat sich der Umsatz halbiert

PETER SCHMALZ, Nürnberg

Wenn die 36. Nürnberger Spielwarenmesse, die heute ihre Tore öffnet, am Sonntag einlädt zur Expertendiskussion über die Frage „Hat sich das Verbraucherverhalten auf dem Spielwarenmarkt verändert?", dann wird wohl auch die Antwort gefunden auf ein scheinbares Paradox, das Psychologen und Soziologen zu ernsten Gedanken anregen kann: Wie ist es möglich, daß die Politiker mit Hinweis auf die sinkenden Geburtenraten das Volk der Deutschen als kindermüde kritisieren können, während die Spielzeugbranche in dieser Zeit der Baby-Baisse einen ungeahnten Puppenboom verzeichnet?

Nehmen wir einmal nicht an, daß in den rarer werdenden Kinderzimmern der Trend zur Puppengroßfamilie ausgebrochen ist, dann bleibt nur noch eine Vermutung: Auch der erwachsene Deutsche schmust mal gerne mit einem der plüschweichen Kuschelwesen, die verträumt oder verschmitzt, frech oder einfach nur lieb aus ihren Knopfaugen blicken und die man heute sogar in der Waschmaschine reinigen kann. „Mit Puppen, die das Gefühl ansprechen, läßt sich auf der diesjährigen Messe eine neue Tendenz erkennen", meint dazu der Branchenexperte Horst Heilmann, Vorstandsmitglied der Händlerorganisation Vedes.

Da herzt Wuschelkopf Sigi Harreis von den „Montagsmalern" ihre munteren Kleckse, die neuen Stars aus ihrer Fernsehserie. Und vom zweiten Kanal hüpft der grüne Fichtl auf den Markt, ein Waldschrat aus Plüsch und Filz, der das Gemüt der Deutschen an einer besonders schwachen Stelle packt. Mit jedem verkauften grünen Männchen fließt 1,50 Mark auf das Konto der Stiftung „Wald in Not".

In eine besondere Art von Not geriet auch der bekannteste deutsche Puppenhersteller. Der schwäbische Spieltierspezialist Steiff kam im vergangenen Jahr in Lieferschwierigkeiten, obwohl Personal und Fertigungskapazität aufgestockt wurden. „Weich und anschmiegsam", heißt der Trend, den die Teddybär-Erfinder in diesem Jahr ausmachen. Mit weichem Webpelz oder zartem Plüsch soll das Schmusetier an die Mutter erinnern und damit dem Kind einen Partner abgeben, „der immer zur Stelle ist und alles mit sich geschehen läßt", meint ein Firmensprecher.

Weniger für Kinder aber ist eine andere Entwicklung, die seit geraumer Zeit in der Branche mit Genugtuung registriert und auch auf der diesjährigen Nürnberger Messe weiter geführt wird. Nachbildungen alter Spielwaren werden den Herstellern förmlich aus der Hand gerissen. Vor zwei Jahren fertigte Steiff 20 000 Replikate des „Original-Teddy" aus dem Jahre 1903 und verkaufte das Stück für 150 Mark. Heute wird in den USA bereits das Zehnfache geboten. In diesem Jahr legt die Firma mit zwei Bären und einem Pinguin gleich drei nostalgische Nachbildungen auf. Dem Absatz wird dabei der Umstand förderlich sein, daß just drei Tage vor Messe-Eröffnung bei einer internationalen Puppenbörse in Nürnberg die Puppe „Hans" aus dem Jahre 1909 für 28 000 Mark den Besitzer wechselte.

Nostalgisches mit Spekulationswert setzt auch die Modelleisenbahner unter Dampf. Vor einem Jahr legte „Märklin" eine limitierte Nachbildung der legendären E-Lok „Krokodil" auf, die im Laden gut 2500 Mark kostete, längst ausverkauft ist und in der Schweiz bereits für 10 000 Franken gehandelt wird. In diesem Jahr gibt es eine Referenz an das 150. Eisenbahnjubiläum: Der „Adler", wie er 1835 erstmals zwischen Nürnberg und Fürth fauchte, wird in zwei Versionen zu je 5000 Stück angeboten, wobei in jedem nicht nur der Tender mit echter Steinkohle gefüllt ist, sondern auch die Seriennummer auf dem Fahrgestell eingeprägt wird. Der Preis liegt bei knapp 4000 Mark.

Doch zum Eisenbahnjubiläum kommt auch der Spieltrieb nicht zu kurz. Gleich zwei Unternehmen bieten den Bahnbastlern den Hochgeschwindigkeitszug „ICE" an, den die Bundesbahn im Original erst in einigen Jahren auf die Schiene bringen wird. Zugleich dringt die Bahnelektronik weiter ins Kinderzimmer vor.

Die großen Verlierer aber sind die reinen Elektronikspiele. Telespiele, früher der Sensationsrenner, fehlten bei der gestrigen Neuheitenschau völlig. Ihr Umsatz hat sich in nur einem Jahr halbiert.

LEUTE HEUTE

Reine Langeweile

Täglich wurde seine Werbefirma in New York mit trockenen Presseverlautbarungen irgendwelcher Unternehmen bombardiert. Ein Geschäft der Langeweile. Um ihr zu entgehen, gründete Mitarbeiter **Alan Caruba** jetzt das „Langeweile-institut" und vergibt alljährlich Preise für die langweiligsten Prominenten. Einziges Mitglied des Instituts ist allerdings nur er selbst.

Entlaufen

Brigitte Bardot (50) ist untröstlich. Während sie in Paris mit der Umweltschutzministerin **Huguette Bouchardeau** über Tierschutzmaßnahmen diskutierte, ist in Saint-Tropez ihre schwarz-weiße Tigerkatze „Belot" entlaufen. B.B. vermutet, daß „Belot" Tierfängern in die Hände gefallen ist. Für den Finder gibt's 10 000 Franc Belohnung.

Eine Nacht bei J. R.

Auch das noch! Ab März können Fans der Fernsehserie „Dallas" die Southfork-Ranch nicht nur besuchen, sie können dort übernachten. Zur Zeit läßt **Terry Trippett** das in einem Vorort von Dallas gelegene Landhaus in ein Minihotel mit acht Betten umbauen. Für eine Übernachtung werden Preise gefordert, die selbst **Larry Hagman** alias J.R. beeindrucken würden. Eine Nacht auf Southfork kostet 2500, an Wochenenden sogar 3500 Dollar.

Milchtüten als Steckbrief

Ungewöhnliche Suche nach vermißten Kindern in USA

ERNST HAUBROCK, Washington

Das Foto zeigt einen kleinen Jungen mit blonden Locken und aufgeweckten großen Augen. In den Pausbacken hat er Grübchen und auf dem Bauch – das geht aus der Bildunterschrift hervor – einen Leberfleck. Gary war zwei Jahre alt, als er im August 1982 aus dem elterlichen Garten spurlos verschwand und seitdem nicht mehr gesehen wurde.

Garys Steckbrief befindet sich zusammen mit dem eines neunjährigen Mädchens seit Anfang dieses Jahres auf Millionen von Milchkartons, die von der Hawthorne-Molkerei in den Supermärkten des Großraums Chicago abgesetzt werden. In den Suchanzeigen wird gebeten, Hinweise, die zur Auffindung der Kinder oder zur Klärung ihres Schicksals führen können, an die Polizei zu richten.

Rund 100 Molkereien wollen nach dem Beispiel von Chicago auf ihren Milchkartons statt bezahlter Werbung kostenlos Steckbriefe von vermißten Kindern veröffentlichen. Die rechteckigen Ein- und Zwei-Liter-Kartons fehlen in kaum einem US-Haushalt.

In den USA werden nach Schätzungen jedes Jahr 1,8 Millionen Kinder vorübergehend als vermißt gemeldet, etwa 50 000 von ihnen tauchen nicht wieder auf. Genaue Zahlen stehen nicht zur Verfügung, weil es bisher keine Stellen gab, die entsprechende Daten sammelten und auswerteten. Im vergangenen Jahr verabschiedete der US-Kongreß erstmalig einen Zusatz in der Jugendstrafgesetzgebung, der sich mit der Problematik befaßt, und bewilligte 3,5 Millionen Dollar, um private und kommunale Initiativen zu koordinieren und zu unterstützen.

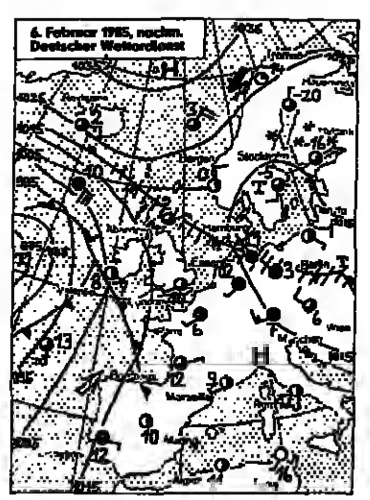
Wie Michelle Esten, Leiterin der neugegründeten Abteilung für vermißte Kinder im US-Justizministerium gegenüber der WELT erklärte, wird aus diesen Mitteln unter anderem die Einrichtung einer gebührenfreien Telefonnummer finanziert, die Anrufern aus allen Teilen der USA zur Verfügung steht. Informationen werden gespeichert und an lokale Polizei-Behörden weitergeleitet.

Da es in den USA kein Meldegesetz gibt und die Bundesstaaten bis auf wenige Delikte Rechtshoheit haben, war bisher eine landesweite Fahndung nach vermißten Kindern unmöglich. Die Washingtoner Zentrale für vermißte Kinder ist dabei, fünf Kartonagefabriken für die Suchaktion zu gewinnen, die über 90 Prozent aller in den USA vertriebenen Milchkartons produzieren. Mit ihrer Hilfe sollen landesweit jeden Monat neue Kindersteckbriefe verbreitet werden. Einen ersten Erfolg konnte der Suchdienst bereits verbuchen: Eine 13jährige Ausreißerin meldete sich bei ihren Eltern.

In Kalifornien wurde die Aktion jetzt vom Verband der Lebensmittelhändler mit 700 Mitgliedern aufgegriffen. Ab April sollen Kindersuchanzeigen auf 400 Millionen Einkaufstüten erscheinen. (SAD)

WETTER: Im Norden kalt

Wetterlage: Während in den Norden Deutschlands kalte und zunehmend trockenere Luft gelangt, wird die Mitte und der Süden von feuchter und milder Meeresluft beeinflußt.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C, ● bedeckt, still. ≡ Nebel ● Sprühregen ● Regen ✱ Schneefall ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H=Hoch- T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung ⇒ warm, ➡ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Donnerstag:
In Norddeutschland wolkig mit Aufheiterungen und trocken. Höchsttemperaturen bei null Grad, nachts mäßiger Frost um minus 3 Grad. Schwacher Wind aus nördlichen Richtungen. Im Westen und Süden überwiegend stark bewölkt, zum Teil auch neblig-trüb und gelegentlich etwas Regen, in den Mittelgebirgen in Schnee übergehend. Temperaturen tagsüber 3, nachts um null Grad.

Weitere Aussichten:
Wenig Änderung

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	19°
Bonn	3°	Kopenh.	-1°
Dresden	2°	Las Palmas	20°
Essen	2°	London	10°
Frankfurt	3°	Madrid	10°
Hamburg	1°	Mailand	2°
List/Sylt	-1°	Mallorca	11°
München	7°	Moskau	-13°
Stuttgart	8°	Nizza	13°
Algier	11°	Oslo	-5°
Amsterdam	2°	Paris	6°
Athen	15°	Prag	4°
Barcelona	11°	Rom	12°
Brüssel	7°	Stockholm	-5°
Budapest	5°	Tel Aviv	12°
Bukarest	1°	Tunis	16°
Helsinki	-16°	Wien	6°
Istanbul	8°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am Freitag: 7.49 Uhr, Untergang: 17.25 Uhr; **Mondaufgang:** 21.17 Uhr, Untergang: 9.27 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Führer durch den Dschungel der Sprachschulen

RUDOLF ZEWELL, Bonn

Es gibt den „Silent way", die „Suggestopédie", die „direkte" und „audio-orale" Methode. All diesen Begriffen ist gemein, daß sie etwas umschreiben, von dem ihre Anpreiser häufig nicht genau sagen können, was es ist. Die erwähnten Begriffe sind nichts anderes als die Bezeichnung für Methoden, nach denen heute Erwachsene fremde Sprachen lernen – oder dies zumindest mit mehr oder weniger großem Erfolg versuchen. Meist wissen sie nicht, was auf sie zukommt. Nur zu oft sind nämlich die hochtrabenden Begriffe ein Mäntelchen, um die fehlende Substanz einer Methode oder ihre Schwächen in der Praxis zu kaschieren.

In der Praxis des Fremdsprachenunterrichts für Erwachsene faßte in den vergangenen Jahren die um 1970 entwickelte Theorie von der „kommunikativen und sprachlichen Kompetenz" immer stärker Fuß. Unter sprachlicher Kompetenz, die der traditionelle Sprachunterricht anstrebt, versteht man die möglichst vollständige Beherrschung des Lautsystems, der Grammatik und des Vokabelschatzes einer Fremdsprache. Für den erwachsenen „Schüler" viel wichtiger ist jedoch meist die „kommunikative Kompetenz", das heißt die Fähigkeit, sich in einer gegebenen Situation angemessen verständigen zu können. Das kann bedeuten, in London nach einer Straße fragen, in Paris das Essen auf Französisch bestellen oder eine fremdsprachige Zeitung lesen zu können.

Eine andere Form des Fremdsprachenunterrichts, die immer stärker propagiert wird, heißt „Language for Special Purposes" (LSP). Sie ist eine „Fachsprache" oder besser noch „Sprache für besondere Zwecke". LSP ist nichts anderes als ein ausschließlich an den Bedürfnissen und Voraussetzungen des Lernenden ausgerichteter Sprachunterricht mit meist sehr kurzer Laufzeit. Es ist ein Instrument berufsbedingter Fortbildung für Erwachsene, eine „Schulung tätigkeitsspezifischer Sprachkompetenz", wie es Hans A. Poetzelsberger nannte, der als Leiter der Sprachfortbildung im Auswärtigen Amt in Bonn sich besonders eingehend mit LSP beschäftigt hat.

Für den Erwachsenen, der eine Fremdsprache erlernen will, im In- oder Ausland, ist es nicht leicht, sich im Begriffs- und Methoden-Wirrwarr der einzelnen Sprachschulen ein genaues Bild von der recht unterschiedlichen Qualität des Angebots zu machen, das zudem in der Höhe der Kurskosten stark divergiert.

Dieses schwer überschaubare Angebot hat jetzt der Bonner Sprachenlehrer Karl J. Badde in eine vergleichend übersichtliche Form gebracht. In dieser Woche wurde auf der Pariser Sprachen-Messe „Expolangues" sein „Wie & Wo der Sprachschulen" vorgestellt (Wie & Wo Verlag, Bonn. 32,50 Mark).

Dieser in seiner Art bislang einzigartige Führer umfaßt nahezu 7500 Sprachschulen für Erwachsene in 80 Ländern und erleichtert so dem „Schüler" – dem jeweiligen Ziel entsprechend – die Wahl von Schule und Kurs. Über 400 Sprachschulen aus aller Welt, darunter allein 100 aus der Bundesrepublik Deutschland, werden mit detaillierten Angaben vorgestellt: Gründungsjahr, Zahl der Unterrichtsräume, Methode, Zahl und Dauer der Unterrichtseinheiten pro Woche, maximale Teilnehmerzahl pro Kurs, Gratislektionen, Kurs- und Lehrmaterial-Kosten, Ausbildungsstand und Vielsprachigkeit der Lehrer; insgesamt 75 Fragen bis hin zu Unterbringung und Freizeitmöglichkeiten.

Eine Reihe von Fragen kann auch von diesem Führer nicht beantwortet werden. Sie müssen vom Schüler selbst an die Schule gerichtet werden: Wie ist die Klasse zusammengesetzt? Haben die Mitschüler dieselbe Muttersprache, haben sie dasselbe Alter? Wie stark ist die Motivierung der Teilnehmer, wie hoch ist ihr Niveau?

Als Einführung in die Problematik des Sprachunterrichts hat der Herausgeber eine Reihe von Artikeln aus der Feder von Fachleuten vorangestellt. Auch werden einige der berühmtesten Institute mit ausführlicheren Beiträgen vorgestellt, darunter die Alliance Française, The British Council, die Berlitz-Schulen, das Landesinstitut für Arabische, Chinesische und Japanische Sprache in Bochum, das Lehrinstitut für Russische Sprache des Landes Nordrhein-Westfalen (Russikum) in Bochum und das Sprachlernzentrum in Bonn.

In seinem Vorwort zum Führer schrieb US-Senator Paul Simon: „Dieses Buch wird eine große Hilfe für alle sein, die nicht länger stumm sein wollen."

ZU GUTER LETZT

„Wenn Briten und Franzosen einen Tunnel unter dem Kanal oder eine Brücke darüber gebaut haben, auf welcher Straßenseite sollen die Autos dann fahren? Kontinentaleuropäisch rechts oder britisch links." Meldung der Presse-Agentur AP.